

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1953.

Dienstag, den 8. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Intertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgeheiligte Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Insetts für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus, Einzelnnummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Raninchenrecht.

Der königliche Regierungsassessor Dr. jur. E. Herr erlaubt sich ganz ergebenst, über die Polenpolitik, die dem Königreiche Preußen frommt, anderer Meinung zu sein als die hohe Staatsregierung. Im preussischen Beamtenstande schätzt man nun die Freiheit der Person und der Meinung besonders hoch — man denke an Böhning! — und so konnte der Assessor ohne Bedenken um Hals und Kragen ein kleines Buch veröffentlichen, in dem er der Polenpolitik „Neue Bahnen“ vorzeichnet und eine Skizze entwirft von „einer zu schaffenden Polengesetzgebung“ aus der die Regierung das „Gemälde gestalten“ soll.

Herr Dr. Herr denkt sehr hoch von nationalen Bestrebungen. „Wer wahrhaft volksbewußt denkt und empfindet,“ so schreibt er, „der wird es auch dem Mann, der durch Abstammung, Sprache und Kultur einer fremden Nation angehört, nicht verargen, wenn er — wie der Pole bei uns — sich gegen die Herrschaft eines ihm fremden Volkes auflehnt und die Herstellung eines Nationalstaates erstrebt. Von den Polen verlangen, daß sie „loyale“ Staatsbürger sein sollen, heißt nichts andres, als von ihnen die Verleugnung ihres Volkstums fordern.“

So spricht Herr Dr. Herr, der Regierungsassessor, und eine Flut von Empfindungen flüht auf den Leser ein. Welche Ungeheuerlichkeit, ein Volk unter die Herrschaft eines fremden Volkes zu zwingen, es in einen Zustand zu versetzen, in dem die Geburt eines ehrlichen Mannes gleichzeitig die Geburt eines Hochverraters bedeutet. Was bleibt uns übrig als die sofortige Wiederherstellung Polens, die ja auch die „kölnische Zeitung“ in den seligen Tagen des März gefordert hat.

Aber vielleicht sieht der königliche Regierungsassessor doch zu schwarz. Denn so sehr sich der Verwaltungsmechanismus in einem einsprachigen Nationalstaat vereinfacht, kann doch nicht so ohne weiteres angenommen werden, daß es für einen Polen ein Unglück sei, in einem Staate leben zu müssen, der kein polnischer Nationalstaat ist. Man denke doch nur daran, daß weder die Deutschen, noch die Franzosen, noch auch die Italiener der Schweiz ein besonders sühnendes Verlangen danach empfinden, in den Mutterchoß des deutschen, französischen, italienischen Nationalstaates zurückzukehren. Wer wahrhaft „volksbewußt“ empfindet, wird sich wohl sagen müssen, daß es zwar eine gar nicht unwichtige Sache sei, in welcher Sprache regiert wird, daß es aber noch viel wichtiger sei, wie überhaupt regiert wird. Ein Staat, der kleinere Nationen, die auf seinem Gebiete wohnen, gut regiert und die bürgerliche Freiheit des Einzelnen ebenso respektiert wie das nationale Selbstrecht der Masse, wird nicht fürchten müssen, Hochverräter zu erziehen!

Herr Dr. Herr denkt aber anders; denn er fährt unmittelbar fort: „Je weniger wir aber von den Polen das Unmögliche verlangen... umso mehr ist es unsere heilige Pflicht, als Deutsche solche Bestrebungen mit gepanzerter Faust niederzuhalten und die fremden Völkerspitter entweder aufzufangen oder aus dem Lande zu treiben.“

Man fällt aus den Wolken!
Wenn die Regierung uns, die Socialdemokraten, mit gepanzerter Faust niederzuhalten versucht, so thun sie das doch nur, weil wir moralisch verkommene Subjekte sind, die die fürchterlichsten Unsitlichkeiten vorhaben. Wenn der Staat die Socialdemokratie zu knechten und zu terrorisieren versucht, so erfüllt er damit — so sagt man uns doch — eine sittliche Pflicht.

Den braven nationalgesimten Polen aber sagt der königliche preussische Regierungsassessor, daß sie Schurken wären, wenn sie schwarz-weiß gestirmt wären; da er aber lebenswürdig genug ist, ihre Ehrlichkeit vorauszusetzen, verspricht er ihnen die gepanzerter Faust und die Austreibung aus dem Lande.

Wahrhaftig, es giebt königlich preussische Staatsbeamte, die von dem stillen Zwed des Staates eine merkwürdige Vorstellung haben. Was ein großer deutscher Dichter dem Staate in heiligem Borne zugerufen hat, wiederholt er so mit lächerlicher Gelassenheit:

Du hast das Amt zu rauben und zu wüten!
Der strebsame Regierungsassessor will mit einem Worte die Polen unter ein besonderes Polenrecht stellen. „Aber die Verfassung!“ wird der liberale Bürger erschreuden sagen. Herr Dr. Herr stolpert nicht über solche Zwirnsfäden. Sehr richtig bemerkt er, daß man sich weder im Kulturkampf noch beim großen gesetzlichen Socialistenotschlag viel um die Verfassung gekümmert habe. Nachdem er das für das Exarzierungsgefes angeführt hat, fährt er fort:

„Und ebenso sehte das Socialistengesetz doch auch breite Schichten der Bevölkerung im Staatsinteresse schließlich zurück und griff aufs allertiefste ein in die Ausübung der Rechte der Preußen.“ Und nach solchen Vorgängen sollten wir, die wir doch etwas Realpolitik in der Bismarckschen Schule gelernt haben könnten, uns scheuen, gegenüber vollen Fremden, dem Staatsgedanken widerstrebenden Gliedern unseres Staatskörpers die gefährliche Waffe zu führen, die wir bereits zum Kampfe gegen die eignen Volksgenossen geführt haben.“

In seinem Eifer vergißt der getreue Assessor freilich, wie arge Schrecken sich die „geschliffene Waffe“ bei der kräftig gefundenen Gegenwehr der Angegriffenen schon geholt hat.

Herr verlangt u. a. die Einschränkung des ohnehin kläglich beschränkten Selbstverwaltungsbereichs für polnische Gemeinden, das Verbot polnischer Versammlungen, die Unterdrückung polnischer Zeitungen, die binnen drei Jahren zweimal auf Grund der §§ 41 und 42 des Strafgesetzes verurteilt worden sind, Verlängerung der Schulspflicht in Polen und Westpreußen bis zum 15. Lebensjahre und Förderung der polnischen Auswanderung

Das also sind die großen Zauberwörter, mit deren Hilfe polnisches Land zu deutschem Lande gemacht werden soll. Das Versammlungsrecht soll den Polen genommen werden, sofern sie deutsch nicht geläufig reden und verstehen, russische Censurverhältnisse sollen eingeführt werden!

Zwar hat man die Erfahrung gemacht, daß die Unterdrückung des Versammlungsrechtes in einem Lande, welches das Bedürfnis nach einem solchen Rechte empfindet, zur Geheimblindelei führt und die Agitation, die sich sonst unter den Augen der Behörde und — was mehr wiegt — unter der Kontrolle der Öffentlichkeit vollzieht, sich rasch unterirdische und darum doppelt „staatsgefährliche“ Gänge gräbt; zwar pflegen verbotene Zeitungen am Tage nach dem Verbote mit verändertem Kopf aber unveränderter Bestimmung zu erscheinen — aber Herr Dr. Herr „Volksbewußtsein“ schreit dennoch nach solchen Mitteln, deren Blamage feststeht, noch ehe sie angewendet worden sind. Nebenbei will er die Schule, die doch den Polen gegenüber zu nichts andrem gut ist, zu einer Zuchtanstalt für ein widerspenstiges Volk machen. „Ein Jahr länger prägen“ ist seiner volksbewußten Weisheit tiefer Kern.

Daß es schon unter den gegebenen Umständen und schon gar im polnischen Zukunftsstaate des Herrn Dr. Herr eigentlich keiner besonderen „Förderung“ des Auswanderungswesens bedarf, liegt auf der Hand. Die Polen leben ganz gewiß nicht zu ihrem Vergnügen in Preußen! Aber Millionen von Menschen, die durch die Notwendigkeit ihres Erwerbs an die heimische Scholle gefesselt sind, durch Zwangsgesetze aus dem Lande drangsalieren zu wollen — diese Idee ist mindestens so geistreich und logisch durchdacht wie jene, die die Polen aus der reichsdeutschen Welt durch Ansiedlungsfonds hinausverlaufen will.

Als die vielgefeierten Eroberungszüge des Deutschtums in das ostelbische Land unternommen wurden, feierte die Schule der Bismarckschen Realpolitik ihre höchsten Triumphe. Damals — in jenen rauhen Zeiten trante man sich noch konsequent zu sein — wurde einfach jeder Mensch, der die Sprache der Pruzzen oder der Döbtriten sprach, auf den nächsten Baum gehangen. So handelte die gepanzerter Faust, als sie wirklich noch Panzer trug und noch nicht zu einer romantischen Phrasen verschrumpt war. Gegenüber den Polen hat man die Anwendung dieser einzig folgerichtigen und wirkungsvollen Germanisierungspolitik veräußt — leider! hören wir Herrn Herr sagen. Sie hatten nämlich dazumal auch gepanzerter Häute.

Nationale Politik ohne Tobschlag ist Unsinn; zweifelse Duälerei der einen und überflüssige Blamage der andern. Herr Dr. Herr mag sein strebendes Assessorenköpfchen noch so sehr anstrengen, er wird kein Mittel finden, wie man sociale oder nationale Volksströmungen in der Paragraphenhölle erzwängen kann.

Der Laurahütter Krawall vor Gericht.

Deutzen O. S., den 8. September 1903.
Am Dienstag, den 8. d. Mts., beginnt vor der hiesigen Strafkammer der Riesensproß gegen die Laurahütter Arbeiter.

Mit hämischer Freude erwarten die ober-schlesischen Reaktionäre den Tag des Gerichts — den Tag, der ihren nachgelegten Befriedigung und Genugthuung bringen soll. . . . Das arme ober-schlesische Volk! Schon manachmal hat es versucht, seine Lage zu bessern, sich zum Licht heranzuarbeiten. Und immer und immer wieder endete jede Volkserhebung vor Gericht, im Gefängnis oder vor blühenden Gewehrläufen.

Die hochentwickelte ober-schlesische Industrie ist bis heute zu einem großen Teil im Besitze der feudalen Magnaten. Und wahrlich — sie hat es verdient, „ihre“ Arbeiter in feudalen Fesseln zu erhalten. Die Tausende, die auf einem Bergwerk fronen, die Tausende, welche Tag für Tag oder Nacht für Nacht vor dem Hochofen der Hütten stehen, sind noch keine freie Menschen. Das Großkapital läßt kein Mittel unversucht, den Arbeiter in größter Abhängigkeit von sich zu belassen. Denkende Arbeiter werden rücksichtslos entlassen — und sie können sicher sein, daß sie auf keinem andern ober-schlesischen Werke Arbeit finden — die Unternehmer-Organisation bleibt nicht müßig. Selbst der Arbeiter, der durch ein Grubenunglück zum Krüppel wird — befürchtet, man werde die Entscheidung der Genossenschaft zu seinen Ungunsten beeinflussen. Der Hüttenarbeiter ist in Werkskassen versichert — wird er entlassen, so verliert er Hunderte von Mark, die er lange Jahre hindurch eingezahlt hat. So ist man Jurist — aber auch Hah. . . . Schlecht ist die Entlohnung, schlecht und unwürdig die Behandlung, schlecht die Ernährung des ober-schlesischen Arbeiters. Die Wohnungen, die ihnen die Arbeitgeber zur Verfügung stellen, sind recht schlecht — alle aber geeignet, die Abhängigkeit des Arbeiters von der „Herrschaft“ zu erhöhen.

So begann der Kampf. 1880 hatten wir wilde, unorganisierte Streiks. Anfang der 1890er Jahre sehte die socialdemokratische Agitation ein. Zum erstenmal hörte der polnische Arbeiter in Oberschlesien den socialistischen Gedanken, zum erstenmal wurde ihm gesagt, daß er ein freier Mann sei, er die Ketten selbst abschütteln könne. Mit unheimlichem Eifer eilte die katholische Geistlichkeit dem Kapital zu Hilfe, und es war ein sehr bekannter katholischer Geistlicher, welcher 1893 vor Beginn einer — vereitelten — Versammlung in Königsbütte O. S. die Menge aufredete: „Steinigt doch diesen Berliner!“ So ging es weiter. . . . Bald waren alle die polnischen Socialisten, welche die Agitation begonnen hatten, im Weuthener Gefängnis. . . . Doch hatte das Leben begonnen. 1898 sehten zwei schlichte Bergleute vom Bergarbeiter-Kongress nach ihrer Heimath zurück und — werden aus der Arbeit entlassen. Die beiden Arbeiter entfalten nun eine fieberhafte Agitation zwecks Gründung einer Bergarbeiter-Organisation. Die Worte müssen nachgeben — in die Versammlungen strömen Sonntag für Sonntag Tausende, um die erlösenden Worte des Arbeiterkampfes zu hören. Nur kurze Zeit — und die Versammlungsversicherungen und „Auflösungen“ beginnen. In Antonienhütte wird vor einem Lokale von den Gendarmen mitten in die aufgeregte Menge geschossen — eine unschuldige schwangere Frau

fällt zu Boden, um am dritten Tage im Krankenhaus zu sterben. . . . Die Menge wird wütend, begeht Ausschreitungen — der „Aufruhr“ ist fertig! Ein Loter, sechs Schwerverwundete — 55 Angestagelte vor dem Weuthener Schwurgericht — Oktober 1894 — erklären einige der Angestagelten, sie hätten sich einem der Hauptangestagelten als Zeugen angeboten — und das sei wohl der Grund, daß sie auf der Anklagebank seien! Ein als Zeuge dervommener Gendarm erzählt unter anderm: „Wir machten die Revolver schußbereit, gingen noch drei Schritte vortwärts, zielten mitten in den dichtesten Menschenhaue und drückten ab. Einen Augenblick war es ruhig, ein Mann trat an uns heran und sagte: „Sie haben meine Frau totgeschossen.“ Derselbe Gendarm erzählte weiter: „Wir müssen scharf schießen, das ist Instuktion. Wir müssen entweder einen todschießen oder gar nicht. Ueber die Köpfe weg schießen dürfen wir nicht, sonst werden wir bestraft.“

Der Verteidiger der Angestagelten konnte aber ausführen: „Ich stehe nicht an zu erklären: einen großen Teil der moralischen Verantwortung für die Vorgänge schreibe ich den Gendarmen zu.“ Und weiter:

„Bedenken Sie doch den unglückseligen Feuerlärm, der so viele Leute erst auf den Platz hingelockt und dann hier auf die Anklagebank gebracht hat. Der Feuerlärm war in der That eine recht unglückselige Maßnahme. Man wollte die Menge auseinanderbringen und bläst Feuerlärm und holt damit erst noch mehr Menschen heran.“

Die Geschwornen sprachen damals 81 Personen frei, 24 für schuldig. Die Bewegung wurde eingeeugt und für den Augenblick niedergehalten. 1898 zählten wir im Kreise Rattowitz-Jabrze fast 10 000 socialdemokratische Stimmen — und der größte Teil davon stammte aus Jabrze und Umgegend, aus jenen Orten, denen die Angestagelten und Verurteilten des Krawallprozesses von Antonienhütte angehörten. . . .

Seidem ist es nicht besser geworden. Die Verbindung von Kapital, Kirche und Behörde wurde immer enger. Nach der Reichstagswahl von 1898 verloren einige Hundert ober-schlesische Arbeiter ihr Brot. Die Genügnungsriederei auf den Gruben und Hütten wurde immer energischer betrieben. Die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges brachte den ober-schlesischen Arbeitern keine bedeutende Lohnserhöhung, dafür aber eine ungemein stärkere Anstrengung und ungemein größere Schädigung der Gesundheit. In der Zeit des Niederganges fielen die Löhne rapid. Feuerschichten traten immer öfter ein. Maßregelungen waren auf der Tagesordnung. Das politische Leben ist in Oberschlesien unterbunden. Versammlungen oppositioneller Parteien giebt es nicht — socialdemokratische und polnische Redakteure wandern auf lange Monate, ja Jahre ins Gefängnis. Die Zwangsweise Germanisation seht an allen Ecken und Enden energisch ein. Die Geistlichkeit aber ist in jedem Fall auf seiten der Feinde des Volkes.

Lavinienartig wächst die Erbitterung des polnischen Arbeitervolkes in Oberschlesien. Immer klarer wird dem Arbeiter der Bund der drei Gewalten: Kapital — Kirche — Polizei. Der Hüttenarbeiter, welcher zugleich Amtsdorfscheher ist, wird für Oberschlesien zu einer symptomatischen Erscheinung.

Die Erbitterung wächst ständig. Die Reichstagswahlen von 1903 nahen. Das Volk rüstet sich zum Kampfe. Abrechnen will man mit den Wortbreitereu vom Centrum, abrechnen mit dem Centrum als Vertreter der volkfeindlichen Mächte. Die entschiedene Wahlparole der Arbeitermassen ist: „Fort mit dem Centrum!“ Und nun begann eine tolle Hebe in unserm Industriegebiet. Woche für Woche wurde von den Centrumsgesinnlichen die Anzahl mißbraucht, um gegen die socialdemokratischen und polnischen Kandidaten Stimmung zu machen — man schaute sich nicht, die kirchlichen Räume durch rohes Schimpfen zu entheiligen, man schraf selbst davor nicht zurück, die Beichte zu mißbrauchen, Wochenlang trieben dann die Centrumsgesinnlichen die Kirchenbesucher direkt aus der Kirche zu Versammlungen. Wahrscheinlich, diese Versammlungen, sie waren denen würdig, welche die Wahlpredigten hielten. Man beschimpfte die Segner, man sagte ihnen die größten Scheltigkeiten nach — und man ließ keinen zur Antwort das Wort ergreifen. Inzwischen konnten die Gegenparteien nicht eine einzige Versammlung abhalten. Die Versammlungen empfanden diese Rechtsgleichheit. Die Empörung wuchs. Es kam dazu, daß Centrumsgesinnliche an einzelnen Orten die Einwohner direkt zu Gewaltthatigkeiten gegen die Einzelvertreter von polnischer oder socialdemokratischer Seite aufwiegelten, an einzelnen Orten dagegen direkt und eigenhändig zu Gewaltthatigkeiten übergingen. Die besonnenen Kreise waren von borcherein der Ueberzeugung, daß es die Abseht der Centrumsgesinnlichen war, durch ihre Brutalität Unruhen und Krawalle hervorzurufen, um dann das Militär und den Gerichtsapparat zur Hilfe gegen die vorbringende Opposition zu erhalten, um die Opposition gegen die weltliche Macht der katholischen Kirche und gegen das Centrum im Blut und im Justizschweiß zu erstickten. Als endlich der Kardinal Kopp mit seinem Hirtenschreiben in den Wahlkampf eintrat, konnte ein Zweifel hierüber nicht mehr obliegen.

Am Hauptwahltag wurde nun von den Centrumsgagitatoren an Brutalität geradezu Unglaubliches geleistet. Die Centrumsgesinnlichen standen vor manchen Lokalen und rissen den Arbeitern die ihnen nicht genehmen Stimmzettel aus der Hand. Vor den Lokalen richteten sie Schlepfbureaus ein, welche von den unkundigen Wählern als Wahlbureaus angesehen wurden. An diesen Tischen wurden zahlreiche Nicht-Centrumswähler um ihre Stimmen betrogen. Man sagte ihnen, sie seien nicht eingetragen. An andren Orten wurden amtliche Couverts mit Centrumsstimmzetteln ausgegeben. An andren wieder haben hervorragende Centrumsgagitatoren — Lehrer, Pastoren — die Schulkinder aufgefordert, die socialdemokratischen Stimmzetteln mit Steinen zu bewerfen, was auch geschah. Die Erbitterung stieg auf das höchste. „Fort mit dem Centrum!“ — das war die Losung der Arbeiter. Trotzdem machten die Centrumslente noch immer ihre Versammlungen. Die Abseht hierbei war, wieder tüchtig auf den gegnerischen Kandidaten zu schimpfen und — unter dem Schutze der Polizei — keine Antwort und keinen Protest zuzulassen.

Das war auch die Absicht für eine Versammlung in Laurahütte, welche am Sonntag, den 21. Juni, abends um 8 Uhr, im Ludwigschen Saal stattfinden sollte. Das Centrum wußte ganz genau, — nach dem Ergebnis der Hauptwahl —, daß es in Laurahütte unter den polnischen Arbeitern fast gar keine Anhänger hat. Man wußte, daß die Bevölkerung leicht erregbar und daß der einflussreiche Pfarrer Schwiebel in der polnischen Arbeiterschaft sehr unbeliebt ist. An demselben Sonntag war in Domb bei Kattowitz ein protestierender Versammlungsteilnehmer von den Centrumselementen schwer mißhandelt worden. Die Kunde verbreitete sich bald im Kreise — auch in Laurahütte erfuhr man davon. Die überfüllte Versammlung empfing den Einberufer Pfarrer Schnieder mit feindseligen „Fort mit Euch!“ „In die Kirche mit Euch!“ „Wir lassen uns als katholische Christen nicht wegen untrer politischen Gesinnung mahregeln!“ „Nieder mit dem Centrum!“ Schnieder sah, daß nichts anzufangen war. Der Vordam löste die Versammlung auf, was aber die meisten nicht hörten. Nun wurden einzelne aus der Menge, welche sich nicht sofort entfernten, notiert. Ein Mann wurde verhaftet und sollte abgeführt werden. Die Beamten nahmen ihn an die Hand, was die Menge noch mehr erregte. Der Gefangene wurde befreit, es begann ein Kampf der Beamten mit der Menge. Vorher schon, ehe irgend eine Gewalttat geschah, war auf Feuer gelaufen worden — wie in Antonienhütte —, was die unglücklichsten Folgen hatte. Erstens kamen die hierzu verpflichteten Mannschaften in Massen der angeblichen „Brandhütte“ zu, und hinter ihnen eine gewaltige, des Feuers neugierige Menge. Zweitens aber wurden die in und vor dem Lokal stehenden Leute durch die Herbeischaffung der Spritzen aufgeregt und empört. Einige Minuten lang wurden die Leute in ihren Sonntagsanzügen mit kaltem Wasserstrahl begossen — dann stürzten einige die Spritzen, bemächtigt sich derselben, zerschlugen die Schläuche und warfen eine Spritze in den Hüttenreißer. Nachher zog die Menge vor das Pfarrgebäude und das Hüttenreißerhaus und demolierte dort einige Fenster und Türen. Schließlich zog die Menge vor das Hüttenreißerhaus-Gebäude. Die Gendarmen gingen mit geladenen Revolvern auf und ab. Um 11 Uhr traf Genosse George Haase aus Kattowitz an dem Kravallort ein und hielt an die Menge eine Ansprache, um sie zu bewegen, auseinanderzugehen. Ein Teil der Arbeiter erklärte sich dazu bereit, ein anderer dagegen forderte, die Gendarmen müßten die geladenen Revolver einziehen, dann werde man auseinandergehen. Haase ging an die Beamten heran, erklärte ihnen in dringlichen Worten die Sachlage und forderte sie auf, die Revolver zu verschießen. Die Menge würde dann ohne weiteres auseinandergehen. Die Antwort war: „Auseinander! Auseinander!“ Die Revolver blieben gegen die Menge gerichtet, die Aufregung wurde immer größer. Wenige Minuten später traten Schüsse — eine Leiche lag auf dem Kampfsplatz, das Gehirn des Unglücklichen war durch die Kugel hinausgedrängt. Der Schuß war mitten in die Menge abgegeben. Der blinde Zufall sollte entscheiden.

Am nächsten Tage begannen die Verhandlungen. Der Tod des Gefangenen Antonowitsch im Beuthener Gefängnis ist bekannt — genau so die widerrechtliche Beschlagnahme des ärztlichen Journals bei dem Arzt Dr. Stedlich. Die Verhandlung selbst wird weitere Einzelheiten aufhehlen.

Die Staatsanwaltschaft klagt 40 Personen wegen Aufreißens und Landfriedensbruchs, 26 Personen teils wegen einfachen Aufreißens, teils wegen Verletzung des Vereinsgesetzes (§§ 125 Abs. 1 und 2; 113, 115, 118 St.-G.-B. und § 15 des Vereinsgesetzes.) Unter den wegen Aufreißens und Landfriedensbruchs Angeklagten befinden sich 14 Jugendliche, von denen einer erst 12 Jahre alt ist und zwei 14 Jahre. Die Jugendlichen werden sämtlich beschuldigt, Gewaltthatigkeiten an Personen oder Sachen anlässlich der Zusammenrottung begangen zu haben. Unter den Angeklagten befindet sich auch der Redakteur Wied vom „Gornoslagal“, der Vater des Abgeordneten, Verginalde Joseph Korfanth und der Bruder des Abgeordneten, der Häuer Andreas Korfanth.

Die Verhandlung vor der Beuthener Strafkammer beginnt am 8. d. M. und wird wohl mehrere Tage dauern. Es sind 66 Angeklagte, von denen 27 sich in Untersuchungshaft befinden. Die Staatsanwaltschaft hat 59 Zeugen geladen.

Am 28. September werden sich in gleicher Sache acht in Haft befindliche Angeklagte vor dem Sächsischen Landgericht verantworten haben. Sie sollen anlässlich des Kravalls als Störführer oder als solche, welche Gewaltthatigkeiten verübt haben, ermittelt worden sein.

Die Verteidigung der Angeklagten vor der Strafkammer führen die Rechtsanwälte Dr. Seyda, Adamczewski-Kattowitz; Dr. Neumann-Beuthen D./S.; Herrstadt, Steiny-Weißig D./S.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 7. September.

Die Zeugnissotter.

Die Verhaftung unseres Berichterstatters Rehbain, die bekanntlich erfolgte, weil sich Rehbain pflichtgemäß weigerte, der Militärbehörde auf die Spur eines beschwerdeführenden Soldaten zu helfen, hat zu drastisch gewirkt, als daß irgend ein bürgerliches Blatt es wagen dürfte, den Fall zu beschönigen oder gar das Schlimme zu verteidigen, denn er entsprungen ist. Selbst die scharfmacherischen „Berliner Neuzeit Nachrichten“, denen das Vorgehen gegen die Socialdemokratie niemals brutal genug sein kann, sehen sich genötigt, zu erklären:

Wir halten diese Verhaftung schon deshalb für nicht angebracht, weil sie nutzlos ist und keinesfalls den gewünschten Erfolg haben wird, daß der Verhaftete seinen Gewährsmann verrät. Gewiß ist es schlimm, wenn Soldaten sich mit ihren Klagen an socialdemokratische Blätter wenden, und die Militärbehörde mag sehen, wie sie den Schuldigen heransindet und straft. Aber untaugliche und unmoralische Mittel sollte man dazu nicht brauchen. Das ist weder klug noch schön. Soeben ist erst der Beweis geliefert, wie eine Untersuchungshaft gegen einen Socialdemokraten unnützig, also fehlerhaft verhängt wurde. Der Redakteur Wied vom „Vorwärts“, der aus Anlaß des „Kaiserinzel“-Säuwindels wegen Majestätsbeleidigung angeklagt ist, war wegen Fluchtverdachts verhaftet worden; nachdem er 14 Tage gefesselt, ist er aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Und doch ist er jetzt wohl ebensowohl oder ebensowenig fluchtverdächtig als damals. Durch solche falsche Maßregeln werden nur falsche Märtyrer geschaffen und wird Wasser auf die socialdemokratischen Mühlen geleitet.

Noch deutlicher schreibt die „Tägliche Rundschau“:

Die Gerechtigkeit gebietet es, zu sagen, daß die Loyalität in diesem Falle ganz ausschließlich auf Seiten des „Vorwärts“ war. Der „Vorwärts“ hatte auch nicht den geringsten Grund, den Briefschreiber dafür dem Militärgericht zur Verhaftung auszuliefern. Für ihn war dieser lediglich ein Mann, der Hilfe suchte und einen Mißstand abstellen wollte und der der „Vorwärts“-Redaktion das Vertrauen schenkte, daß sie für ihn und seine Klagen eintreten würde. Eine Auslieferung hätte der Briefschreiber als Verrat empfinden müssen, und der „Vorwärts“ müßte eine solche Handlungsweise ablehnen, wie sie auch jedes bürgerliche Blatt abgelehnt hätte. Zudem lag ein zwingender Grund, den Namen des Briefschreibers zu erfahren, für die Militärbehörde gar nicht vor: den Mißständen konnte auch ohne diese Kenntnis zu Leibe gegangen werden. In seinem Uebereifer aber hat das Militärgericht dem „Vorwärts“ einen „Fall“ geschaffen, den er weitlich politisch auszunutzen wird.

Sehr richtig bemerkt die „Vossische Zeitung“:

Da der Berichterstatter Rehbain zweifellos lieber die vollen nach dem Gesetz zulässigen sechs Monate der Zeugnisschwanghaft abtun wird, als daß er seinen Gewährsmann preisgibt, so wird nicht anders erreicht, als daß im Heere und außerhalb desselben die Ueberzeugung befestigt wird, dem „Vorwärts“ könne vertrauensvoll jede Klage und jedes Geheimnis mitgeteilt werden. Man trägt durch ein solches Vorgehen wider Willen selber dazu bei, für die Socialdemokratie Propaganda zu machen.

Und die „Vossische Zeitung“ schreibt:

Wir haben es hier mit einem Vorkommnis zu thun, das überall in Deutschland gerechtes Entsetzen und bei der Presse aller Parteien erbliche und tiefe Entrüstung hervorrufen muß. Der Zeugnisschwang an sich ist nachgerade auch von konservativen Blättern als eine dem modernen Rechtsbewußtsein unerträgliche Einrichtung bezeichnet worden, da er einem anständigen Menschen zumutet, etwas zu thun, womit er sich unter seinen anständigen Berufsgenossen unmöglich machen würde. Im vorliegenden Falle beleuchtet die verhängte Zeugnisschwang das Unhaltbare dieser gesetzlichen Einrichtung und die dringende Notwendigkeit ihrer Beseitigung aus dem deutschen Strafverfahren so grell, wie seit Jahren kein anderer Fall. Es liegt hier seitens des „Vorwärts“ wie seitens des Verhafteten eine Handlungswiese vor, die wegen ihrer Korrektheit die rückhaltlose Anerkennung auch der schärfsten Gegner der Socialdemokratie finden und der Socialdemokratie wieder einmal seitens der besagenden und gebildeten Bevölkerungskreise jene Art von Sympathie zuwenden wird, ohne die das Ansehen der socialdemokratischen Stimmen auf 3 Millionen nicht erklärlich ist. Das Verfahren gegen Herrn Rehbain bedeutet für die Socialdemokratie einen Agitationsstöß, wie ihn sich die Partei unter dem größten Aufwande von Klugheit und Scharfsinn nicht hätte verschaffen können.

Der Reichstag hat wiederholt in seiner Mehrheit der Meinung Ausdruck gegeben, daß das Zeugnisschwangverfahren unsittlich sei. Trotzdem hat dann die Mehrheit für diese „Unsittlichkeit“ gestimmt, weil sich die Regierung auf ihre Weibehaltung versteift. Es wird also mit dem Fall Rehbain gehen wie mit so vielen andern Fällen, die die logische oder sittliche Unhaltbarkeit einer bestehenden gesetzlichen Einrichtung beweisen. Er ist ein ammutiges Blatt in dem Widerbuch des Militärstaates. Der socialdemokratischen Propaganda giebt es neuen willkommenen Anstoß. Ob aber auch der Gesetzgebung — das können wir mit Ruhe abwarten. —

Deutsches Reich.

Silberne Hochzeit. In Berlin hat sich ein aus den Herren Wirklicher Geheimrat Weymann, Minister des königlichen Hauses v. Wedel, Oberhofmeister der Kaiserin Frau v. Mirbach, Präsident der Seehandlungsgesellschaft, Seiner Kommerzienrat v. Mendelssohn-Bartholdy und Geheimrat Kommerzienrat E. Hardt bestehendes Komitee zur Sammlung einer „Silbernen Hochzeitspende“ für das Kaiserpaar gebildet, welches am 27. Februar 1906 das Fest der silbernen Hochzeit begeht. Man will Geld zum Ausbau der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche sammeln und was mehr einkommt als notwendig ist, soll für fromme Wohltätigkeitsanstalten verwendet werden.

Darüber erbot sich aber die Centrumspresse; denn die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche ist protestantisch. Man wird also auch wohl oder übel noch eine katholische Kaiser-Wilhelm-Silberne-Hochzeits-Kirche bauen müssen. Ueber den Erfolg der Sammlung giebt man sich aber keinen übermäßigen Hoffnungen hin, denn ein Centrumblatt rechnet heute schon aus, daß für Wohltätigkeitszwecke wenig übrig bleiben werde.

Rebenbei bemerkt, würden wir es für eine Sache des Taktes gehalten haben, daß sich hohe Hofwürdenträger nicht an die Spitze einer Sammlung stellten, die zur Fuldigung für das Kaiserpaar dienen soll, geben aber gern zu, daß Hofämter in solchen Fragen des Ceremoniells kompetenter sein müssen als wir es sind. —

Die Hundtagsphantasie von der Kaiserinsel wird der bürgerlichen Presse immer bedenklicher. So schreibt jetzt die „Tägliche Rundschau“:

Man erinnere man sich, daß die „Köln. Zig.“ sozusagen halbamtlich seiner Zeit unser Kritik gegenüber als den eigentlichen Zweck des ganzen Verfahrens das bezeichnete, einmal festzustellen, wie solche Kaiserinsel-Märchen entstanden. Man erinnere sich, wie wir diesen Zweck löblich, die Mittel dazu aber verfehlt fanden. Wir fanden, daß dieser Zweck lediglich durch eine öffentliche Verhandlung gegen die beleidigten Herrn v. Throtha erreicht werden könne. Wir begrüßten es, als dieser daher gegen den „Vorwärts“ klagte. Nun aber, durch die Verbindung der Klage Throtha gegen Kallisi und der Majestätsbeleidigungsklage gegen Rehbain, ist der ganze Zweck und Nutzen wieder gefährdet, da Majestätsbeleidigungs-Prozesse fast immer unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Sollte das auch, wie zu erwarten, hier der Fall sein, so wäre durch die Verkopplung der beiden Angelegenheiten dafür gesorgt, daß auch die Klage Throtha gegen Kallisi zu keiner öffentlichen Verhandlung, also auch zu keiner Aufklärung der öffentlichen Meinung führen könne. **Widerspruch über Widerspruch.**

Das Unwahrscheinliche wird langsam auch im Bewußtsein der bürgerlichen Presse zum Ereignis. —

Die Erntewahl in Anhalt-Deッサ. Nach amtlicher Feststellung wurden bei der am 3. d. M. im ersten Wahlkreise des Herzogtums Anhalt stattgehabten Reichstags- Erntewahl 27 306 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielt Landtags- Abgeordneter Genosse Käppler-Altenburg 12 715 Stimmen, Eisenbahndirektor a. D. Schrader-Versta (freis. Vgg.) 11 083 Stimmen und Rittergutsbesitzer Schirmer-Neuhaus (L. und der Landwirte) 3404 Stimmen. Es ist somit eine Stichwahl zwischen Käppler und Schrader erforderlich, die am 11. September vorgenommen wird. —

Zum Kaiserbesuch in Halle. Der Momentbesuch des Kaisers ist vorüber und es ist zu wünschen, daß nun bald wieder normale Verhältnisse in unserer Stadt entstehen. Die Bestimmungen betreffend Sonntagsgarben, Sonntagsgarben etc. waren anscheinend vor und nach dem Kaiserbesuch außer Kurs gesetzt. Sonntagmorgens wurde in den Straßen, die der Kaiser passiert hatte, um den Bahnbetrieb wieder herzustellen, Ries geschöpft, wie man es an „gewöhnlichen“ Sonntagen nicht wagen dürfte. Auch bei den Arbeiten an der eingeweihten Paulus-Kirche störte die sonst gebotene Heiligkeit des Sonntags nicht. Den Geschäftsleuten, die es sich bei der Ausschmückung ihrer Läden und Häuser hatten etwas kosten lassen, war aber auf mehrere Anfragen betreffs Freigabe einer längeren Verkaufszeit durch amtliche Bekanntmachung mitgeteilt worden, daß diesbezüglich die Sonntagsgarben im Handelsgewerbe beachtet werden müßte. Höchst bedenklich war die seitens der Schule getroffene Anordnung, kleine Schulmädchen in der tropischen Hitze, im Sonnenbrand mit entblößten Köpfen einige Stunden im Spalier aufzustellen. Mit den Abwehrungsmaßregeln war das menschenmögliche abgetroffen. Auch der Bahnhof war während des Besuchs gesperrt; nur wer einen polizeilichen Erlaubnischein besaß, durfte passieren. Die servile bürgerliche Presse überbot sich in der Kriecherei. Schon vor der Reichstagswahl hatte die konservative „Halle'sche Zeitung“ gemurmelt, es möchte doch so gewählt werden, daß der Kaiserbesuch einem bürgerlichen löstgütigen Wahlkreis gelte. Das hatte aber nicht sollen sein; denn der Wahlkreis ist bekanntlich im Reichstagswahl socialdemokratisch vertreten. Daß die furchtbare Hitze sehr stark zur Begeisterung beitrug, ist wohl selbstverständlich; schwandend und schwer beladen konnte man gegen Abend so manchen gut decorierten Patrioten durch die Straßen kriechen sehen. —

Zum Empfange des Kaisers in der gut socialdemokratischen Stadt Halle hielt der Oberbürgermeister Stauda die folgende Rede:

„Allerdurchlauchtigster, großmächtigster Kaiser! Allerdurchlauchtigste Kaiserin! Im Namen der städtischen Behörden und der Bürgerchaft von Halle heiße ich Eure kaiserliche und königliche Majestäten hier vor dem alterwürdigen Rathaus im Herzen der Stadt allerunterthänigst willkommen. Durch die Gnade Eurer Majestät ist das Schenken der Bürgerchaft erfüllt. Denn heute ist uns vergönnt, unser geliebtes Kaiserpaar in unsren Mauern zu sehen. Wir haben das Glück, daß Eure Majestät von dem gelehrten Aufschwung, welchen Halle unter der segneten Regierung Eurer Majestät genommen, Kenntnis nehmen. Darum herrscht Freude und Dankbarkeit, und der Jubel, mit welchem Eure Majestäten von Alt und Jung begrüßt wurde, legt Zeugnis ab von der dankbaren Verehrung der Bürgerchaft. Wir freuen uns zur besonderen Freude, daß ich Ew. Majestät an dieser

Stelle begrüßen darf. Hier ludigte einst die Bürgerchaft von Halle dem Kaiserin Ew. Majestät, dem Großen Kurfürsten. Was die Bürgerchaft dem Landesherren an Treue und Ergebenheit versprach, das will die Bürgerchaft auch in der Gegenwart halten. Für alle Zeiten wird die Stadt Halle Ew. Majestät und dem königlichen Hause treu bleiben in Höfen wie in guten Tagen. In dieser Gesinnung bitte ich Ew. Majestät ehrfurchtvol, von der Stadt Halle diesen Ehrentrost anzunehmen.“

Nehe kann man wirklich nicht! —

Soldatenmishandlungen.

Der Unteroffizier Dammbück von dem Kürassier-Regiment Nr. 8 in Metz-Deuß war von dem Kriegsgericht der 15. Division wegen fortgesetzter Mishandlungen, vorchristlicher Behandlung und Beleidigung des Kürassiers Knein zu 6 Wochen und 2 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Der Gerichtsherr suchte das Urteil an, weil D. von der Anklage des Angriffs auf einen Wachtposten freigesprochen worden war. Wie die Verhandlung ergab, hat der Unteroffizier dem Soldaten während eines Zeitraums von sechs Monaten wöchentlich mindestens einmal Stöße gegeben die Brust, Tritte ins Gesicht versetzt und ihn geschimpft. Einmal hat er sogar, als der Soldat auf Wache stand, diesem einen Stoß versetzt, daß er einen Schritt rückwärts stieg. Auf die letztere Thatsache bezieht sich die Verurteilung des Gerichtsherrn. Das Kriegsgericht hob das erste Urteil auf und verurteilte den Unteroffizier auch wegen Angriffs auf einen Wachtposten zu zwei Jahren Gefängnis und zur Degradation.

In der nämlichen Sitzung des Oberkriegsgerichts hatte sich der Kürassier Knein, der in dem oben berichteten Falle mishandelt, infolge seiner und der Verurteilung des Gerichtsherrn zu verantworten. Er war wegen einfachen Diebstahls, Ungehorsams, Beleidigung und Achtungsverletzung gegen einen Vorgesetzten zu 10 Monaten Gefängnis und Verurteilung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurteilt worden. Beim Reiten hatte der Kürassier ein kleines Loch in der Hose. Der verurteilte Unteroffizier Dammbück riß es ihm noch größer. Der Kürassier hatte den Arm erhoben, da er glaubte, der Unteroffizier wolle ihn schlagen, zu welcher Befürchtung er gewiß berechtigt war. Der Unteroffizier behauptete als Junge, K. habe ihn schlagen wollen und ihn „Hund, verdammter“ genannt; K. bestreitet das; niemand sonst hat es gehört. Der Verteidiger beantragt Freisprechung, da K. sich schwachsinzig sei. Der Arzt hält K. nicht für einen Idioten, aber für schwachsinzig; das Bewußtsein in seiner Handlungsweise habe er nicht; so habe er auch nie an einen Diebstahl gedacht, als er ein Paar Stiefel von der Wache mitnahm und sie im Ofen versteckte. Den Antrag, den Kürassier zur Beobachtung in eine Irrenanstalt zu überweisen, lehnte das Gericht ab. Es verurteilte ihn wegen Gehorsamsverweigerung zu zwei Monaten, wegen Achtungsverletzung mit Drohung zu fünf Monaten Gefängnis und wegen Diebstahls zu zwei Wochen Mittelarrest, insgesamt zu sechs Monaten Gefängnis. Das Kriegsgericht hat also einen Mann verurteilt, der nach dem Gutachten des ärztlichen Sachverständigen schwachsinzig und für seine Thaten nicht verantwortlich ist, einen Mann noch dazu, der zu der Haupttat von dem Unteroffizier gereizt worden ist. Ein Opfer der „heiligen“ Disziplin!

Der Bremer „Bürgerzeitung“ wird aus Wilhelms haben berichtet:

„Eine Soldatenmishandlung, die für den mishandelten Soldaten möglicherweise zeitweilen furchtbare Folgen haben kann und nur eine leichte Sühne gefunden hat, beschäftigte dieser Tage das Oberkriegsgericht der Nordsee. Ein Artilleristenmaat K. ließ seine Abtheilung auf dem Kaiserhofe freibewachen. Dabei setzte er einigen seiner Leute die in eine schiefe Lage gekommenen Mägen gerade, worüber der Artillerist W. lachen mußte. Der Maat verbot ihm das Lachen, doch lächelte W. noch weiter. Zur Strafe für das „Lächeln“ mußte er nun die Kniebeuge mit aufwärts und seitwärts gestreckten Armen 10 bis 15 Minuten lang machen. Als der Soldat der völligen Erschöpfung nahe war, fragte ihn der Unteroffizier, ob ihm noch lächerlich zu Mute sei. Die Strafbewehrung dauerte bis zur völligen Erschöpfung und hatte eine Modellabnahme zur Folge, die sich dadurch auferte, daß die Weine den Dienst besagten und ein unaufhörliches Zittern den Körper befiel. Der Mishandelte ist heute noch nicht geheilt, sondern befindet sich im Lazarett, von wo aus er zur Verhandlung gebracht worden war. Als völlig gebrochener Mann sah er auf der Zeugenbank und mußte seine Aussagen sitzend abgeben. Die Gesichtsmuskeln waren in fortwährend zuckender und die Weine in fortwährend zitternder Bewegung. Sein Feingehör war vom Kriegsgericht freigesprochen worden. Da der Gerichtsherr Verurteilung gegen dies Urteil eingeleitet hatte, kam der Fall vor das Oberkriegsgericht. Dieses verurteilte den Artilleristenmaat zu 7 Tagen gelinden Arrest. Das Urteil wurde damit begründet, daß der Angeklagte seine Befugnisse überschritten habe. Er hätte den Mann wegen des „Lächelns im Blicke“ behufs Bestrafung zur Meldung bringen sollen. Der als Gutachter zur Verhandlung geladene Militärarzt erklärte den Mishandelten für einen hochgradig nervösen Mann, der auch durch eine andere Anstrengung, welche der Dienst mit sich bringe, in diesen krankhaften Zustand hätte kommen können. Er, der Arzt, habe in Erwartung der an ihn gestellten Frage auch an 10 Minuten die Kniebeuge in einer Tour gemacht und sei davon kaum ermüdet gewesen. Das Gutachten kann die Thatsache aber nicht aus der Welt schaffen, daß der Soldat W. vor der Mishandlung ein völlig gesunder Mann gewesen ist.“

Die in Rostock erscheinende „Mediz. Volkszeitung“ enthielt in ihrer Nr. 187 vom 14. August folgende Notiz:

Röbel. Von einem traurigen Geschehnis ist eine hiesige Familie heimgeführt worden. Der von hier gebürtige 21jährige Pionier Otto Hennings starb in seiner Garnison Garburg infolge Sturzes bei einer Turnübung.

In Nr. 188 vom 15. August teilte dasselbe Blatt mit:

Röbel. Die unglücklichen Eltern des in Garburg beim Turnen zu Tode gekommenen Pioniers Otto Hennings trafen in einer Sterbeanzeige durch die Zeitung mit, daß ihr Sohn den Todessturz machte, nachdem er unmittelbar vorher schon zweimal abgestürzt war. Der Vater, Maurer W. Hennings hier, hat an das Generalkommando zu Altona ein Schreiben gerichtet, worin er eine Untersuchung des Vorfalles beantragt und dem Kommando Einzelheiten über die dem Unglücke vorhergehenden Vorfälle, wie sie ihm von Kameraden des Verstorbenen berichtet wurden, mitteilt.

An der Hand eines dieser Berichte giebt nun die „Mediz. Volkszeitung“ in ihrer Nr. 195 vom 23. August folgendes zur öffentlichen Kenntnis:

Die 4. Kompanie des Pionierbataillons Nr. 9 zu Garburg, bei der Otto Hennings diente, hatte am 8. August Turnen. Hennings fiel vom Klettergerüst und verletzte sich wahrscheinlich innerlich. Aber der Unteroffizier bestand darauf, daß H. weiter sich an den Turnübungen beteiligen solle, obwohl H. erklärt hatte, er könne nicht mehr. Als H. sich dann das Blut, das aus seiner Nase strömte, abwusch, erklärte der Unteroffizier gemüthvoll, H. solle sich das Blut abtrocknen, wozu er denn sonst seinen Veder habe! Schließlich mußte H. noch eine halbe Stunde nachgerätseln, wobei er dann umfiel. Er meldete sich dann krank — und etliche Stunden später war er eine Leiche.

Diese Mitteilung deutet sich, schreibt das „Garburger Volksblatt“, mit den uns gewordenen Angaben. Im Vollbesitz seiner jugendlichen Kräfte hatte Hennings das Steierhaus verlassen. Die alten Hennings trösteten sich damit, daß, wenn es auch vielleicht keine Lust sei, Soldat zu sein, die zwei Jahre von ihrem Sohn schließlich auch würden ertragen werden. Mit froher Zuversicht sahen sie dem Ende der Militärdienstzeit ihres Sohnes entgegen, hofften sie doch, ihn wieder gesund in ihre Arme schließen zu dürfen, da traf bei ihnen die Trauerbotschaft ein — ihr Sohn war tot!

Die sächsischen Landtagswahlen werden abgeschrieben. Die Urwahlen sind danach am 28., 29. und 30. September und die Abgeordnetenwahlen am 15. Oktober vorzunehmen. —

Eine Heldenthat. Aus Bromberg wird uns ein Vorfall berichtet, in dem ein Offizier eine auffällige Rolle gespielt hat. Der Vorfall ist zwar schon im Juli passiert, doch da er uns erst jetzt

Bekannt wird, in seinen Folgen auch nicht erledigt ist, so teilen wir das uns Berichtete jetzt noch mit als einen charakteristischen Beitrag zum Wesen des Militarismus.

Ein in Bromberg wohnender Maurermeister F. begegnete, als er in später Abendstunde nach Hause ging, einem Leutnant mit zwei Damen. Aus Versehen streifte er eine der Damen ein wenig am Knie. „Alles befohles Schwein!“ schrie ihn der Leutnant sofort an. Der Meister diente mit einer Retourkarte und ging weiter. Kaum hatte er jedoch einige Schritte zurückgelegt, als er von dem Offizier heftige Scheltwörter über den Kopf erhielt, die ihm blutende Verletzungen beibrachten. Der Angegriffene setzte sich zur Wehre und erhielt dabei noch mehrere Verletzungen, die ihn noch jetzt an der Wahrnehmung seiner Berufsgeschäfte hindern.

Die Untersuchung ist eingeleitet, der Offizier soll vorläufig vom Dienste suspendiert sein.

Nach der uns gewordenen Darstellung, die von verschiedenen Seiten bestätigt wird, hat also der Offizier einen wehrlosen Mann, den er zuvor ungehörig beschimpft hatte, von hinten mit dem Säbel angegriffen und ihn so verletzt, daß er wochenlang krank und in seinem Erwerbe gehindert ist.

Wir werden wohl erfahren, wie das Kriegsgericht den Fall beurteilen wird. —

Die oberösterreichische Polizei in Verletzung des Königlich preussischen Landgerichts zu Gleiwitz O. S.

Wir haben seiner Zeit über die Gleiwitzer Verhandlung berichtet, die sich mit dem Fabryer „Wahlstrahl“ vom Stichtagswahltag befaßte. Von 14 wegen Aufzuges Angeklagten sind 13 gänzlich freigesprochen worden und einer ist wegen einfachen Aufzuges zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Selbst der Staatsanwalt hatte nach der Beweisaufnahme die schwere Anklage des Aufzuges fallen lassen. Die Beweisaufnahme hatte ergeben, daß die Polizeibeamten selbst fliehende und unbeteiligte Passanten in unmenslicher Weise mit blanker Waffe bearbeitet hatten.

Es ist interessant zu lesen, wie das erkennende Gericht diese Thatfachen erwähnt. In dem schriftlichen Urteil lesen wir:

„Dagegen war das Vorliegen eines strafbaren Thatbestandes im Sinne des § 115 (Aufzug) oder 116, Abs. 2 (Aufschlag, bei welchem Gewaltthätigkeiten verübt worden) oder 125 (Landfriedensbruch) des Strafgesetzbuches — das Gesetz bedroht alle Teilnehmer an den bezeichneten Handlungen mit Gefängnis bis zu 5 Jahren, während die „Mädelsführer“ oder solche, die Gewaltthaten verüben bis zu 10 Jahren Zuchthaus bestraft werden können — zu verurteilen. Wenn auch das gewaltsame Auseinanderbringen der angesammelten Menschenmassen sachlich durchaus gerechtfertigt war (auch notwendig), so war doch zu beachten, daß eine Zusammenrottung im strafrechtlichen Sinne nicht vorlag, da die räumlich vereinigte Menschenmenge sich nicht zu unerlaubtem, rechtswidrigem Handeln zusammengefunden, noch in dem gemeinschaftlichen Bewußtsein und mit der Möglichkeit rechnend, daß es zu unerlaubten Handlungen kommen könne, erteiltlich zusammengehalten hat, daß ferner weder vor noch während der Auseinanderbringung der Massen irgend welcher Widerstand mit vereinten Kräften oder irgend welche Begehung von Gewaltthätigkeiten gegen Personen oder Sachen mit vereinten Kräften vorgekommen sind.“

Daß keine Gewaltthätigkeiten vorgekommen waren, daß kein Widerstand geleistet wurde — das wußten am besten die beteiligten Polizeimannschaften. Trotzdem haben sie die fliehenden Leute weiter mißhandelt, trotzdem haben sie selbst vereinzelte in Seitenstraßen geflohenen Personen in unmenslicher Weise bearbeitet. Das giebt selbst das Urteil in nachstehenden Sätzen zu:

„Verhaftungen an Ort und Stelle sind nicht vorgenommen worden, da sich dies infolge der Umstände, insbesondere der zu geringen Zahl der zur Verfügung stehenden Polizeibeamten als nicht durchführbar erwies. Die Angeklagten Jakob und Joseph Dgorel, Dornial, Stodetzki, Crayzig und Daniel haben Säbelwunden erlitten, über deren Empfang sie mehr oder minder unwahrscheinlich klingende Angaben machen. Die Thatfache der Verletzung konnte aber, wenn sie auch erheblich belasteten, wirkt doch nicht als entscheidendes Ueberrückmoment für die Teilnahme der Verletzten an dem Aufzug an der Bahnhofstraße verwertet werden, weil erwiesenermaßen die Polizeibeamten auch nach Auseinanderbringung der Hauptmasse bei der Säuberung der Nebenstraßen gegenüber einzelnen vor ihnen auftauchenden Personen von der Waffe Gebrauch gemacht haben, die möglicherweise zu dem vorausgesetzten Aufzug in keiner Beziehung standen.“

Alle diese Feststellungen konnten ohne Mühe in der Voruntersuchung gemacht werden. Trotzdem hat man 13 Familienväter etwa sechs Wochen in Unterjochung gehalten. Und es ist nicht unerheblich, den Feststellungen des Gerichts die Argumentation der Anklageschrift gegenüberzuhalten, um wieder einmal zu sehen, wie in Preußen-Deutschland — speziell aber in Oberösterreich — Anlagen erhoben werden!

Man lese nur den Schlusssatz der Anklageschrift: „Wer mit Steinen geworfen hat, hat sich nicht ermitteln lassen; dagegen steht fest (?), daß die hier Angeklagten an der Zusammenrottung teilgenommen haben. . . . Fast sämtliche Angeklagte haben unmittelbar nach dem Vorfalle Verletzungen aufgewiesen, die sie nur dabongetragen haben können, als die Polizisten von ihren Waffen Gebrauch machten.“

So werden in Oberösterreich Anklageschriften gemacht! Und nun noch eins: In der Verhandlung vom 17. August ist unstreitig nachgewiesen worden, daß die Polizisten fliehende und Unbeteiligte in unrechtmäßiger Ausübung des Amtes mit der Waffe schwer mißhandelt haben.

Selbst das Urteil giebt dies — in allerdings sehr rüchstsvoller Weise — zu. Gleich nach der Verhandlung forderte die Rattowitzer „Gazeta Robotnicza“ die Staatsanwaltschaft auf, gegen die schuldigen Polizeibeamten einzuschreiten. Bis jetzt haben wir nichts davon vernommen.

Wir erinnern die Gleiwitzer Staatsanwaltschaft an das Versehen des § 340 im deutschen Strafgesetzbuch. Darin wird die schwere, im Amt begangene Körperverletzung mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Es wäre ein interessantes Gegenstück zum Landshuter Prozeß, wenn man gleichzeitig gegen die Fabryer Polizisten verhandeln würde. —

Huoland.

Italien.

Der Marineprozeß gegen den „Avanti“, der mit so großer Spannung erwartet wurde, hat, wie der Telegraph bereits gemeldet, einen ebenso raschen als unerwarteten Abschluß gefunden. Die 35 Kläger — Marine-Offiziere und Beamten von Spezia — wurden bekanntlich vom Gericht mit ihrer Klage abgewiesen, weil die Artikel des „Avanti“ weder ihre noch die Namen anderer Personen genannt haben, sondern von einem „System der Korruption“ gesprochen haben. Die 35 Herren haben keine Autorisation gehabt, die gesamte Marine zu vertreten, sie wurden daher kostenpflichtig abgewiesen.

Für Ferri und den „Avanti“ ist dieser Ausgang des Prozesses, obwohl er juristisch korrekt sein mag und prinzipiell der Presse willkommen sein muß, nicht erwünscht, denn Ferri wollte und konnte die Beweise seiner Behauptungen führen. Dagegen ist wohl anzunehmen, daß die Regierung Furcht vor dem Prozesse hatte. Waren doch in den Artikeln Ferris die Marineverwaltung und den Marine-Offizieren Beschuldigungen ganz ungeheurer Art gemacht. Die Zuschriften, die zum großen Teil in ihrem Wortlaut veröffentlicht worden sind, kamen meist aus den Kreisen der Marine selbst. In der einen wurde u. a. die Behauptung aufgestellt, daß in Spezia sämtliche Marineoldaten jährlich für mehrere Wochen beurlaubt würden. In dieser Zeit erhielten sie keinen Sold, diesen — so wurde behauptet — steckte die Kommandanten in ihre Taschen. Welch ungeheure Bedeutung man in der Öffentlichkeit dem Prozeß wider den „Avanti“ beimaß, geht allein schon daraus hervor, daß den zwei Angeklagten, Ferri und dem Direktor des „Avanti“, sich nicht weniger denn 13 Rechtsanwälte

zur Verteidigung zur Verfügung gestellt hatten. Ferner waren, um durch persönliche Anwesenheit im Gerichtssaale ihre Solidarität mit Ferri (der bekanntlich selbst ein bedeutender Advokat ist) und der freien Meinungsäußerung durch die Presse zu dokumentieren, 54 Juristen aus allen Teilen Italiens herbeigeeilt. Gegen 100 andre hatten schriftlich dem Deputierten Ferri ihre Sympathie bezeugt.

Diese — wie der „Avanti“ sagt — in den Annalen der Justiz noch nie dagewesene Manifestation der Solidarität, die sich nicht auf die sozialistischen Kreise beschränkte, sondern an der fast alle Parteien beteiligt sind, giebt, so heißt es weiter, dem „Avanti“ und der Partei die Kraft, für die materielle und moralische Regeneration des italienischen Volkes weiter zu arbeiten. So bedeutet der Ausgang des Prozesses einen Sieg der Demokratie und die ausgewählte öffentliche Meinung wird nun mit um so größerem Nachdruck die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission fordern, welche die Wirtschaft in der Marine untersucht. —

Serbien.

Zur Verhaftung der Kaiser Offiziere. Ministerpräsident Avramowitsch hat einem Mitarbeiter der „Veogradske Rovine“ gegenüber erklärt, er sei überzeugt, daß die Kaiser Angelegenheit einen ruhigen Verlauf nehmen und bald aus der Welt geschafft sein werde. Der Ministerpräsident teilte mit, daß eine Militärkommission zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt sei, an deren Spitze Major Schuchfalowitsch stehe. Nach allem, was bisher bekannt sei, schloß Avramowitsch, handle es sich weder um Hochverrat noch um eine Verführung, doch sei es unzulässig, daß Offiziere auf diese Art Unterschriften sammeln. Uebrigens könne man nicht wissen, was ihr Endziel gewesen sei. — Die Belgrader Blätter verurteilen in ihren heutigen Ausgaben zum größten Teile die Vorgänge im Offiziercorps. —

Asien.

In den Verhandlungen zwischen Rußland und Japan über ihre Stellung in der Mandchurei und Korea wird den „Times“ aus Peking gemeldet: Der japanische Gesandte soll dem russischen Minister des Aeußern am 12. August eine sein Vorschläge enthaltende Denkschrift überreicht haben, welche für die gegenseitige Anerkennung der Eisenbahnrechte in der Mandchurei und Korea Bestimmung trifft; jede Macht soll ihre Rechte bezeichnen; jede soll das Recht haben, ihre Eisenbahnen zu betreiben und zur Unterdrückung der Unruhen nach ihrer Sphäre Truppen zu entsenden, die nach Wiederherstellung der Ordnung zurückgezogen sind. — Die „Times“ veröffentlicht ferner eine Depesche aus Tokio vom 4. d. M., die belagt: Hier wird amtlich die Meldung für unrichtig erklärt, die Grundlage der russisch-japanischen Unterhandlungen sei die Anerkennung der von Rußland in der Mandchurei erworbenen Interessen durch Japan gegen Anerkennung der japanischen Interessen in Korea durch Rußland. Die Thatfache, daß Verhandlungen im Gange sind, wird zugegeben, doch wird erklärt, daß die eben bezeichnete Grundlage der Verhandlungen weit von der Wahrheit ab sei; die japanischen Interessen in Korea seien von Rußland bereits in dem Protokoll von 1898 anerkannt worden. —

Afrika.

Aus den nordafrikanischen französischen Besitzungen werden wieder Ueberfälle französischer Truppeneinheiten durch Räuberbanden gemeldet. In der Nähe von el-Mungar wurde eine Transportkolonne von einer Räuberbande überfallen, die über 1000 Kamele hinwegführte. Die Kolonne bestand aus einer Eskadron Spahis, einer Kompagnie Tirailleurs und einer der zweiten Kompagnie des zweiten Regiments der Fremdenlegion entnommenen Eskorte. Der Zweck der Kolonne war, Spahi-Bent-Abbes und Jgl zu verproviantieren. Unter den 33 Getöteten befindet sich der Hauptmann Vachez, unter den 47 Verwundeten der Leutnant Selchhausen; letzterer ist schwer verwundet. —

Landtagswahl.

Ueber die Landtagswahlen mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Provinz Brandenburg referierte in der Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg am Sonntag Genosse Dr. A. r o n s. Die 22 Landtags-Wahlkreise der Provinz haben 45 Abgeordnete zu wählen; gegenwärtig sind sie durch 35 Konservative, 1 Nationalliberalen und 9 Freisinnige, die Berliner Abgeordneten, vertreten. Sehen wir uns die Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen an, so kommen die sechs Kreise West- und Ost-Prignitz, Prenzlau-Angermünde, Arnswalde-Friedeberg, Königsberg i. Neum., West- und Ost-Sternberg, welche 7 Reichstags-Wahlkreise entsprechen und durch 5 Konservative und 2 Antisemiten im Reichstag vertreten sind, für uns kaum in Betracht. Dann käme noch Ludau-Lübben, wo nur 20,8 Proz. sozialdemokratische Stimmen abgegeben sind. Berlin hat vier Landtags-Wahlkreise, von denen wir den dritten mit zwei Abgeordneten, der dem sechsten Reichstags-Wahlkreise entspricht, den Freisinnigen möglicherweise aus eigener Kraft abnehmen können. Die übrigen 11 Landtags-Wahlkreise, die 13 Reichstags-Wahlkreise entsprechen, haben vier Sozialdemokraten, sieben Konservative und zwei Nationalliberale in den Reichstag gesandt. In zweien derselben hatte der Sozialdemokrat die absolute Majorität der Stimmen, in Nieder-Ober-Parium, 56,3 Proz., in Teltow-Weeslow 55,5 Proz. Beide Kreise sind jetzt durch drei resp. zwei Konservative Sitze vertreten, die zweifellos der junkerlichen Reaktion durch ein Zusammengehen der sozialdemokratischen und freisinnigen Wahlmänner abgejagt werden könnten.

In den fünf Kreisen Guben-Sorau-Forst, Ostbavelland, Jüterbog-Ludenthalde, Frankfurt-Neub., Rauch-Verlag-Brandenburg-Westbavelland betrug unsere Stimmzahl zwischen 45 bis 50 Prozent und mit den Freisinnigen zusammen weit mehr als die absolute Majorität. Auch in Potsdam und Kottbus-Spremberg-Kalau kommen die freisinnigen und sozialdemokratischen Stimmen nahe an 60 Prozent. Mehr als 50 Prozent betragen sie auch noch in Landsberg-Soldin und Ruppiner-Templin; rechnen wir trotzdem diese Kreise mit vier Abgeordneten als konservativen Besitz, so haben sie 19 Sitze sicher; in Berlin erwarten wir, 2 Sozialdemokraten und 7 Freisinnige gewählt zu sehen. Die andern 9 Kreise könnten den Konservativen abgenommen werden. Verlangen wir dort recht bescheiden nur in den 6 Kreisen mit mehr als einen Abgeordneten ein Mandat, so würde statt des jetzigen Bildes die Vertretung werden: 19 Konservative, 8 Sozialdemokraten, 18 Freisinnige.

Sollte man nicht erwarten, daß solche Aussichten die Freisinnigen aus ihrem tiefen Schlaf erwecken müßten, um alle Macht daran zu setzen, die feudalen Rechte hinwegzusetzen, die im preussischen Abgeordnetenhaus ihre stärkste Stütze haben? Man sollte es meinen; aber es scheint fast, als ob die Führer der Freisinnigen sich mit ihren Berliner Mandaten zufrieden geben wollten. Schreibt doch selbst die „Berliner Zeitung“, ein freisinniges Blatt:

„Auf die Aussicht, weitere Sitze zu gewinnen, gehen die freisinnigen Führer nicht ein — vielleicht wünschen sie keine Vermehrung, weil, je kleiner die Fraktion, desto leichter die Einheit zu wahren ist.“

Und darf das aber nicht abhalten, mit aller Energie in die Wahlbewegung einzutreten, und zwar genau so, als ob wir Erfolge erlangen könnten. Es muß bei dieser Wahl scharf hervortreten, daß es einzig und allein die Schuld der Freisinnigen ist, wenn nicht ein starker Vorstoß gegen die Reaktion erfolgen wird. Es muß sich deutlich zeigen, daß wir es an nichts haben fehlen lassen, sondern daß lediglich die Freisinnigen die Schuld tragen. Wenn es klar wird, daß die Freisinnigen vollständig verflumpen, so wäre auch das ein Erfolg.

In Bezug auf die Urwahlen ergibt sich für uns aus dem Gesagten, daß wir bei den Stichwahlen nur für solche Liberale stimmen können, die erklären, daß sie unabhängig genug sind, um bei ihrer Abstimmung nach keiner Seite Rücksicht nehmen zu müssen. Wer das nicht erklären kann, dem gebührt nicht das Ehrenamt eines Wahlmannes. Wenn die Freisinnigen, z. B. die „Vossische Zeitung“ sagt, damit nimmt man ihrer Partei das beste Wahlmannsmaterial, z. B. die Volksschullehrer, so verstehe ich nicht, wie die Volksschullehrer sich

eine solche Beschimpfung gefallen lassen können. Freisinnige, die erklären, vor die Wahl gestellt, 2 Konservative oder 1 Freisinnigen und 1 Sozialdemokraten zu wählen, auch trotz des Interesses ihrer eignen Partei können sie nicht für einen Sozialdemokraten stimmen, können wir als zuverlässige Kämpfer gegen die Reaktion nicht betrachten.

Auch der Grund, der Verbot noch vor fünf Jahren bestimmte, in einem solchen Fall die Freisinnigen zu unterstützen, um die absolute Majorität der Konservativen im Landtag zu verhindern, kann heute nicht mehr stichhaltig sein. Seitdem das Centrum im Kampf gegen die Sozialdemokratie die Unterstützung der Konservativen auf seine Fahne geschrieben hat, ist die absolute Majorität für jede reaktionäre Bestimmung, für Verschlechterung des Vereinsgesetzes, der Schule usw. so wie so vorhanden. Diese Furcht braucht uns nicht abhalten, die Freisinnigen verschwinden zu lassen. Wenn trotz alledem ein sozialdemokratischer Wahlmann für einen Freisinnigen als Hort gegen die Reaktion stimmen würde, so würde mir der Ausdruck fehlen, ein solches Verhalten gebührend zu kennzeichnen. Ich erinnere nur daran, daß die Wahlprüfungs-Kommission des Abgeordnetenhauses anerkannt hat, daß bei der Wahl in Teltow-Weeslow die größten Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, und doch hat sie einstimmig, einschließlich des freisinnigen Abgeordneten Rektor Kopsch, beantragt, die Wahl für gültig zu erklären.

Ich bitte, Sie den von mir aufgestellten Leitfäden zuzustimmen. Die Beteiligung an der Wahl muß eine möglichst vollständige sein; dann ist auch jede Gefahr einer Maßregelung ausgeschlossen. Stimmen zum Beispiel von den 24 000 Kruppischen Arbeitern auch nur 8000 sozialdemokratisch, so ist an eine Entlassung derselben gar nicht zu denken.

Jeder, der sich an der Wahl beteiligt, vermindert also auch die eventuelle Gefahr für seine Kameraden.

Die Leitfäden sind folgende:

I. In allen Landtags-Wahlbezirken der Provinz Brandenburg und Berlin, mit Ausnahme von West- und Ost-Prignitz, Prenzlau-Angermünde, Arnswalde-Friedeberg, Königsberg i. d. Neumark, West- und Ost-Sternberg, Jülichau-Krossen und Ludau-Lübben, müssen die Parteigenossen mit aller Energie in die Landtags-Wahlbewegung eintreten.

Es steht nichts im Wege, daß im Interesse der Agitation auch an einzelnen Orten der oben genannten Kreise in die Wahlbewegung eingetreten wird.

II. Die Wahlbeteiligung hat überall durch Aufstellung eigener Wahlmannskandidaten stattzufinden. In Urwahlbezirken, wo dies nicht möglich, steht es den Parteigenossen frei, ob und wie sie stimmen wollen.

III. Abmachungen mit andern Parteien finden vor den Urwahlen nicht statt. Doch soll in allen Kreisen mit mehr als einem Abgeordneten erklärt werden, daß unsere Wähler bei den Urwahlen in Stichwahlen nach Ausfall der sozialdemokratischen Wahlmannskandidaten unbedingt für solche Liberale stimmen werden, die bei ihrer Aufstellung erklärt haben, unabhängig genug zu sein, um bei der Abgeordnetenwahl ohne jede Rücksichtnahme stimmen zu können.

IV. Die Entscheidung über die Abstimmung unserer Wahlmänner treffen nach den Urwahlen die einzelnen Lokal-Wahlkomitees in Vereinbarung mit dem Central-Wahlkomitee (Partei-vorstand).

V. Die Parteigenossen haben sofort folgendes zu unternehmen:

- 1) Die Gemeindebehörden sind aufzufordern, sofort die Urwahlbezirks-Einteilung vorzunehmen und zu veröffentlichen.
- 2) Die Gemeindebehörden sind aufzufordern, den Beginn der Wahlhandlung auf 5 Uhr nachmittags festzusetzen.
- 3) Mit allem Nachdruck ist innerhalb der Parteikreise darauf zu dringen, daß, soweit dies noch nicht der Fall, die preussische Staatsangehörigkeit erworben wird.
- 4) Mit der Aufforderung von Wahlmannskandidaten ist sofort zu beginnen, selbst wenn die Urwahlbezirks-Einteilung noch nicht vorliegt. Hierbei muß auf die 2. und 1. Klasse Rücksicht genommen werden.

Diese Sätze fanden auf der Konferenz allseitige Zustimmung.

„Der Krieg ist erklärt!“ schreibt die „Konservative Korrespondenz“ des Entzückens voll über die Haltung der Freisinnigen Volkspartei in der Frage der Landtagswahlen.

„Der Freisinnigen Volkspartei“, schreibt sie, „ist, wie es scheint, den Reichstagen Drängelien gegenüber der Geduldssaden gerissen. Im Grunde genommen machte das ohnmächtige Volk der Wadels-trümpfer, das ein Echo nur noch in der jüdisch-demokratischen Presse fand, nur noch einen komischen Eindruck. Wenn Barth Woche für Woche in seiner „Nation“ das ewige Thema von einem Zusammenschluß mit der Sozialdemokratie erörtert, obwohl er wahrnehmen muß, daß sein politischer Kredit selbst unter den eignen Bestimmungsgenossen dadurch immer mehr geschädigt wird, so kann das eigentlich nicht mehr als ernsthafteste Politik angesehen werden. Einen solchen Parteiführer kann man getrost seine Wege gehen lassen; er wird — insonderheit nach der „Justiz“ mit den nationalsozialen Freischlern — bald abgewirtschaftet haben.“

In der Freisinnigen Volkspartei sah man aber offenbar die Sache ernst auf und empfand das Bedürfnis, zwischen sich und der kaum noch den bürgerlichen Parteien zuzurechnenden Reichstagsgruppe reinen Tisch zu machen. Den äußeren Anlaß hierzu bot ein Artikel in dem Wadels-trümpfer-Organ „Liberale Korrespondenz“, in dem wieder einmal verklärt wurde, die Intelligenzen der Freisinnigen Vereinigung, verstärkt durch die bisher noch nicht sozialdemokratisch gewordenen Führer der Nationalsozialen, würden nunmehr ernsthaft die Regeneration des Liberalismus in die Hand nehmen. An dieser Regeneration hat bereits Wadert jahrelang gearbeitet, und Barth war ihm dabei behilflich. Wie weit es dabei diese Herren gebracht haben, lehren die zerfahrenen Zustände, in denen sich die ehemals recht zahlreichen Seceffionisten, späteren Nationalsozialen und dann wieder der Seceffion anheimgefallenen Wadels-trümpfer selbst befinden.

Die Führer der Freisinnigen Vereinigung halten sich aber vermutlich gerade dieser „Erfolge“ wegen für qualifiziert, als Regeneratoren des gesamten Liberalismus aufzutreten, und demgemäß verklärt die „Liberale Korrespondenz“, die nunmehr vereinten Elemente der Freisinnigen Vereinigung würden in verstärkter Arbeit zu Gunsten eines vorurteilsfreien und unerschrockenen Liberalismus sowohl in organisatorischer wie in agitatorischer Beziehung mehr als bisher zu leisten befähigt sein. Man kann wohl sagen, daß in Anbetracht seiner Unbedeutendheit der weibliche Freisinn in organisatorischer und auch in agitatorischer Beziehung schon sehr viel geleistet hat. Die Organisationen der Wadels-trümpfer, die allerdings meist unter irreführender Flagge als allerlei Hilfsstruppen ihr Wesen treiben, die verheerenden Agitationen, die von ihrer Seite entfaltet werden, haben manche Spuren hinterlassen.

Wollen nun die Herren Barth, Raumann, Gerlach usw. wirklich zu Gunsten eines „vorurteilsfreien“ Liberalismus wirken? Das wird man gerade jenen in Vorurteilen schwimmenden Politikern nicht zutrauen dürfen. Die „Freisinnige Zeitung“ hat also wohl recht, wenn sie den Hinweis auf die Vorurteile und Verhöhrungen im Liberalismus, denen die Barthische Gruppe entgegenwirken will, auf die Freisinnige Volkspartei und speziell auf den Abgeordneten Eugen Richter bezieht. Die Vorurteilsfreiheit soll vermutlich sich nur oder doch in erster Linie auf die Haltung zur Sozialdemokratie beziehen. Der erste Widerstand, den die Reichstagspartei in dieser Hinsicht bietet, soll von den vereinten nationalsozialen freisinnig-liberalen Regeneratoren zu Gunsten der Sozialdemokratie beiseite geräumt werden.

Die „Freisinnige Zeitung“ versteht aber keinen Spaß. Sie schreibt zunächst sehr zutreffend, als ernsthafteste Regeneration des Liberalismus hätten die Wadels-trümpfer stets nur betrachtet eine Unterwerfung andrer, selbst größerer und einflussreicher liberaler Parteien unter der Führung des Herrn Barth, Schrader usw. Zu diesem Zweck sei seit Jahr und Tag keinerlei Intrigue unversucht geblieben, um Spaltungen, sei es innerhalb der

Freiwillichen Volkspartei oder der Nationalliberalen, hervorzuheben. Durch diese Worte wird nur bestätigt, was wir schon immer über das „großliberale“ Wirken der Herren Barth und Genossen geschrieben haben.

Nach dem Mißlingen der Obstruktioncampagne von Singer und Barth ist die offene Feindschaft der Wadestricmpfister gegen die Botschaftler und namentlich gegen Eugen Richter zum Ausdruck gekommen. Es wurde mit socialdemokratischer, national-socialer und sozialdemokratischer Hilfe ein richtiges Kesseltreiben gegen den Führer der Volkspartei veranstaltet; aber auch dieses endete mit einer verbitterten Niederlage.

Die Einigkeit zwischen Herrn Richter und den Konserverativen ist seit der Zeit der Zollcampagne nicht größer gewesen als jetzt.

Die Wahlkreis-Konferenz für Nordhansa beschloß, zur Landtagswahl einen eignen Kandidaten aufzustellen.

Partei-Nachrichten.

Erklärung.

Die Pressekommision des „Vorwärts“ kann nach Kenntnisnahme des Inhalts der von der Redaktion des „Vorwärts“ abgelehnten Erklärungen des Genossen Vebel keinen Grund sehen, der die Redaktion veranlassen könnte, von dem ihr im allgemeinen zustehenden Recht, Einsendungen abzulehnen, im vorliegenden Fall Gebrauch zu machen.

Sie erklärt ferner, daß, wenn Genosse Vebel die bestehenden Instanzen angerufen hätte, eine Verständigung herbeigeführt worden wäre.

Die unterzeichneten für die Angelegenheit verantwortlichen Redakteure erklären, daß sie diesen Beschluß der Pressekommision, so weit er das Verhalten der Redaktion betrifft, schon aus dem Grunde nicht acceptieren können, weil die Zuschrift Vebels über die fürstlichen Resolutionen gar nicht abgelehnt, sondern dieser nur um eine Abänderung ersucht worden ist. Die Redakteure warten in dieser Angelegenheit die Entscheidung der weiteren Instanzen ab.

Kurt Eisner, Heinrich Weyler.

Die bevorstehenden Verhandlungen des Dresdener Parteitag werden auch das Interesse an den Verhandlungen der früheren Kongresse. Die älteren Protokolle über die Verhandlungen vor und während des Socialistengesetzes sind veröffentlicht. Dagegen sind noch zu haben die Protokolle von Halle 1890, Erfurt 1891, Berlin 1892, Köln 1893, Frankfurt 1894, Breslau 1895, Gotha 1896, Hamburg 1897, Stuttgart 1898, Hannover 1899, Mainz 1900, München 1902. Rübend 1901 ist vergriffen.

Bestellungen sind zu richten:

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Nordhansa beschloßen auf ihrer am Sonntag abgehaltenen Kreisversammlung folgende Resolution: Die Konferenz erklärt sich mit der bisherigen Tätigkeit der Parteileitung sowie der Fraktion einverstanden und erwartet, daß trotz der verschiedenen, nach der Reichstagswahl laut gewordenen Meinungen in tatsächlichen Fragen der Klassencharakter der Partei von den gewählten Vertretern derselben in- und außerhalb des Parlaments gewahrt bleibt.

Zur Vizepräsidentenfrage. Die Parteigenossen in Freiburg i. B. nahmen Stellung zum Parteitag. Hinsichtlich der Vizepräsidentenfrage stellte sich die Mehrheit der Genossen auf den Standpunkt, daß die diesbezügliche Entscheidung der Fraktion treffen solle. Wenn es für die Partei von Nutzen sei, dann dürfe man auch vor einem Hofbesuch nicht zurückweichen.

Der Parteitag der Socialdemokratie Oesterreichs findet vom 9. bis 18. November in Wien statt. Auf der Tagesordnung stehen: Bericht der Gesamtparteiversammlung. — Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. — Der Dualismus und die Socialdemokratie in Oesterreich. — Die Wahlrechtsbewegung. — Socialpolitik in Oesterreich. — Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage.

Aus Industrie und Handel.

Die Erhöhung des englischen Bankdiskonts von 3 auf 4 Proz. wird, wie uns aus London geschrieben wird, dort allgemein auf den Goldabfluß zurückgeführt, der in letzter Zeit von London nach Berlin stattgefunden hat. Der heutige „Economist“ schreibt darüber: Die deutsche Goldnachfrage wird durch verschiedene Ursachen erklärt, aber wir glauben, daß die wirkliche Ursache in den Bedürfnissen der deutschen Regierung zu suchen sei. Der Reichs-Etat zeigt ein Defizit, und doch ist die Regierung nicht geneigt, die einzelnen Staaten schärfer heranzuziehen, da dies politisch nicht ratsam ist. Die Regierung zieht es vor, auf die durch den neuen Tarif zu erzielenden höheren Einnahmen zu warten. Mittlerweile aber sollen die Reueingaben für Arme und Flotte durch eine Anleihe gedeckt werden. Die Deutsche Bank rechnet bereits mit dieser Möglichkeit und zieht Gold an sich, da die Regierung selbstverständlich auf den Bestand der Bank rechnet. In diesen Bemühungen wird die Deutsche Bank begünstigt durch den Entschluß der englischen Regierung, die Aktien und Obligationen der Niederländisch-Südafrikanischen Eisenbahn, die sich hauptsächlich in deutschen Händen befinden, aufzukaufen. Da wir ferner auf einen Goldabfluß nach Ägypten und wahrscheinlich auch nach Südamerika und den Vereinigten Staaten zu rechnen haben, so hat die Bank von England weise gehandelt, indem sie den Diskont erhöht hat.

Ein neues Geschäft haben die Besitzer von Aktien der Bogt-ländischen Maschinenfabrik (vormals J. G. u. H. Dietrich) gemacht, das als eines der vielen Beispiele, wie man als Aktionär „arbeiten“ muß, um zu verdienen, auch hier niedriger gebührt werden mag. Am Sonnabend wurde bekannt, daß die genannte Aktiengesellschaft statt 6 Proz. des Vorjahres in diesem Jahre 15 Proz. Dividende zahlen werde; darauf entstand am gestrigen Montag eine solche Nachfrage nach Aktien an der Börse, daß bei Feststellungen des Kassa-furses einer Nachfrage von ca. 200,000 M. nur 15,000 M. Verkaufslimit gegenüberstanden! Die Aktien schnellten von 124 bezw. 128 Proz. auf 160 Proz. empor! Das giebt eine Steigerung von 32—36 Proz. pro Aktie oder 320—360 M. auf nominell 1000 M. Ein glücklicher Besitzer von nur zehn solcher Aktien steckt also, ohne einen Finger zu rühren, einen Gewinn von 3200—3600 M. ein, d. h. ungefähr so viel, wie 3—4 Arbeiterfamilien für ein ganzes Jahr als Lebensunterhalt haben.

Kohlenversorgung Berlins. In dem ersten Semester dieses Jahres im Vergleich zu der korrespondierenden Zeit des Vorjahres betrug die Zufuhr von Steinkohle an den Eisenbahn-Stationen und Häfen innerhalb des Reichsbildes von Berlin insgesamt 1,051,801 Tonnen (1,020,524 Tonnen). Die Zufuhr von Braunkohlen und Briquets stellte sich innerhalb derselben Zeit auf 585,830 Tonnen (500,524 Tonnen). Die Zufuhr an den Eisenbahn-Stationen und Häfen außerhalb des Reichsbildes von Berlin belief sich für Steinkohle auf 515,297 Tonnen (569,759 Tonnen) und die von Braunkohlen und Briquets auf 178,777 Tonnen (143,640 Tonnen).

Börsennotiz. Zu einem stürmischen Auftritt kam es nach dem „Berl. Tagebl.“ an der gestrigen Börse, als sich ein heftiger Rechtsanwalt im Börsensaale bilden ließ, der wiederholt in Differenzmand-Prozessen die lagende Partei vertritt hat. Der Tumult legte sich erst, als der betreffende Rechtsanwalt das Börsengebäude wieder verlassen hatte. Man mag darüber, ob ein Rechts-

anwalt die Führung von Differenzmand-Prozessen übernehmen soll, denken, wie man will,“ sagt das genannte Blatt, „der Börse kann man es jedenfalls nicht verargen, daß sie ihre Gegner nicht in ihrer Mitte dulden will.“ Wenn Arbeiter bei Streiks oder dergleichen mit sogenannten Arbeitswilligen, deren moralisches Verhalten ungleich schärfer zu beurteilen ist, ähnlich umspringen, wie hier die Börse mit einem ihnen mißliebigen Rechtsanwalt — dann pfeift im Blatte des Herrn Woffe freilich ein anderer Wind.

Internationales Glühlampenkartell. In Berlin haben in den letzten Tagen erneut längere Verhandlungen wegen Bildung eines internationalen Glühlampenkartells stattgefunden, an denen die Vertreter der hauptsächlichsten Glühlampenfabriken Europas teilgenommen haben. Wie die „Voss. Zig.“ erzählt, haben die Verhandlungen jedoch einen derart erregten Verlauf genommen, daß die Vertreter der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft und der Aktien-Gesellschaft Siemens u. Halske sich von der weiteren Teilnahme ausgeschlossen. Hiernach dürfte der Plan der Konstituierung eines Glühlampenkartells als gescheitert angesehen werden.

Sociales.

Eine starke Erhöhung der Fleischpreise beabsichtigen, wie die „Münchener Post“ berichtet, die dortigen Schweine Metzger. Es soll ein Aufschlag von 60 Proz. in Aussicht stehen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Polizeiliche Bevormundung. Am Sonntag sollte in der „Neuen Welt“ eine Versammlung der in der Siemens-Schubert-Werke beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen stattfinden. Die Eingeladenen waren auch in sehr großer Zahl erschienen. Nach der Meinung des mit der Ueberwachung beauftragten Polizeibeamten sollen Personen anwesend gewesen sein, von denen nicht feststand, ob sie in dem genannten Betriebe beschäftigt sind, und weil das nach der durchaus falschen Ansicht des Beamten unzulässig sein soll, so stellte er noch vor der Eröffnung der Versammlung die Auflösung in Aussicht. Der Einberufer hielt es deshalb für angebracht, die Versammlung nicht stattfinden zu lassen und gegen das unberechtigte Eingreifen des Beamten Beschwerde zu führen. Die auf Veranlassung des Einberufers beim Verlassen des Versammlungsortes vorgenommene Kontrolle ergab, daß auch nicht einer anwesend war, der nicht zu dem Kreise der Eingeladenen gehörte.

Das preussische Vereinsgesetz enthält ja mancherlei, was als unwürdige Bevormundung der Staatsbürger durch die Polizei angesehen werden muß, aber so weit, wie der Beamte, der die in Rede stehende Versammlung überwachen sollte, anzunehmen scheint, gehen die Befugnisse der Polizei doch nicht. Wenn der Einberufer kontrollieren will, ob Personen erschienen sind, die nicht zu den von ihm Geladenen gehören, so ist das seine Sache. Der Polizei steht ein solches Recht nicht zu. In keinem Falle darf sie eine Versammlung deshalb auflösen, weil Personen anwesend sind, die ihrer Meinung nach nicht in die Versammlung gehören. Das Verhalten des Polizeibeamten in diesem Falle widerspricht dem Gesetz. Es ist deshalb dringend notwendig, daß ihn von kompetenter Stelle Belehrung über seine Befugnisse gegenüber dem Versammlungsrecht erteilt wird.

Der Streik der Feilenhauer ist vorläufig beendet. Am Sonnabend tagte eine Versammlung der Streikenden, die nach lebhafter Debatte auf Vorschlag der Lohnkommission folgende Resolution annahm: „Die streikenden Feilenhauer von Berlin und Umgegend brechen den Kampf vorläufig ab, um ihn bei gelegener Zeit von neuem zu eröffnen. Die Ursache dieses Beschlusses sind die Streikbrecher aus den eignen Reihen, welche einzelne Großbetriebe besetzt haben.“

Achtung! Kürschner! Die Kollegen in Wien befinden sich in einer Bewegung und da muß es Ehrenpflicht für jeden sein, ganz Oesterreich zu meiden. Unsere Wiener Kollegen fordern: 1. Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden. 2. Freigabe des 1. Mai ohne Maßregelung. 3. Regelung der Ueberstundenbezahlung und zwar bis 12 Uhr nachts für sechs Stunden einen Tagelohn, nach 12 Uhr nachts für drei Stunden einen Tagelohn. 4. Bezahlung der Feiertage. 5. Abschaffung der Accordarbeit in den Werkstätten. Deutscher Kürschnerverband. (Zahlsche Berlin.) Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung! Bauarbeiter! Die Jalousie-Arbeiter beschäftigen sich mit der Lohnfrage, und die Mehrheit der Fabrikanten wollen den Tarif nicht anerkennen. Wir haben zu diesem Zwecke rote Kontrollkarten herausgegeben, welche auf der Rückseite gestempelt sind. Nicht-Inhaber dieser Karte sind als Streikbrecher zu betrachten. Die Kommission der Jalousie-Arbeiter im Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Die Kollonisten, Besitzer und Bodenarbeiter (in Frage kommen 180 Mann) aus allen Filialen der Firma „Berliner Expeditionen- und Lagerhaus Aktien-Gesellschaft“ vormals Vary u. Co. sind auch in diesem Jahre in eine Lohnbewegung eingetreten. Nachdem die seitens der Lohnkommission aufgestellten Wünsche der Direktion unterbreitet worden waren, hat am Sonntag eine Verhandlung mit der Direktion stattgefunden, zu welcher auch A. Werner als Vertreter des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hinzugezogen wurde. Nach 2 1/2 stündiger Verhandlung, während welcher zunächst das rigore Verhalten des Vorstehers der Filiale Schleißer Bahnhof und der beiden Nachbarmeister in der Centrale gegen die Aufsicht zur Sprache gebracht wurde, machte die Direktion folgende Zugeständnisse: I. Jeder Aufsicht und Arbeiter des Betriebes erhält ab 7. September eine wöchentliche Zulage von 1 M. II. Die Bodenarbeiter erhalten während der scharfen Geschäftszeit und zwar auf die Dauer von vier Monaten außerdem noch eine Vergütung von 3 M. pro Woche. III. Jeder Aufsicht und Arbeiter erhält nach einjähriger Tätigkeit eine Woche und nach fünfjähriger Tätigkeit 1 1/2 Wochen Sommerurlaub bei Weiterzahlung des Gehalts. IV. Den Aufsichtern der Filiale Schleißer und Stettiner Bahnhof soll in Zukunft der Lohn nicht monatlich, sondern wöchentlich ausgezahlt werden. Außerdem soll den Arbeitern der Bahnhofsfiliale eine regelmäßige Mittagspause von 1 1/2 Stunden gewährt werden, und in denjenigen Filialen, in welchen Tag- und Nachtschicht eingeführt ist, sollen die Kolonnen in Zukunft abwechseln, dergestalt, daß dieselben eine Woche Tagdienst und eine Woche Nachtdienst zu verrichten haben. In der gleich darauf stattgefundenen Versammlung sämtlicher Beteiligten fanden die Zugeständnisse einstimmige Annahme und wurde beschlossen, auf dieser Grundlage mit der Firma eventuell einen Tarifvertrag auf die Dauer von zwei Jahren abzuschließen.

Die Kohrleger und Arbeiter des sächsischen Röhrenwerks haben nunmehr auch an das sociale Empfinden des Magistrats appelliert und um Erhöhung ihres bisher durchwegs bescheidenen Lohnes gebeten. Sie haben in ihrer letzten Zusammenkunft folgende Forderungen aufgestellt: Für Kohrleger einen Anfangslohn von 27 M., steigend von Jahr zu Jahr um 1,50 M. bis zur Höchstgrenze von 38 M.; für die Arbeiter einen Anfangslohn von 24 M., steigend um 1 M. bis zur Höchstgrenze von 30 M. An Stelle des jetzt herrschenden Stundenlohnes soll grundsätzlich Wochenlohn eingeführt werden. In einer den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Begründung wird auf die völlig ungenügende Lohnentschädigung hingewiesen und glauben die Petenten zuverlässlich, einen Erfolg zu erzielen.

Lohnbewegung der Berliner Metallbrüder. 700 Berliner Metallbrüder beschloßen gestern abend definitiv, ihre Lohnbewegung zu beginnen. Heute, den 8. September, werden den Unternehmern die

Forderungen unterbreitet, deren hauptsächlichste sind: Neunstündige Arbeitszeit bei einem Mindestverdienst von 60 Pf. pro Stunde, gleich ob Lohn- oder Accordarbeit. Lieferung bestimmter Werkzeuge. Bei Arbeitsmangel soll, bevor Entlassungen vorgenommen werden, eine Verkürzung der Arbeitszeit bis zu sechs Stunden pro Tag eintreten. — Wo die Forderungen nicht bis zum 12. September abends bewilligt sind, ist die Arbeit niedergulegen. — Näherer Bericht folgt.

Im Allgemeinen deutschen Gärtnerverein ist schon wiederholt die Frage des Anschlusses an die Generalkommission erörtert worden, ohne daß es bisher zu dem Anschluß selbst gekommen ist. Der entschiedenste Gegner des Anschlusses war und ist auch noch jetzt der christlich-socialen Geschäftsführer des Vereins, Herr Behrens. Obgleich dieser stets lebhaft gegen den Anschluß gewirkt hat, mehrte sich in den Reihen der Mitglieder die Zahl derjenigen, die für den Anschluß sind und sich gleichzeitig bemühen, den Verein auf den Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung zu stellen. Zur Zeit ist die Frage des Anschlusses an die Generalkommission wieder aktuell geworden. Die Bauvorsitzenden des genannten Vereins haben am Sonntag in geschlossener Sitzung darüber verhandelt, und aus diesem Anlaß beschäftigte sich am Sonnabendabend eine Mitgliederversammlung der Märkischen Gärtnervereinigung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins, an der auch die in Berlin anwesenden Bauvorsitzenden teilnahmen, mit der Angelegenheit.

Rithograph Tischendörfer hielt das einleitende Referat. Er trat für die Notwendigkeit des Anschlusses ein, der im Interesse des Vereins selbst liege. Redner wandte sich ferner gegen die Bedenken, die in den Kreisen der Gärtner gegen den socialdemokratischen Auf der freien Gewerkschaften und der Generalkommission geltend gemacht worden sind. Im übrigen sage er als christlich-socialdemokrat auch heute noch, es wäre Selbstmord, wenn eine Gewerkschaftsbewegung eine unfreundliche Stellung zur Socialdemokratie einnähme. — Bei der Mehrheit der Versammelten fand der Vortrag lebhaftesten Beifall.

Die folgende Debatte führte zeitweilig zu erregten Scenen, namentlich während der Ausführungen des Geschäftsführers Behrens, der sich gegen den Anschluß an die Generalkommission schon deshalb aussprach, weil der Allgemeine deutsche Gärtnerverein dadurch in den Ruf socialdemokratischer Tendenz käme. Er würde jede Agitationskraft verlieren. Von den weiteren Rednern schlossen sich ihm W. Sch. Stettin, Kahler, Donzig und W. Sch. Köln an, letzterer in etwas bedingter, milderer Weise.

Gegen Behrens, der übrigens mit einer eventuellen Neugründung drohte, wandten sich Papst-Erfurt, Redakteur Albrecht, Wächner-Berlin, Schmidt-Plamheim und andre, die sich sämtlich für den Anschluß an die Generalkommission erklärten. Herrn Behrens wurde entgegengehalten, daß er selber schuld sei an der in der Versammlung gegen ihn zu Tage getretenen Erregung. Er habe eine systematische Gegenagitation betrieben und systematisch vor der Socialdemokratie gruselig zu machen gesucht. Wenn es zur Spaltung käme, sei er der allein Schuldige. Ohne ihn und seine Agitation würde niemand im A. D. G. B. an eine Spaltung denken. — Besonders scharf genommen wurde Behrens ein von ihm in der Sache herausgegebenes Flugblatt: „In erster Stunde“. Auch Tischendörfer nannte in seinem Schlusswort dies Flugblatt ein „schreckliches Blatt“ und ermahnte zum Zusammenhalten; dem Beschluß der Majorität möchte sich die Minorität fügen, wenn es im Allgemeinen deutschen Gärtnerverein zur Entscheidung komme. Gegen 1/4 Uhr nachts schloß die Versammlung. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Ueber das Resultat der Konferenz der Bauvorsitzenden ist bis jetzt noch nichts bekannt geworden.

Deutsches Reich.

Die Bewegung der Hamburger Straßenbahnen ist dadurch zum Abschluß gekommen, daß die Direktion die dringlichsten Wünsche der Angestellten zu erfüllen versprochen. Die gemahregelten Straßenbahner sind sämtlich wieder eingestellt worden. Das Angebot der Direktion ist einstweilen angenommen worden; dank der Befonnenheit der Leiter des Transportarbeiter-Verbandes ist ein Ausstand vermieden worden, dessen Folgen unabsehbar gewesen wären. Dem begrifflichen Wunsch der Direktion, die Angestellten möchten nun in in kurzfristiger Harmonie mit ihrem Helfer in der Not, der Gewerkschaft, den Rücken kehren, haben diese erfreulicherweise nicht Rechnung getragen. Sehr vereinzelt Austritten sieht eine viel größere Zahl Neuaufnahmen gegenüber. Die Erkenntnis hat sich eben Bahn gebrochen, daß eine starke, leistungsfähige Organisation reellern Wert besitzt, als Versprechungen, welche die Bevollmächtigten des Kapitals als Köder für Schwankende hinwerfen.

In Neu-Strelitz sind alle organisierten Metall- und Holzarbeiter der Firma Gebr. Maack, Schiffswerk und Eisengießerei, wegen der Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt. Die Firma folgt dabei dem Vorgehen, das die Unternehmer des Baumgüterbetriebes beabsichtigen. Die Verwaltungen des Holz- und Metallarbeiter-Verbandes sind erst im April resp. Mai d. J. errichtet, und schon sind sie den Unternehmern unbekannt. Dem Ausschuss des Metallarbeiter-Verbandes, Genossen Rohlfach, wurde nach wenigen Worten das Verlassen des Betriebes angetragen, während der Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes, Genosse Kröger aus Rostock, eine Unterredung hatte, allerdings ohne jeden Erfolg. Die Unternehmer bestehen darauf, daß die Arbeiter aus der Organisation austreten sollen. Irrendwelse Lohnforderungen sind nicht gestellt. Es soll eben jede Organisation im Reine erstickt werden. Arbeiterblätter werden um Bekanntgabe gebeten, damit der Zugang ferngehalten wird.

Ausland.

Tapetierstreik in Stockholm. Die Tapetierer in Stockholm haben beschlossen, am Montag, den 7. September, die Arbeit niedergulegen, weil die Meistervereinigung die bisher geltenden Stunden- und Accordlöhne herabsetzen will.

Der Plan einer allgemeinen Aussperrung in der dänischen Eisenindustrie ist durch Verhandlungen, die am Freitag zwischen den Ausschüssen der Arbeitgebervereinigung und des Verbandes der Gewerkschaften sowie zwischen den Vertretern der Organisation der Eisenindustriellen und des Schmiede- und Maschinenarbeiter-Verbandes stattgefunden haben, beseitigt worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dyffeln, 7. September. Antische Meldung. Infolge Trennung des Güterzuges 6300 während der Fahrt zwischen Gogolin und Großhotitz lief der hintere Teil des Zuges auf den vorderen auf. Elf Wagen des Zuges wurden zur Entgleisung gebracht und der größere Teil zerstört. Ein Mann vom Jugersonal wurde verletzt. Beide Geleise waren gesperrt. Der Personenverkehr wurde durch Umstellen aufrecht erhalten. Der eingeleistete Betrieb wurde nach vier Stunden, der zweigeleisige nach elf Stunden, wieder aufgenommen. Der Materialschaden ist nicht unerheblich. Zahllosigkeit des Personals ist bis jetzt nicht nachgewiesen.

Königsberg i. Pr., 7. September. (V. G.) Bei der Wessigen Randverübung bei Ortelsburg sind der „Hartungshagen“ zufolge ein Jäger und ein Mann am Hirschschlag gestorben, ein Jäger und drei Mann schwer erkrankt. Außerdem sind eine Anzahl Soldaten in ärztliche Behandlung gegeben worden.

Frankfurt a. M., 7. September. (V. G.) Rät bei dem Bau der Gemeindefische in Apenrade beschäftigte Arbeiter, die dänische Unterthanen sind, wurden ausgewiesen.

Ung., 7. September. (V. G.) Ein unbekannter Tourist ist vom hohen Goll abgestürzt und war sofort tot.

Parteigenossen und Genossinnen! Sonntag früh 8 Uhr: Flugblatt-Verteilung.

Die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg

Wurde am Sonntag um 1/1 Uhr vom Genossen Kogke eröffnet. Auf Verlangen des überwachen Beamten mühten die anwesenden weiblichen Personen den Sitzungssaal verlassen und auf der Tribüne Platz nehmen.

Sofort nach der Eröffnung stimmten die Mitglieder des Gesangsvereins „Nord“ zwei Lieder an: Das „Arbeiter-Vaterlandslied“ und „Götterdämmerung“. Dann wurde zur Konstituierung der Versammlung geschritten. Zu Vorsitzenden wurden Kiesel, Berlin und Berger-Kottbus gewählt, zu Schriftführern Löper-Kirchhain und Ginterberg-Schwedl. In die Mandatsprüfungs-Kommission wurden Friß-Berlin, Pech-Schwibus, Kayser-Landsberg, Wagner-Lübben und Frenwaldt-Paulow entsandt.

Ihr Bericht ergibt die Anwesenheit von 66 Delegierten aus 26 Kreisen, wozu noch 8 weibliche Delegierte kommen. Der Parteivorstand ist durch Gerisch vertreten; auch ist Genosse Auer anwesend.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet der Bericht der Agitationskommission.

Derselbe wird erstattet von Kogke-Berlin. Dem von der vorjährigen Konferenz erteilten Auftrag nach einem schriftlichen Bericht ist die Kommission nicht nachgekommen, weil sie von den Vertrauensmännern der Kreise in der Provinz im Stich gelassen worden ist. Von der „Fadel“ sind 14 Nummern in 295 000 Exemplaren in der Provinz verbreitet, gegenüber 140 500 im Jahre 1902. Es ist das doppelt so viel als die ursprünglich veranschlagten 10 000 Exemplare pro Monat. Der Etat der Kommission wird durch die kostenlose Verbreitung außerordentlich belastet, so daß wir in Zukunft „Die Fadel“ nicht mehr kostenlos hinauswerfen können. Von dem Kalender „Der Märkische Landbote“ sind 295 000 Exemplare verbreitet, gegenüber 220 000 im vorigen Jahre. Die Annoncen, an welchen die Genossen einiger Kreise Anstoß genommen haben, sind beseitigt; der Annoncenhang ist jetzt ganz einwandfrei. Wollig zu entschuldigen, wie ein Antrag es wünscht, ist er aus finanziellen Gründen nicht. Das allgemeine vom Parteivorstand herausgegebene Flugblatt ist in 537 000 Exemplaren verbreitet worden; neben andrem Material sind auch 90 000 polnische Flugblätter verbreitet worden. — An Postfächer sind 637 bei der Kommission eingegangen, 712 ausgegangen; Referenten hat sie 281 beforgt, die in mehr als 500 Versammlungen gesprochen haben.

Ueber das Verhältnis mit den Gewerkschaften haben wir nicht wie in früheren Jahren zu klagen, Vönnelburgs Wort von der Zusammengehörigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung hat sich in unserer Provinz bewahrheitet, was ja allerdings auch angesichts der Bedeutung der Wahlen für die Arbeiter selbstverständlich war.

Ich komme zum Massenbericht. Die Einnahmen der Kommission betragen 42 844,20 M., die Ausgaben 41 478,81 M. Dazu kommen noch Ausgaben, die fünf Kreise Berlin II—VI in der Provinz für Wahlhilfe geleistet haben, in Höhe von 15 670,45 M., und 370 M., die Nieder-Barnim für Wahlhilfe in Ober-Barnim zahlte. — Wenn auch nicht alle Hoffnungen und Wünsche sich erfüllt haben, die wir hegen, so wissen wir doch, daß am 16. Juni wir gesiegt haben, nicht die bürgerlichen Parteien; unser Sieg besteht in erster Linie im Wachstum der Stimmen.

In einer großen Frauenversammlung ist uns leghin der Vorwurf gemacht worden, wir hätten in Bezug auf die Frauen-Agitation wenig oder nichts geleistet. Wir könnten uns mit der Ueberlastung wegen der Reichstagswahlen entschuldigen. Aber wir brauchen das nicht, wir haben in einem Circular vor zwei Jahren die gesamten Vertrauensmänner der Provinz aufgefordert, uns mitzuteilen, wann und wo Frauen-Versammlungen einberufen werden sollten. Es wurde auch alles in die Wege geleitet, und eine Referentin beforgt; aber die Referentin kam nicht, sie soll krank geworden sein, ob es wahr ist, weiß ich nicht. Uns gab das den Beweis, daß bei den Frauen nicht eine solche Zuverlässigkeit vorhanden ist, wie wir geglaubt haben. Es handelte sich damals um die Genossin Braun. Jedenfalls werden wir in der Kommission Gelegenheit nehmen, Versammlungen wieder zu veranstalten und das zu thun, was wir schon vor zwei Jahren getan haben, wenn uns die Frauen versichern, daß derartige Dinge nicht wieder vorkommen.

Ich komme noch auf einige innere Angelegenheiten. Auf den Kreis-Konferenzen hat bisher nur der Sitz und Stimme gehabt, der im Kreise wohnt, und allenfalls noch der Kandidat. Leider haben wir vom Frankfurter Kreise diesmal etwas anderes zu berichten. Wenn man Änderungen eintreten lassen will, so darf man das nicht allein thun, sondern soll hierzu kommen und Änderungen beantragen; denn wir bilden hier eine Einheit. In Frankfurt hat die Genossin Braun Sitz und Stimme gehabt, obgleich sie im Kreise nicht wohnt und nichts anderes im Kreise geleistet hat als viele andre Parteigenossen.

In Bezug auf die Organisation fehlt in manchen Kreisen noch vieles. Auf einer Kreis-Konferenz hat man der Kommission die Schuld beigemessen, daß wir ein Mandat verloren haben. Wie das möglich sein soll, weiß ich nicht, die Schuld trägt lediglich die mangelhafte Organisation in jenen Kreisen.

Ich gehe noch mit ein paar Worten auf die vorliegenden Anträge ein. Was der Antrag von Berlin II will, kann auch ohne Antrag jederzeit durch eine einfache Postkarte an den betreffenden Abgeordneten resp. Kandidaten erreicht werden; als Anregung mag der Antrag willkommen sein. Frankfurt beantragt, die Mitglieder der Agitationskommission hier zu wählen, was nicht angängig erscheint, weil die Delegierten aus der Provinz unmöglich wissen können, welche Personen für das Amt geeignet sind. Den weiteren Antrag aus Frankfurt, den Inzeratenhang des Kalenders zu beseitigen, habe ich vorhin schon gebeten abzulehnen.

Vors. Kiesel: Ich stelle folgende Anträge mit zur Diskussion: Zwei Anträge des Kreises Frankfurt-Lebus:

1. Die Mitglieder der Agitationskommission sind alljährlich von dem Provinzial-Parteitag zu wählen.

2. Der Agitationskalender „Märkischer Landbote“ ist des Inzeraten-Anhanges zu entziehen.

3. Einen Antrag des II. Berliner Reichstags-Wahlkreises: Die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten bezw. Kandidaten der Part Brandenburg sollen gehalten sein, alljährlich einen Bericht über die in ihren respektiven Kreisen entfaltete Tätigkeit in Bezug auf Agitation und Organisation an die Zeitung desjenigen Berliner Reichstags-Wahlkreises zu erstatten, von welchem aus die materielle Unterstützung des betreffenden märkischen Kreises erfolgt.

4. Einen Antrag des Genossen Paulant: Ich beantrage, daß jeder Kreis der Provinz Brandenburg, der „Fadeln“ von der Agitationskommission bezieht, mindestens 2 M. pro Exemplar und Nummer an die Agitationskommission bezahlt.

Die Unterstützung für Antrag 2, Frankfurt reicht nicht aus. Ferner schlage ich der Konferenz vor, Punkt 2 der Tagesordnung, Bericht der Delegierten aus den einzelnen Kreisen, mit der Diskussion über Punkt 1 zu verbinden.

Dieser Vorschlag wird angenommen.

Dr. Braun-Frankfurt: Ich bedauere, Ihre Aufmerksamkeit in einer persönlichen Angelegenheit in Anspruch nehmen zu müssen,

doch bin ich durch Kogke dazu gezwungen. Er hat die Genossin Braun, meine Frau, die sich selbst hier nicht verantworten kann, angegriffen, weil sie, zu Vorträgen aufgefordert, dieselben übernommen und sich dann krank gemeldet hat; er hat hinzugefügt, ob es wahr ist, weiß er nicht. Einen genauen Zeitpunkt hat er nicht angegeben. Meine Frau war in der Zeit, um die es sich handeln kann, zweimal krank, einmal schwebte sie wochenlang in Lebensgefahr. Vor Kogke ist es einfach unanständig, zu sagen, ob es wahr ist, daß Genossin Braun durch Krankheit verhindert war, wisse er nicht. Merkwürdigerweise hat er den Umstand, daß Genossin Braun krank geworden ist, als Grund angegeben für den geringen Erfolg der Agitation für die Frauen. Ist das nicht das schälimste Armutzeugnis für die Kommission und die andern Frauen? Die erhobenen Vorwürfe sind ein Teil eines Schisms, das darauf hinausläuft, der Genossin Braun das Arbeiten in der Partei zu verweigern. Ich kann nur namens der abwesenden Genossin Braun erklären, daß sie sich dadurch in keiner Weise abhalten lassen wird, in der Partei ihre Pflicht zu thun.

Pech-Schwibus: Der Kreis Jülich-Schwibus-Krossen ist beinahe einer der schlechtesten in der Provinz, aber ausichtslos ist er nicht. Freilich muß sich die Agitationskommission mehr darum kümmern als bisher; so wie diesmal seitens der Kommission dort gearbeitet ist, wäre es besser gewesen, sie hätte gar nicht bestanden. Den Antrag Berlin II kann ich nur unterstützen; auch der Antrag Frankfurt scheint mir beachtenswert, wenn ich ihn auch nicht unterstütze, weil ganz plötzlich so grundlegende Änderungen nicht gemacht werden können. Aber so wie bisher kann es nicht bleiben. Auch den Antrag 4 bitte ich abzulehnen; bei seiner Annahme müßte z. B. unser Kreis ganz und gar auf die „Fadel“ verzichten.

Vors. Kiesel: Die Frauen haben mich gebeten, eine Erklärung zu verlesen. Sie haben den Genossen Kogke so verstanden, daß er ihnen im allgemeinen einen Vorwurf hat machen wollen. Kogke hat mich beauftragt zu erklären, daß er seine Ausführungen lediglich an die Adresse der Genossin Braun gerichtet hat. Ich brauche also wohl die von Frau Ihrer und Pech. Daaber unterzeichnete Erklärung, daß sie für die Nicht-Tätigkeit der Genossin Braun nicht verantwortlich sein wollen, nicht zu verlesen.

Wels beantragt, zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Rückblick auf die Reichstagswahlen

Jetzt dem Referenten Stadthagen das Wort zu erteilen und die Diskussion über die ersten drei Punkte zu verbinden.

Der Antrag wird angenommen.

Stadthagen geht in zweistündigem Vortrage ausführlich auf die Wahlen in der Provinz ein, die einen erheblich größeren Fortschritt aufweisen, als im Durchschnitt des Reiches; im Reich haben wir 24,2 Proz. der wahlberechtigten Stimmen erreicht, in der Provinz Brandenburg 32,2 Proz. Ausführlich geht er auf die schmutzige Art des Wahlkampfes der Gegner und auf die Verhältnisse der einzelnen Kreise ein; Frankfurt-Lebus haben wir gewonnen, weil auf die dort vorgelommenen Helfer zeitig genug schonungslos hingewiesen wurde, zudem der Gegenkandidat der extreme Gegner Felisch war. Sehr verdient um den Erfolg im Kreise hat sich Genossin Braun gemacht. Wenn Braun in Bezug auf sie von einer systematischen Verächtlichung oder Verleumdung gesprochen hat, so sollte er solche Redensarten unterlassen, wenn sie auf so losem Flugland gebaut sind. Wenn ein Genosse hier spricht, verächtlich er nicht. Ich kann nach Rücksprache mit Kogke feststellen, daß es ihm ferngelegen hat, die Tätigkeit der Genossin Braun in diesem Wahlkampf verkleinern zu wollen. Das, wovon er sprach, bezog sich auf die Vorkommnisse, die vor einigen Jahren hier besprochen sind. — Sorau-Forst und Kottbus, — die verloren gegangen sind, haben wir 1898 ohne daß sie uns schon durch ihre wirtschaftliche Struktur hätten ausfüllen müssen. Trotzdem wären sie behauptet worden, wenn die Organisation in jenen Kreisen keine Mängel aufwies.

Redner wirft die Frage auf: Was legt uns das Ergebnis der Reichstagswahlen für Verpflichtungen auf? Liegt irgend ein Anlaß vor, in der Agitation, in der Organisation oder in der Presse anders vorzugehen als bisher? Hoffentlich sind wir alle einverstanden, daß jeder einzelne die doppelte und dreifache Verpflichtung hat, die Indifferenten aufzurütteln, zu bewußten Klassenkämpfen zu erziehen, sie in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen hineinzubringen. Redner schlägt deshalb die ersten vier Absätze einer am Schluß der Rede abgedruckten Resolution vor. Nachdrücklich spricht er sich hierbei gegen die „Vaterne“ aus, die im Kreise Ost-Haveland erscheint, ein gegen den Willen der zuständigen Instanzen des Kreises gegründetes Blatt, das als Parteiblatt nicht anerkannt werden kann. — Ferner wendet er sich heftig gegen eine Taktik, die dahin führen muß, unsere Agitationsarbeit zu erschweren, den Gegensatz zwischen uns und den bürgerlichen Parteien zu verwischen. Die bürgerlichen Parteien können uns mit Gewalt entgegenzutreten oder in gefährlicherer Weise, indem sie durch eine Art von Wohlthaten und Entgegenkommen eine Spaltung hervor-zurufen suchen. Von dieser Art hat sich ein Teil unserer Genossen einfangen lassen, welche in Anspruch nehmen, Vertrauensstellungen einzunehmen, obwohl sie ständig an Wältern mitarbeiten, welche unsere Gegner sind. Zeigen Sie mir eine Partei, die so tief gesunken ist, daß sie einen Redakteur oder ständigen Mitarbeiter eines sozialdemokratischen Blattes zum Abgeordneten macht! Und wir sollen einen Redakteur der „Morgenpost“ oder „Zukunft“ oder irgend eines Blattes, das in seiner Gesamttendenz und feindselig ist oder die schlimmste Art der Verdummung treibt, als Vertrauensmann dulden? Weiter hat man versucht, die Meinungsfreiheit der „Neuen Zeit“ zu unterbinden indem man darüber sich beschwerte, daß die „Neue Zeit“ einen Artikel der „Zukunft“ scharf kritisierte. Ja, es geht jetzt gar so weit, daß dem Genossen Wedel die Spalten des „Vorwärts“ für Erklärungen, die er für nötig hielt, verschlossen ihm seine Einsendungen zurücksandte. Weit über den Ekel, den ich sonst gegen Dummdheiten, die nach dem großen Wahlkampf von partei-gewöhnlicher Seite aus zum Schaden der Agitation gemacht sind, empfinde, hat mich das erbittert und empört. Unter der Heuchelei des revisionistischen Vorwärtskreises oder einer vermeintlichen Wahrnehmung des Parteinteresses sucht man die Meinungsfreiheit in der Partei zu unterdrücken. Wedel sandte an den „Vorwärts“ eine Entgegnung auf die Fürstenwalder Erklärung. Diefelbe wurde nicht aufgenommen, sondern Wedel gebeten, sie zurückzugeben. Der Redner verliest aus der Leipziger Volkszeitung einen Artikel Wedels, in welchem eine Entgegnung auf die Erklärung der Fürstenwalder Genossen und eine Erklärung gegen den Genossen Heine abgedruckt sind, welche die Redaktion des „Vorwärts“ aufnehmen sich weigerte; gleichzeitig enthält der Artikel eine Kritik des Verhaltens der Genossen Auer und Gerisch, welche aus den gleichen Gründen wie Eisner die Nichtaufnahme beider Erklärungen billigte.

Das stellt wohl den Gipfelpunkt dessen dar, was zu beklagen ist. Die revisionistische Seite nimmt sich heraus, in gegnerischen Blättern zu schreiben, und was sie dort schreibt, im „Vorwärts“ abdrucken zu lassen, und jetzt will man im Partei-Interesse Wedel den Mund verbieten? Wenn in die bürgerlichen „Socialistischen Monatshefte“ Auer etwas hineinschreibt, so druckt der „Vorwärts“ das ab, und einen Mann wie Wedel will man mundtot machen? Wedel hat schämen müssen in ein andres Partei-Organ, das vom „Vorwärts“ so schlecht gemacht wird, wie kein gegnerisches Blatt. Noch eins: Mir scheint, auch in der Marburger Angelegenheit hat

etwas vorgelegen, gegen das wir ebenfalls im Interesse der Selbstverwaltung, im Interesse der Demokratie Verwahrung einlegen müssen. Gerlach, der reaktionäre Gegenkandidat eines reaktionären Konservativen, hat schon vor der Stichwahl im Kreise Marburg gehäufert, er wisse schon Mittel und Wege, um einer eventuellen Stichwahl-Barocke unserer Genossen auf Wahlenthaltung entgegenzutreten. Unsere Genossen in Marburg beschloßen im Interesse einer Erstarung ihrer Organisation, zur Vermeidung einer weiteren Verwirrung und in Uebereinstimmung mit dem Parteitagsschluß Stimmenthaltung. Nach der unwiderprochen gebliebenen Mitteilung der Marburger erklärte der Vorstand sein Einverständnis mit diesem Beschluß. Aber zum Stichwahltage erschien ein „Vorwärts“ eine Aufforderung, entgegen zu handeln und für v. Gerlach zu stimmen. Dann erschien die Notiz im „Vorwärts“, die Heine an Gerlach telegraphierte. Ich meine, hier liegt ein Eingriff in die Selbstverwaltung eines Kreises und eine Verletzung der Parteitagsschlüsse, die der „Vorwärts“ hochzuhalten hat, vor, gegen welche wir im Interesse der Agitation entscheidende Stellung nehmen müssen. Deshalb schlage ich den Absatz 5 meiner Resolution vor. Endlich habe ich noch einen letzten Absatz vorgeschlagen, der, wie ich hoffe, Ihre Billigung finden wird.

Die Präsidentenfrage habe ich absichtlich in der Resolution nicht angeregt. Wer zu Hofe gehen will, mag dort auch gleich bleiben. Wir sehen, daß die bürgerlichen Parteien mit ihrem Auseinanderlösen erreicht haben, daß ein Teil der Leute, die sich für außerordentlich tüchtig halten, sich ins Schlepptau der bürgerlichen Parteien nehmen lassen. Wenn es so weiter geht, kommt es dahin, daß man sagen muß, mit solchen Leuten können wir nicht mehr zusammen arbeiten. Wo eine Spaltung in der Partei? Dummes Zeug! Nein, es sind 1 1/2 Deute, die halb bürgerlich denken und sich brüsten, wenn sie mal ein Lob aus bürgerlichen Kreisen erhalten. Wenn diese Leute fortgehen wollen, laßt sie laufen, wohin sie wollen.

Ich bitte, die Resolution anzunehmen und nach deren Inhalt zu handeln. (Lebhafte Beifall.)

Die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg beschließt:

1. Die erfreulichen Ergebnisse der Reichstagswahl in der Provinz Brandenburg legen den einzelnen Parteigenossen erneut die Verpflichtung auf, an der Aufklärungsarbeit der noch abseits der Sozialdemokratie stehenden arbeitenden Bevölkerung weiter zu arbeiten, die Einzelnen über das Ziel der Sozialdemokratie und die Notwendigkeit des Klassenkampfes aufzuklären und dadurch an der wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Arbeiterklasse mitzuwirken.

2. Den Parteigenossen wird der Beschluß des Provinzial-Parteitages vom 15. Mai 1892 und 2. September 1902 in Erinnerung gerufen: Die Parteikonferenz erklärt es als dringende Pflicht aller Genossen, den von der Partei geschaffenen Organisationen, insbesondere den Wahlvereinen, beizutreten und diese zu unterstützen, da nur durch ein einmütiges Handeln der Genossen ein Erfolg erzielt werden kann.

Da, wo der Beitritt zu einer politischen Organisation unmöglich ist, wird die Unterstützung der Partei durch regelmäßige Beiträge erneut dringend empfohlen.

3. Es wird den Kreisen dringend empfohlen, an einer kassenlos den ganzen Kreis umfassenden Organisation festzuhalten, diese auszubauen und, wo es an einer solchen noch fehlt, das Verfügen schnellmöglichst nachzuholen.

4. Den Kreisen wird es wiederholt zur Pflicht gemacht, für die Einführung und weitestgehende Verbreitung der für die Provinz anerkannten Partei-Organen zu wirken. Anerkannt sind außer dem „Vorwärts“ die „Brandenburger Zeitung“, die „Märkische Volksstimme“ und die „Fadel“. Das Fehlen der „Fadel“ entbindet keineswegs von der Verpflichtung, eines der täglich erscheinenden Partei-Organen zu halten.

5. Die Parteikonferenz erwartet von dem Dresdener Parteitag, daß er im Interesse der Agitation und Organisation die Bestrebungen energisch zurückweist, deren Vertrochtung eine Hinderung des Fortschritts der Sozialdemokratie nach sich ziehen müßte. Sie rechnet dahin die Verurteilung solcher Genossen zu Vertrauensposten, die ständig an bürgerlichen, in ihrer Gesamttendenz der Sozialdemokratie und der Aufklärung feindselig waltenden mitarbeiten; ferner den Versuch, die Meinungsfreiheit unserer Parteigenossen wie bei der Kritik eines Artikels der „Zukunft“ durch die „Neue Zeit“ zu unterbinden. Insbesondere protestiert die Parteikonferenz entschieden dagegen, daß dem Genossen Wedel die Spalten unseres Centralorgans verschlossen worden sind. Sie hofft, daß der Dresdener Parteitag dem vorbeugen wird, daß in Zukunft nirgendwo Kreise, wie im Fall des Marburger Kreises, durch Machinationen einzelner Genossen gehindert werden, Parteitagsschlüsse auszuführen, die im Interesse einer Erstarung der sozialdemokratischen Organisation gefaßt sind.

6. Die Parteikonferenz erachtet es als Pflicht der Erfolge des Wahlkampfes, unentwegt der wirtschaftlichen Ausbeutung und politischen Anechtung in jeder Form entgegenzutreten.

Arthur Stadthagen.

Gerisch: Unsere Parteitage sollen sich durch eine ruhige, sachliche Ausprägung auszeichnen; deshalb bedauere ich, daß der Parteigenosse Stadthagen in maßlos übertriebener Weise hier Vorwürfe erhoben hat. Ich behaupte, daß er hier Dinge ausgesprochen hat, die vollständig aus der Luft gegriffen sind und andre geradezu auf den Kopf gestellt hat. Ich hätte es überhaupt für besser gehalten, wir hätten uns mit brandenburger Angelegenheiten beschäftigt als mit Marburger, denn das ist eine Angelegenheit der Partei, die uns in Dresden beschäftigt wird. Hier nur soviel: Selbstverständlich hat der „Vorwärts“ seine Stellung dazu nicht aus sich genommen, sondern sie ist in Uebereinstimmung mit einem einstimmig gefaßten Beschluß des Parteivorstandes, an dem auch der Genosse Wedel mitgewirkt hat, gefaßt. Ich begreife, daß der Umstand, daß Genosse Heine sich eingemischt hat, für Stadthagen genügt, zu sagen: das ist der schwarze Mann.

Weiter ist die angebliche Verschließung des „Vorwärts“ für den Genossen Wedel viel zu wenig objektiv und sachlich dargestellt. Beispielsweise ist es schon nicht wahr, wenn gesagt wird, daß Auer mitgewirkt hat, den Abdruck zweier Erklärungen im „Vorwärts“ zu verweigern. Die erste Erklärung hat Auer und mir gar nicht vorgelegen, da ist die Redaktion eigenmächtig mit Wedel in Verhandlung getreten. Bei der zweiten Erklärung hat Eisner Auer und mich um Rat gefragt, denn weder ich noch Auer haben darüber zu bestimmen, was in den „Vorwärts“ hineinkommt, das ist Sache der Redaktion und der Kommission. Eisner hat auf den Rattenfänger von Erklärungen hingewiesen, die notwendig der Wedelschen folgen würden, und gebeten, wir möchten die Zeit bis zum Dresdener Parteitag nicht mit diesen Streitigkeiten hindringen.

Es wäre schlimm mit uns bestellt, wenn unsere Redakteure alles aufnehmen sollten, was irgend ein Parteigenosse aufgenommen wissen will. So lange der Redakteur die Verantwortung hat, muß er pflichtgemäß das beanstanden, was ihm beanstandungsgemäß erscheint. Wir müssen Männer von Charakter an jenen Stellen haben, die auch jedermann gegenüber Charakter zu bewahren wissen. Eisner hat sich durchaus innerhalb seiner Kompetenzen gehalten. Wir haben uns gesagt, man wird uns später Vorwürfe machen, wenn wir diesen Jant Mann geben. Wenn Wedel die Instanzen innegehalten hätte, die für alle Parteigenossen

keiten, und die Preßkommission hätte sich auf seine Seite gestellt, so hätte die Erklärung auch heute im „Vorwärts“ stehen können, und wir wären gedeckt gewesen. Das ist ja der Sinn solcher Instanzen, die Entscheidung Mehreren zu übertragen. Es ist nicht wahr, daß das hier ein einzelner Fall ist. Die Fälle sind nicht vereinzelte, wo unter Mitwirkung des Genossen Bebel die Aufnahme von Erklärungen verweigert ist. Das muß sich auch Bebel gefallen lassen. Die Verweigerungen zu unsem Rat an Eisner waren folgende: Wir haben uns gefragt, was soll denn dabei herauskommen, wie lange soll der Haber dauern? Wenn wir uns in Dresden die ganzen acht Tage darüber unterhalten, werden wir am Ende da stehen, wo wir am Anfang standen. Und das nach einem Wahlkampf wie dem am 16. Juni! Wir haben Hunderttausende gewonnen, die auf unsere Parteitag und unsere Verhandlungen sehen, und wir sollen nichts thun, als uns zerfleischen?

Die Redaktion ist im Rahmen ihrer Kompetenz geblieben und kann deshalb keinen Tadel erhalten. Ich denke, wir überlassen diese Frage dem Parteitag in Dresden; dort wird noch vieles zur Sprache kommen, was erst die Dinge in ihrem eigentlichen Lichte erscheinen lassen wird. Wir können diese Dinge nicht vorweg nehmen, überlassen wir sie dem Parteitag und beschäftigen wir uns mit den Brandenburger Angelegenheiten.

Päch-Schwiebus (zur Geschäftsordnung) tadelt den Vorsitzenden, daß er Stadthagen die Abweisung gestattet habe, ohne ihn zur Sache zu rufen. Mögen sich doch die Herren Theoretiker in Dresden aufreissen bis auf die Schwänze, das Interesse der Partei in der Provinz erfordert ganz andere Dinge. Sollen wir wieder zurückreisen und gar nichts geschaffen haben?

Stadthagen (zur Geschäftsordnung) bittet, in der Debatte fortzuführen, sein Antrag geht dahin, dem Dresdener Parteitag einen Antrag zu unterbreiten, nicht einen Tadel gegen die Redaktion des „Vorwärts“ auszusprechen.

Freiwald-Bankow (zur Geschäftsordnung) betont das Recht der Konferenz, diese Dinge zu verhandeln.

Wehrer-Jüterbog (zur Geschäftsordnung): Die Frage ist brennend für die Akademiker, die Landarbeiter scheren sich den Teufel darum. Wir sind hergekommen zu arbeiten, nicht eine Berliner Radversammlung anzuhören. (Oho!)

Vorsitzender Kiesel weist die letzte Äußerung zurück und betont das Interesse aller Parteigenossen Deutschlands an diesen Fragen. Es wird in der Verhandlung fortgeführt.

Wolterski-Berlin begründet den Antrag Berlin II, der bezweckt, aus den Kreisen auch einmal etwas anderes zu hören, als daß wieder so und so viel Mark gebraucht werden.

Faber-Frankfurt weist die gegen die Frankfurter gerichteten Vorwürfe zurück; die Regelung ihrer Vertretung auf ihren Kreis-Konferenzen solle man ruhig ihnen selbst überlassen. Hier thue man so, als ob sie sich beinahe entschuldigen müßten, daß sie den Wahlkreis gewonnen hätten. Wir machen uns gerade so viel daraus, wie aus den Beschuldigungen Stadthagens vom vorigen Jahre, die er noch nicht zurückgenommen hat. (Stadthagen: fällt mir auch gar nicht ein.) Weiter begründet er den Frankfurter Antrag, der geeignet sei, das Mißtrauen gegen die Agitationskommission zu beseitigen.

Silberschmidt-Schwiebus und mehrere Genossen beantragen:

Die nächste Agitationskommission wird beauftragt, im Laufe des nächsten Geschäftsjahres mit den einzelnen Wahlkreisen über den Ausbau der organisatorischen Grundlinien der Agitationskommission zu beraten und der nächsten Provinzialkonferenz diesbezügliche geeignete Vorschläge zu machen.

Silberschmidt begründet den Antrag mit der Notwendigkeit, das in manchen Kreisen unseugbar vorhandene Mißtrauen gegen die Kommission, das aus der Art ihrer Organisation entspringt und ein gedeihliches Arbeiten mehrschadet, zu beseitigen.

Krajsmann-Neu-Ruppin wendet sich gegen diesen Antrag, da seines Erachtens die Kommission sehr gut arbeite.

Ebel-Prallwitz wendet sich gegen den Antrag, die „Fadel“ zu bezahlen; von den Zahlungsfähigen werde das so wie so gefehlet. Weiter berichtet er über behördliche Drangsalierungen bei der Landagitation.

Rubendunst-Kottbus legt dar, weshalb der Kreis verloren gegangen ist. Gegen den Frankfurter Antrag wendet er sich, weil die Kosten nicht unerheblich wären, wenn Mitglieder der Agitationskommission in der Provinz wohnen.

Vergen-Först geht auf die Forster Verhältnisse ein. Der Verlust des Kreises sei zum Teil auch den Hirsch-Dunderkerfen Arbeitern zu danken, die sich dafür rächten, daß man ihnen keine proportionale Vertretung beim Gewerbegericht eingeräumt habe. Aus gleichem Grunde seien auch im November bei den Stadtverordneten-Wahlen Verluste zu befürchten.

Auf Antrag Weise-Berlin wird Schluß der Debatte beschlossen. Das Schlußwort erhält

Koyle: Der Antrag Silberschmidt ist annehmbar; auch wir halten die Organisation nicht für lächerlich. In Bezug auf die Genossen Braun habe ich nur die Dinge dargestellt, wie sie waren. Wenn Genossin Braun sagt, seine Frau war krank, so genügt uns das. Wir sind felsenfest davon überzeugt, daß seine Angabe richtig ist. Auch bei Gegenfragen in der Kommission hatten wir stets das gemeinsame Interesse im Auge. So wollen wir auch weiter arbeiten, bis zum endgültigen Siege der Socialdemokratie.

Stadthagen: Dem Antrag Silberschmidt stimme ich zu, gehandelt haben wir immer in dem Sinne des Antrages, um die Organisationen der Kreise auszubauen. Der Antrag auf Bezahlung der „Fadel“ will sie natürlich den zahlungsunfähigen Kreisen nicht entziehen, aber doch eine Kontrolle ermöglichen, ob sie auch sachgemäß verbreitet werden. Im übrigen hält Redner seine Ausführungen in Sachen Bebel-„Vorwärts“ und Marburg-Heine-„Vorwärts“ aufrecht und empfiehlt die Annahme seiner Resolution.

Silberschmidt: Mein Antrag handelt nicht vom Ausbau der Organisationen der Kreise, sondern von der Organisation der Agitationskommission. Stadthagen hat bei seiner Zustimmung das Gegenteil dessen hineingelegt, was darin steht.

Gerisch: Mir war es darum zu thun, daß nicht Stadthagens Ausführungen über Marburg unwidersprochen blieben. Die Redaktion ist nicht von Gerisch oder Heine geschoben, sondern hat ihre Stellung auf Grund eines einstimmig inkursiven Bebel gefassten Vorstandsbeschlusses eingenommen, der allerdings nicht gelegentlich des uns damals noch nicht bekannten Einzelfalles gefaßt wurde. Und noch eine Erklärung: Eisner ist nicht zum Vorstand gekommen, wie Stadthagen sagt, sondern hat einige Vorstandsmitglieder, die er gerade traf, um Rat gefragt, und dann den Genossen Bebel gebeten, die Sache anders zu machen. Unter Mitwirkung Bebel's ist das schon oft vorgekommen, ohne daß man von Gewaltthat gesprochen hat. Wenn wir eine demokratische Partei bleiben wollen, geht es auch gar nicht anders, oder wir müßten in unser Organisationsstatut die Bestimmung hinein nehmen: Die Organisation gilt für die Parteigenossen ausschließlich der und der Personen. Wenn wir das nicht thun, bleibt es so, daß die Redaktion die Verantwortung zu tragen hat, und dann kann sie nicht anders handeln, als sie gethan hat.

Der Antrag Berlin II wird angenommen. Abgelehnt wird der Antrag Frankfurt gegen wenige Stimmen, ebenso der Antrag auf Bezahlung der „Fadel“ mit Stimmengleichheit.

Der Antrag Silberschmidt wird angenommen, ebenso die Resolution Stadthagen in allen sechs Punkten. Ueber Punkt 4 der Tagesordnung: Die preussischen Landtagswahlen unter spezieller Berücksichtigung der Kreise der Provinz Brandenburg berichten wir an anderer Stelle.

Folgende beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

1. Da die heutige Versammlung eine öffentliche ist und Frauen nach dem preussischen Vereinsgesetz an öffentlichen Versammlungen teilnehmen können, erheben die Frauen gegen die ungeschickliche Ausweisung Protest! Die Delegierten beauftragen das Bureau der Konferenz, hiergegen den Beschwerdeweg zu beschreiten.

2. Bei dem Kampfe um die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum Landtage in Preußen ist dem socialdemokratischen Programm entsprechend auch die Forderung des Frauen-Stimmrechts überall mit aller Energie zu fordern und eingehend zu begründen.

Nach einigen anfeuernden Worten zum Ausbau der Organisationen und ständigem Fortarbeiten schließt Kiesel die Konferenz um 1/2 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf die völlerbefreiende Socialdemokratie.

Der Trades-Unionkongreß.

London, 5. September.

Abgesehen von den gewöhnlichen socialpolitischen und demokratischen Antagen, die jedes Jahr wiederkehren und mit großem Beifall angenommen werden, wird der 36. Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften, der am 7. September in Leicester zusammentritt, über die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse zu entscheiden haben. Die Lage ist etwa die: unter dem Druck des Kapitals und der ungünstigen richterlichen Entscheidung des Trades-Unionkongreß von Plymouth im Jahre 1899, ein politisches Komitee zu gründen, das für eine unabhängige parlamentarische Arbeitervertretung sorgen sollte. Dies war der Ursprung des in unsern Mitteilungen oft genannten Labour Representation Committee (Komitees für Arbeitervertretung). Wie dies in England gewöhnlich der Fall ist, werden wichtige Beschlüsse gefaßt, ohne daß man sich über deren Tragweite klar wird. Jeder wichtige Beschluß jedes wichtige Gesetz hat in England nur ein unmittelbares Bedürfnis und ein sofort zu verwirklichendes Ziel im Auge. Da aber das sociale Leben nicht aus einzelnen, zusammenhanglosen Thatsachen besteht, sondern eine ununterbrochene, festgefügte Entwicklungskette bildet, so werden die Engländer in Verfolg der gefassten Beschlüsse und gemachten Gesetze „plötzlich“ vor eine Situation gestellt, die ihnen als schredliche Ueberraschungen oder als Intriguen vorkommen. Vor einer solchen Lage stehen wir jetzt in Bezug auf den Beschluß von Plymouth. Die Gewerkschaften wollten eine parlamentarische Arbeitervertretung. Für jeden logisch Denkenden heißt dies, daß sie den politischen Klassenkampf wollten. Aber der Kongreß von Plymouth war sich eben über den Beschluß nicht klar, und es dauerte einige Jahre, bis die Gewerkschaften über die Bedeutung ihres Beschlusses nachzudenken begannen. Erst auf dem dritten Kongreß des Komitees für Arbeitervertretung, abgehalten in Newcastle am 19., 20. und 21. Februar 1903, wurde eine Resolution angenommen, die den Arbeiterführern die Pflicht auferlegte, sich von den bürgerlichen Parteien fernzuhalten und die Bildung einer besonderen Arbeiterfraktion anzustreben. Die Resolution lautete:

„Der Kongreß betrachtet es als absolut notwendig, daß der Vorstand des Komitees für Arbeitervertretung sowie die Beamten aller ihm angehörenden Gewerkschaften sich strengstens aller Verbindung mit den bürgerlichen Parteien und deren Interessen zu enthalten haben, da wir den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der industriellen Klasse nur dann gerecht werden können, wenn wir ohne Rücksicht auf die andern Parteien unsere Politik formen.“

Die Resolution wurde mit 630 000 gegen 124 000 Stimmen angenommen. Erst nach Annahme dieses Beschlusses fühlten die liberalen Arbeiterführer und die bürgerlichen Politiker, daß eine proletarische Revolte im Anzuge begriffen sei. Viele dieser Herren waren schredlich überrascht, andre sahen darin eine socialistische Intrigue, und sie gingen daran, den Beschluß von Newcastle zu beseitigen.

In diesem Sinne arbeiteten in den letzten sechs Monaten die liberalen Blätter und die von ihnen unterrichteten Arbeiterführer. Es giebt in London eine ganze Reihe liberaler Journalisten, deren Hauptthätigkeit darin besteht, die Arbeiterführer einzusaugen und sie in einer Flut von Lobpreisungen zu ertränken. Wird irgend ein Arbeiterführer zum Parlamentsabgeordneten gewählt, so ist mit der größten Sicherheit zu erwarten, daß am folgenden Morgen in den liberalen Blättern Artikel erscheinen, in denen mindestens ein Duzend Anekdoten, Aussprüche u. v. von dem „brilliant labour leader“ (glänzenden Arbeiterführer) erzählt werden. Und wenn noch dazu ein Interview mit ihm veröffentlicht wird, so ist der höchste Ehrgeiz des neuen Arbeiterabgeordneten erfüllt: er ist zum „gentleman“ avanciert und wird sobann mit aller Energie den Socialisten entgegentreten, die ihm vom Proletariat und vom Klassenkampf was sagen.

Mit diesen Rationierungen der liberalen Partei wird der diesjährige Kongreß in Leicester zu rechnen haben. Es liegen mehrere Anträge vor, die den Beschluß von Newcastle umstossen wollen. Man ist vor allem bestrebt, das Komitee für Arbeitervertretung von den Socialisten zu „säubern“. Werden unsere Genossen aus dem Komitee hinausgeeeilt, so wird es den Liberalen leichter sein, die alten Positionen wieder zu besetzen.

Die liberale Wählerarbeit wird gefördert durch die Chamberlain'schen Jollvereinspläne, die ebenfalls zum Gegenstand der Kongreßberatungen werden sollen. Da die englischen Arbeiter keine eignen Ansichten über Jollpolitik und Wirtschaftsleben haben, so werden sie in den Kriegsrufen der Liberalen für billiges Brot einstimmen und an die liberale Politik Anschluß suchen.

Schließlich wird sich der Kongreß mit dem Gewerkschaftsrecht beschäftigen. Wie bekannt, wurde am 8. Mai im Parlament beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die die Lage der Gewerkschaften unteruchen soll. Auf Antrieb der Socialisten wird der Kongreß die Forderung stellen, in der Untersuchungskommission durch einen Gewerkschaftler vertreten zu sein. Es scheint, daß der Kongreß in diesem Sinne beschließen wird.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Den Gewerkschaften und Vereinen zur Nachricht, daß am Dienstag, den 29. September, abends 8 Uhr, die Versammlungen zur Verichterstattung vom Parteitag und von der Provinzial-Konferenz stattfinden. Wir bitten, dies beim Einberufen von Versammlungen zu beachten. Die Vertrauensleute.

Weisensee. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, findet im „Abrechts-Hof“ eine öffentliche Versammlung statt, wo Redakteur P. John einen Vortrag über „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“ halten wird. Wir hoffen, daß alle Genossen und Genossinnen zu dieser Versammlung erscheinen.

In Mariendorf findet heute abend 8 1/2 Uhr bei Fehling (Inh. Reichardt) Chausseestr. 17, die Vereinsversammlung des Wahlvereins statt. Vortrag des Genossen Dr. Alberti.

Gerichts-Zeitung.

Der Streik der Arbeiterinnen in der Fabrik der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft erlebte gestern vor der 8. Strafkammer als Berufungsinstanz ein kleines Nachspiel. Der erwähnte Streik hatte die Gemüter aller in der Fabrik beschäftigten Arbeiter in hohem Maße erregt. Morgens, mittags und abends sammelten sich Arbeiter vor dem Eingange zur Fabrik an, sobald die Polizei glaubte, zur Aufrechterhaltung des Verkehrs und der öffentlichen Ordnung besondere Maßnahmen treffen zu müssen. Eines Tages war ein besonders starkes Polizeiaufgebot zur Stelle, nämlich Polizeileutnant Bernide, zwei Polizeiwachmeister und eine große Anzahl uniformierter und Kriminalschuppleute. Es war nach Beendigung der Mittagspause. In Massen fanden die Arbeiter vor dem Portale und diskutierten über den Streik der Arbeiterinnen. Polizeileutnant Bernide erließ an die Arbeiter die Aufforderung, entweder hineinzugehen oder weiterzugehen. Aus der Menge heraus will er dann dieselben Worte in nachhöfendem Tone und als Folge davon Gelächter und Gejohle gehört haben. Er schloß daraus, daß man ihn verhöhnen wolle. Obgleich er nicht mit Sicherheit den Aufer setzungen vermochte, glaubte er doch aus gewissen Begleitumständen entnehmen zu müssen, daß es

der Arbeiter Küster gewesen sei. Das Schöffengericht hatte diesen auch für überführt erachtet und ihn zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Vor der zweiten Instanz erhielt die Sache eine wesentliche andre Beleuchtung. Die Zeugen bekundeten, daß die Arbeiter sich auf die Aufforderung des Polizeileutnants hin, langsam in das Fabrikgebäude hineingeführt hätten. Da sie ihre Marken abzugeben hatten, so entstand dadurch Aufenthalt und Gedränge. Lediglich aus diesem Grunde habe auch der Angeklagte gerufen, weiter zu gehen und nicht stehen zu bleiben. Dieser versicherte, daß es ihm völlig fern gelegen habe, den Polizeileutnant nachzusehen zu wollen. Da auch die Zeugen nicht den Eindruck genommen hatten, daß der Angeklagte dies beabsichtigt habe, so kam der Gerichtshof zu einem freisprechenden Urteil.

Mißglückter Polizeikampf gegen Flugblattverbreiter. Während der Bahnbewegung hatten zwei Erfelder Genossen an einem Sonntag in Cleve Flugblätter verbreitet, welches die Cleve Polizei-behörde mit einem Strafmandat abnden zu müssen glaubte. Die Genossen riefen das Cleve Schöffengericht zur Entscheidung an und lam dieses zu einem Freispruch. Gegen dieses Urteil meldete der Amts-anwalt, welcher gleichzeitig Polizeikommissar in Cleve ist und in dieser Eigenschaft die Strafmandate veranlaßt hatte, Berufung an mit der Motivierung, daß das Verteilen der Flugblätter eine Arbeit sei, durch welche die Sonntagsruhe entheiligt würde. Die Strafkammer in Cleve, welche sich nun mit der Sache zu beschäftigen hatte, kam zu einem Freispruch und legte auch die Kosten der Verteidigung für beide Instanzen der Staatskasse auf. Das Gericht begründete den Freispruch in der Weise, daß das Verbreiten der Flugblätter keine Arbeit sei, durch welche der Sonntag entheiligt würde, würde dieses als eine solche Arbeit betrachtet, so sei auch die Bestellung der Briefe und Zeitungen durch die Postboten als eine derartige Arbeit anzusehen, eine solche Auffassung habe der Gesetzgeber aber nicht gehabt bei Einsetzung der Besetze über die Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung.

Verfammlungen.

Socialdemokratischer Wahlverein für Rowawes-Neudorf. Am Mittwoch hielt Dr. Alberti einen Vortrag über: „Die Technik der Landtagswahlen“. An den sehr lehrreichen Vortrag schloß sich eine sehr rege Diskussion, an welcher sich die Genossen Grühl und Hoffmann beteiligten. Abdam nahm die Versammlung den Bericht von der Kreis-Generalversammlung entgegen, welchen Krohnberg und Hoffmann erstatteten. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit einem Antrage des Vorstandes und der Bezirksführer, die Beiträge nicht mehr in der Versammlung entgegenzunehmen, sondern an dessen Stelle das Hauskassieren einzuführen, welches den Bezirksführern übertragen wird. Nach einer längeren Debatte wurde der Antrag angenommen. Zur Aufnahme in den Wahlverein haben sich 3 Genossen gemeldet, ein Mitglied hat sich abgemeldet.

Warum ist eine Dienkboten-Bewegung dringend notwendig? Ueber dieses Thema, das das allgemeine Interesse, namentlich auch aller Frauen und Mädchen, beanspruchen darf, wird heute abend 8 1/2 Uhr Herr cand. med. Edwin Bab in einer öffentlichen Versammlung referieren. Die Versammlung findet statt im großen Saale der Andreas-Säle, Andreasstraße 21 (am Schleichischen Bahnhöfe).

Stenographie und reine Muttersprache heißt das Thema, durch welches am kommenden Mittwoch der Berliner Centralverein für Stenographie, abends 9 Uhr, Schönebergstr. 92, einen neuen Unterrichtskursus für Damen und Herren eröffnet.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885 (E. D.) 71 SO. 16, Reichenstr. 4. Dienstag, 8. September cr., abends 9 Uhr, im Restaurant Frädrich, Alte Jakobstr. 89: Sitzung.

Vermischtes.

Die im Manöver befindlichen Truppen haben unter der gegenwärtigen großen Hitze schwer zu leiden. Verschiedene tödlich verlaufene Hitzschläge haben bereits ihre Opfer gefordert. Zwei Compagnien der „Franzosen“ mußten im Walde hinter Bahnhof Strausberg am Sonnabendmittag von 1—3 Uhr Raft halten, weil die Mannschaften sonst wohl kaum oder nur zum Teil ihr Quartier in der sechs Kilometer entfernten Stadt Strausberg erreicht haben würden. Die Leute hatten in Kaulsdorf und Umgebung im Quartier gelegen, aber in der Nähe von Neuenhagen manövriert. Die Mannschaften, die gegen 12 Uhr mittags ihre Quartiere in Eggersdorf bei Bahnhof Strausberg erreichten, erzählen, daß bei den „Franzosen“ zwei Mann und bei den „Augustaern“ ein Mann dem Hitzschlag erlegen sein. In den Wäldern der zu Eggersdorf gehörigen Kolonie Hohenfließ waren je zehn und mehr Mann Einquartierung angefaßt. Alles war zum Empfang vorbereitet, aber die Einquartierung kam nicht. Die in Hohenfließ einquartierten Mannschaften hatten in Eggersdorf notdürftig untergebracht werden müssen, weil sie nicht mehr im Stande gewesen wären, die 25 Minuten weite Entfernung noch ohne schwere Gefährdung der Gesundheit zurückzulegen.

Marktpreise von Berlin am 6. September 1908

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D.-Gr.	16,20	16,16	Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00	5,00
• mittel	16,12	16,08	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,80	1,20
• gering	16,04	16,00	• do. Bauch	1,40	1,00
*Roggen, gut	13,00	12,98	Schweinefleisch	1,60	1,20
• mittel	12,96	12,94	Rindfleisch	1,80	1,20
• gering	12,92	12,90	Lammfleisch	1,80	1,20
†Gerste, gut	14,50	13,70	Butter	2,90	2,00
• mittel	13,60	12,80	Eier 60 Stück	4,50	2,80
• gering	12,70	11,90	Karpfen 1 kg	2,40	1,40
†Hafer, gut	16,20	15,10	Kale	2,80	1,60
• mittel	15,00	13,90	Hanser	3,00	1,00
• gering	13,80	12,80	Hechte	2,40	1,20
Rüchstroß	4,40	3,82	Barfische	1,80	80
Heu	6,80	4,60	Schleie	3,00	1,40
Erbsen	40,00	25,00	Hele	1,40	80
Speisebohnen	50,00	25,00	Krebse	18,00	8,00
Linien	60,00	20,00			

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 7. September 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 0° C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 0° C.
Swinemünde	763	SE	1	wolkig	18	Paparranda	758	R	2	bedeckt	11
Hamburg	762	W	2	Regen	17	Petersburg	765	SE	1	bedeckt	13
Berlin	762	ED	1	wolkig	20	Cork	768	W	2	bedeckt	17
Frankf. a. M.	762	R	1	wolkig	18	Werdeen	—	—	—	—	—
München	765	W	4	heiter	18	Paris	768	W	3	bedeckt	13
Wien	765	ED	1	wolkig	17						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 8. September 1903. Kälter, zunächst vielfach wolfig mit etwas Regen und mäßigen nordwestlichen Winden; später wieder heiter. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Expedition.

Händsch. Sie können auch monatlich bei der Post abonnieren. Das Gruppenbild kostet 60 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. An den Betrag sind Sie gebunden; gemöhen Sie sich das Gruclein ab. — P. R. und Steglitz. Ohne Einsicht in den Sachverhalt oder das Vereinsstatut ist Ihre Frage nicht zu beantworten. — Th. V. Wegen der unter 1 bis 5 angeführten Gründe kann Geschehungsfrage ein-

geleitet werden. — **Spyder 12.** Wenn über Kündigung nichts vereinbart ist, so besteht nicht Ausschlag der Kündigungsfrist, sondern die dreizehntägige Kündigungsfrist. — **M. Stendal.** Verjährung liegt nicht vor: eine ausgesetzte Forderung verjährt erst in 30 Jahren nach der letzten Fälligkeit. — **S. 27.** Ohne Einzicht in die Beschlagsnahmebeschlüsse und in das Urteil sind Ihre Fragen nicht zu beantworten. — **S. 10.** 1. Beitrag und Urkundenabgabe. 2. Die Nummern werden zurückgegeben werden. — **Denke.** Eine Klage wäre aussichtslos, weil Erben die Schulden miterben und weil der Witwer außerdem im Voraus die Wirtschaftsgüter...

gegenstände und Hochzeitsgeschenke erhält. — **R. Sch., Rixdorf.** Rein. — **R. S., G. 10. Ja. — S. 100.** Wenden Sie sich an den Oberpräsidenten zur Entscheidung. Nachzutreffen ist die Kartellbehörde. — **G. W. 51.** 1. und 2. Ja. 3. Die Gebühren richten sich nach der Höhe des Objekts und sind durchweg dieselben. — **Garth.** Eine Beschwerde wäre zwecklos. — **S. 23a, R. S. 10.** Rein. — **S. 100.** 1. und 2. Ja. — **Hudolf S.** Der Witw kann Hinterlegung der Rente verlangen. — **G. S. 1.** Die Kündigung für Gewerbegehilfen kann an jedem Tage beginnen. — **G. S. 18.** 1., 2. und 3.

Ja. 4. Rein. — **S. S.** Ihr Vater möchte Erbregulierung bei Gericht beantragen. — **S. C. 30.** 1. und 2. Rein. 3. Ja, die Armenunterstützung ist diebedürftigen zu gewähren; von einer Bestrafung ist dieselbe nicht abhängig zu machen. — **O. R.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg auf Schadenersatz für den durch Wäffe der Wohnung Ihnen zugefügten Schaden und auf Aufhebung des Vertrages klagen, haben aber den Beweis zu führen. — **S. 100.** Der Lohn muß beim Abgang ausgehändigt werden. — **Simplicissimus 35.** Die Firma kann klagen, nicht aber den Lohn mit Beschlag legen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 8. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Spernhaus. Jar und Zimmermann. Schauspielhaus. Sappho. Neues Operntheater. Die Hebräer. Weiten. Geschlossen. Festung. Johannisfeuer. **Deutsches.** Die Jüdin von Toledo. Berliner. Ueber unsre Kraft. I. Residenz. Lustige Ehemänner. Vorher: Zum Einzieher. **Neues.** Eine Frau ohne Bedeutung. Thalia. Der Hochtourist. **Deutsch-Amerikanisches.** Ueber'n großen Teich.
Anfang 8 Uhr:
Niederweidhaus (Kroll). Niederweidhaus und Jüden. Wifon nach dem Valle. **Schiller O.** (Wallner-Theater.) Was ihr wollt. **Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstadt.) Der Tallisman. **Klein.** Nachtsal. **Trianon.** Die Liebeshaulel. **Carl Weis.** Der Festtritt einer Frau. **Zuifon.** 100 000 Thaler. **Welle-Miliane.** Spezialitäten. **Wolke.** Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Winter-Garten. Spezialitäten. **Metropol.** Neuestes! Unerneuetes! **Passage-Theater.** Spezialitäten. **Reichshallen.** Stettiner Säng. **Urania.** Taubenstraße 48/49. Photographie in natürlichen Farben. **Invalidenstraße 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania.

Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Photographie in natürlichen Farben.

Sternwarte

Invalidenstraße 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstr. 165.

!! Menschliches Doppelwesen:
die zusammen- gewachsenen Schwestern 20 Jahre alt, spielen Violine!

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:

Gr. Militär-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 J. die Hälfte.

In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen: Wochentags 4-5, 6-7 Uhr. Sonntag 12-1, 4-5, 6-7 Uhr. Eintritt: Sperrsitz 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater

Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr. Man muss sie wiedergesehen haben die **LONA** in ihrer Original-Scene **Im Boudoir.**

Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin!
14 erstklassige Nummern. Auftreten der Lona 10 Uhr.

Casino-Theater.

Rothfingergasse 37. Anfang 8, Sonntag 7 1/2, Uhr. Großer Sensations-Erfolg!

Tolle Kadetten.

Vorher das glänz. Eröffnungsprog. Sonntagnachm. 4 Uhr: Badekuren etc.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16.

Der stolze Heinrich.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Mittwoch: Das Fortschand. Donnerstag: Erste Extra-Vorstellung.

Fröhels Allerlei-Theater

fr. Puhmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148. Inhaber: Wilhelm Fröbel.

Konzert-Theater- u. Spezialitäten-Vorstellungen
m. böhm. neuem Künstlerpersonal finden nur noch Mittwoch, Sonntags u. Montags statt. Im Prachtsaal: **Gr. Ball.** Die Kaffeeküche ist geöffnet von 2 bis 6 Uhr. Anfang 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Mittwoch, den 16. d. Letzte Vorstellung. Mittwoch: **Elite-Tag.** Sonntag: **Gala-Vorstellung.**

Palast-Theater Feen-Palast.

Burgstr. 22. **Bomben-Erfolg der Novität!** 8 1/2 Uhr: **Geniesst das Leben.** Lebensbild in 2 Akten m. Ges. u. Tanz. Alfons Gotke: Dir. Rich. Winkler.

Das grandiose Variété-Programm.

Novogen: Dieselbe Vorstellung. Freitag, den 11. September er.: **„Tribby“.**

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Das Theater ist gut ventiliert und daher kühl.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Dienstagabend 8 Uhr: **Was ihr wollt.** Lustspiel in 5 Akten v. D. Schaferspeare. Mittwochabend 8 Uhr: **Der Tallisman.** Donnerstagabend 8 Uhr: **Was ihr wollt.**

Deutsch-Amerikanisches Theater

(fr. Buntes Theat.) Köpenickerstr. 67/68. Jeden Abend Anf. 8 Uhr. Schauspiel Adolf Philipp.

Der Sensations-Erfolg Ueber'n großen Teich
Reizere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten. **Billets 4 Wochen im voraus.**

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76-77 (Ringbahn-Station). Ob schön! Ob Regen! Täglich vollständig neues konkurrenzloses Riesen-Programm.

Orig. Robert u. Bertram sind wieder da. Orig. Glenn Fredoff. Orig. Tom Bryarly. Fred u. Little Alfons. Eugen Freiberg. Claire Wegener. Mlle. Friedrich. **Grosser Ringkampf** Emil Nitschke — Max Winda. Zurück von der Tournee aus Russland, fordere ich Ringkämpfer und harte Leute auf, sich mit mir im Ringkamp zu messen und zahle 50 Pf. Prämie, wer im Stande ist, mich in 30 Minuten zu besiegen. Hochachtungsvoll 2468* **Emil Nitschke.** Sonnab., Sonntag, Montag: Tanz. Anf. Wochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieser Saison! **Wiederauftreten** **Emil Thomas a. G.** **Josef Josephi.** **Henry Bender.** **Frid. Frid.** **Rosa Marten.** **Grete Meyer.** **Müller Linke.** **Zum 240. Male: Neuestes! Allerneuestes!**

Dramatische Revue in 5 Bildern. Glänzendes Balletts. 300 Mitwirkende. Anfang 8 Uhr. — Ranchen überall gestattet. — **Bernhard Rose-Theater** Gesundbrunnen, Badstraße 58. Dienstag, den 8. September er.: **Robert und Bertram.** Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Aufzügen von Raeder. **Schmidt-Hawkins, Humorist.** **Elsa Jocosa, Kostüm-Soubrette.** **Hermann Stahnke, Salon-Ästhet.** **Max Alexander, Bauhübscher.** Anfang 4 1/2 Uhr. Diese Vorstellungen finden bis 15. September er. täglich statt.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9. Direkt.: M. Kalbo. Täglich: **Alt-Heidelberg du Feine.** Lieberpiel in 3 Akten von D. Richter. **Konzert und Ball.** U. a.: **Paula Grigatti, Kostüm-Soubrette.** **Original Eugen Milardo, Tanzhumorist.** **The Berlings,** die singenden Luftseer. **Neu! Cabarets Neu!** Miniatur Wunder-Wandchen. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.

Sanssouci.

Täglich: **Hoffmanns Norddeutsche Säng.** Heute Dienstag, 8. Sept.: **Benefiz.** Extra gewähltes neues Programm.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. Täglich: **Franz Sobanski** und das vollständig neue Artistenpersonal. Außerdem: **Die weiße Dame.** Mittwoch, Sonnab., Sonntag: Tanz. Anf. 7 1/2 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware

6 Stück für 10 Pf. **Albrechts Bäckereien:** Brangelstraße 9, Krautstraße 19, Kaldenkirchstr. 28, Panitzschstr. 2, Markthalle Bäckerei, Stand 222/23, Markthalle Andreasstr., Stand 16/18.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankpflege.

Eigne Werkstatt.

Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenkassen. **Berlin C., 20062* 30. Finck-Strasse 30.** NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Bletten, angenehm und weich am Körper.

Gardinen-Reste

Ausverkauf 2550L* 500 bis 1000 Reste spottbillig um zu räumen. **Grüner Weg 80, parterre Eingang v. Flur. Bruno Güther.**

10. Wohlfahrts-Lotterie

zu Zwecken der deutschen Schutzgebiete. **16870 Gewinne,** dar. ohne Abzug 575 500 Mark. Ziehung 28., 29., 30. September, 1. und 2. Oktober 1903. Lose a 3,30 M., Hfte und Porto 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet **Hauptkollekteur Rupp, Worms a. Rh. 14606***

Tod und Teufel

allein Ungeziefer! vernichtet samt Brut sofort mit tödlicher Sicherheit nur **Reichels Vertärtetes Wanzensuid,** 3l. 50 Pf., R. 1.—, Liter 5 M. 15ct mit Brut wie kein andres Mittel absolut sicher nur allein. **Reichels Poudre-Martial,** Dose 50 Pf., R. 1.—, Pfund 4.— M. Sprichapparate 50 Pf. Unerkennungen aus aller Welt. Erfolg garantiert. **Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.** Lieferant für Arme- und Marine, Königl. und Städt. Behörden.

Reichshallen

Stettiner Säng. (Kreisel, Pietro, Britton, Steibl, Böhm, BSA, mann, Plätner, Schrader u. Ederino jr.) Anfang: 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Etablissement Bughenhagen

am Moritzplatz. Jeden Tag: **Konzert** des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara. Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71. **Hermann Imbs.** Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**

Stoffe

für Herren-Anzüge, Paletots, Kinderanzüge usw. bezieht man am billigsten direkt aus der **Tuchfabrik - Niederlage** Berlin C., Rossstr. 2, Koch & Seeland.

Bereine!

Gäle mit Bühne zu Festlichkeiten u. Versammlungen. Habe noch Sonnabende und Sonntage zu vergeben. 2432* **Neues Klubhaus, Kommandantenstrasse 72.**

25062*

Portièren

Specialität! (ca. 200 Genre) Einzelne Garnituren spottbill. **Special-Katalog** ca. 600 Illust. gratis u. franco. Teppich- **Specialhaus Emil Lefèvre,** Oranienstrasse 158 Berlin S.

Auf allerbequemste Art Teilzahlung!!!

(wöchentlich 1 Mark) Herren-, Damen- u. Wecker-Uhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten. **Wardhäuser, Johne & König, Straße 72.**

Charlottenburg.

F. Kunstmann Wallstr. 1. Uhrmacher und Goldarbeiter. Grosses Lager, billige Preise. — Reparaturen schnell, billig. *

Erkner-Baustellen

billig, glück. Zahlung, nur 5. Bauer Catholy, Buchhorsterstraße, 5 Rin. ab Schule. 62 Stk. bis jetzt der. Röh. Schulz, Rixdorf, Renustr. 12/13. *

Kopfläuse

nebst Brut vernichten sofort! Unschädlich. Erfolg überraschend. **„Puffi“** in Drogerien 50 Pfg.

Möbel

Wegen Räumung stehen neue und gebrauchte Sachen zum billigen Verkauf. Teilzahlung gestattet. Ganz besonders zu empfehlen ist: **Reider-Kind 23, Sofa mit Auszug 30, Chaiselongue 17, Verticille mit Matrasse 19, Mischelkind, Verticille 27, Plüschgarnitur 90, Plüschsofa 50, Säulentrumeau geschliffen 30, Vancelssofa 60, Schreibtische 15 M. Günstige Möbel werden kostenfrei aufbewahrt. Kein Laden, direkt Fabrik Dramenstrasse 58. Sonntags geöffnet. 24452***

Boebel.

„Mobilia“ Berliner Möbel-Industrie-Gesellschaft m. b. H. 1 An der Jannowitzbrücke 1. Möbel. Teppiche. Gardinen. Specialität: **Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.** Wir gewähren sicheren Leuten ohne Preisaufschlag **leichteste Teilzahlung.** 25372*

Verfallene Pfänder!

Goldfäden wie Brillanten jeder Art, gold. u. silb. Damen- wie Herren-Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön, spottbillig verl. Pfandleihe, Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße. 24672*

Engelhardt's Caramel-Malz-Bier

gesetzlich geschützt No. 34 934 ist doch das Beste! Caramel-Malz-Bier ist pasteurisiert, keimfrei und seit vielen Jahren wegen seines ganz geringen Alkoholgehalts ein bewährtes Stärkungsmittel für Nervöse, Bleichsüchtige, Mütter u. Rekonvaleszenten. Auch als Tafelgetränk wird es sehr bevorzugt. **Preis pro Flasche 10 Pfennig.** In allen Kolonialwaren- und Delikatess-Geschäften käuflich. **Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Berlin N., Chausseestrasse 33.** Telephon Amt III. 8825

**Orts-Krankenkasse
D. Maurergewerbes.**

Donnerstag, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, findet Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus), Saal VII, eine ausserordn. General-Versammlung der Vertreter der Kassemitglieder und der Arbeitsgeber statt.

Tagesordnung:
1. Die Entscheidung des Ober-Berufungsgerichts in Sachen der 6. Abänderung des Statuts und Beschließung über Zurückziehung derselben.
2. Beratung und Beschließung über die Revision des Kassensatzes auf Grund der Abänderung des Kranken-Versicherungs-Gesetzes vom 25. Mai 1903. 1883b
Berlin, 7. September 1903.

Der Vorstand:
A. Dähne, A. Kelpin,
Vorsitzender, Schriftführer,
Flugstraße 17, Dammstr. 25.
Gewerbegericht zu Berlin.
3. Nr. 594 Gem.-Ver. 03.

Berlin, 2. September 1903.

Bekanntmachung.
Die in unserer Bekanntmachung vom 16. Mai 1903, betreffend den Tarif für die Statutengebühren Berlin und der Vororte, unter „Allgemeine Bestimmungen“ ersetzte Schlichtungs-Kommission ist genehmigt worden und hat in ihren beiden Sitzungen vom 8. Juli und 19. August dieses Jahres verschiedene Abänderungen des Tarifvertrages beraten. Die Kommission beschloß:

Position 4 wird dahin ergänzt: Als Teilungseinheit oder Bouten gelten: Knochengerüste, Gesimse und Wandaufsätze, sowie alle Gesimse und Bouten, bei welchen nach ihrer Natur Ecken oder Werten behauptet oder glühgemacht und infolgedessen geteilt werden müssen.
Die an den Gesimsen und Bouten befindlichen Verzierungen werden in ihrer weitesten Ausdehnung pro Stück und Centimeter mit 1 Pf. extra berechnet und zwar, wenn diese Verzierungen auf den Bau auszuführen, so sind dieselben extra und zwar mit mindestens 0,50 M. pro Tag Zuschlag zu vergüten.

Bei D. werden folgende Zusätze gemacht: Absatz 5 lautet: Hat ein Arbeiter als solcher arbeiten auf dem Bau auszuführen, so sind dieselben extra und zwar mit mindestens 0,50 M. pro Tag Zuschlag zu vergüten.
Dieser Mindestzuschlag soll aber 75 Pf. pro Tag sein, sobald der Arbeiter-Statuten eigene Bauarbeiten und zwar Reparaturarbeiten auszuführen hat.

Position 6. Es wurde folgender Zusatz zu dieser Position beschlossen, der am Schlusse dieser hinzuzufügen ist:
In der Ansicht komplizierte Teilungen darstellende Dedenfiguren sind nicht nach Vereinbarung zu bezahlen.
Die Position 14 soll dem Beschluß gemäß folgendermaßen lauten: Band- und Dedenstücke aufziehen pro Centimeter Höhe 1,5 Pf., jedoch das Meter nicht unter 30 Pf., desgleichen einzeln pro Centimeter Höhe 2,5 Pf., jedoch das Meter nicht unter 40 Pf.

Dieselben zur Teilung nach Vereinbarung. Als Preise sind zu bezahlen: Ornamente, welche mindestens 15 und mehr Centimeter breit sind.
Die Beschließung über weitere Abänderungsentwürfe ist späteren Sitzungen vorbehalten.
Der Vorsitzende des Einigungsamtes.
gez. v. C. H. J.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.
Ziehung: 28. Sept. - 2. Okt.
16 970 Geldgewinne zwar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
575000
Hauptgewinn: Mark
100000
50000
25000
Originallose à Mk. 3,50
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bank-Geschäft,
Berlin W., Friedrichstr. 181
Filialen:
NW. Wilsnackerstr. 63.
O. Andreasstr. 46.
SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H., Bank-Geschäft,

Berlin W., Friedrichstr. 181

Filialen:

NW. Wilsnackerstr. 63.

O. Andreasstr. 46.

SO. Oranienstr. 177.

etc. etc. etc.

Originallose à Mk. 3,50

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.</

Wie unsere Gegner für uns arbeiten.

Altensfüde zur Naturgeschichte des preussischen Polizeistaates.

I.

An die Polizeiverwaltung hier selbst. Auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 11. März 1850 zeige ich hiermit an, daß am 1. Mai 1903, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Belling (Seehof) hier selbst eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen stattfinden wird, und bitte ich, mir hierüber die vorgeschriebene Bescheinigung sofort erteilen zu wollen. Teltow, den 30. April 1903.

gez. Hermann Krüger, Ruhlsdorferstr. 8.

II.

Teltow, den 30. April 1903. S. G. dem Herrn Einsender zurückgehandelt. Eine Versammlung ist nur zur Anzeige zu bringen, wenn in derselben öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen. Ob letzteres der Fall ist, ergibt die nebenstehende Anzeige nicht; dieselbe ist daher entsprechend zu vervollständigen.

Die Polizeiverwaltung, gez. (Unterschrift)

III.

Anzeige des Arbeiters Hermann Krüger zu Teltow, Ruhlsdorferstraße 8, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, Berlin NW., Brücken-Allee 14, gegen den Gendarmen Kruse in Teltow.

Am 1. Mai d. J., nachmittags 2 1/2 Uhr, hat im Lokal des Herrn Belling, Seehof in Teltow, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen stattgefunden. Dieselbe war in der beigestimmten Art angemeldet und als angemeldet bescheinigt.

Nach Eröffnung der Versammlung verlangte der Gendarm Kruse die Bescheinigung der Anmeldung. Es wurde ihm darauf die in beglaubigter Abschrift beigelegte Anmeldung und Bescheinigung vorgelegt. Er gab zu, daß er von derselben wisse, erklärte aber trotzdem die Versammlung sofort für aufgelöst. Als hierüber etwas Unruhe im Saal entstand, rief der Bescheidverfasser, der Vorsitzende der Versammlung war, dem Publikum zu: „Genossen, seid ruhig und verlaßt den Saal!“ Darauf sah der Gendarm Kruse den Bescheidverfasser und rief ihn gewaltsam von der Tribüne herab, so daß Krüger hinterher und mehrere Tage Schmerzen empfand. Gleichzeitig schrie Kruse den Bescheidverfasser an: „Sie haben jetzt die Schnauze zu halten!“ Ueber dies Vorgehen des Gendarmen entstand erklärlicherweise größere Unruhe im Publikum. Der Gendarm Kruse zog darauf seinen Revolver und zielte auf die versammelten Arbeiter. Höchstwahrscheinlich wäre ein Unglück geschehen, wenn nicht andre Vorstandsmitglieder alles gethan hätten, das Publikum zu beruhigen, und auch bald der Oberwachtmann herangekommen wäre und den Gendarm Kruse zur Ruhe verwiesen hätte.

Zum Beweise für diese Vorgänge beziehe ich mich auf das Zeugnis des Schriftstellers Sachs in Lehndorfer, Parkstraße 7, des Schneidermeisters Schönfelder, Potsdam, Alte Luisenstraße 52 I.

Ich beantrage namens des Arbeiters Hermann Krüger, gegen den Gendarmen Kruse wegen der angeführten Vorgänge disziplinarisch vorzugehen und außerdem strafrechtlich wegen Mißbrauches der Amts Gewalt und wegen Verleumdung und Körperverletzung im Amte.

Berlin, den 11. Mai 1903.

Der Rechtsanwalt.

An die Staatsanwaltschaft beim Königl. Landgericht II Berlin.

IV.

Der Landrat des Kreises Teltow, Nr. L. 9400. Berlin W. 10, den 20. Mai 1903. Victoriastr. 18.

Auf Ihre im Namen des Herrn Krüger in Teltow eingelegte Beschwerde vom 9. d. Mts. wegen einer nicht erteilten Anmeldebesecheinigung benachrichtige ich Sie hierdurch, daß ich den Polizeiverwalter in Teltow auf das Unzulässige seiner Handlungsweise hingewiesen habe.

(Unterschrift) unleserlich.

An Herrn Rechtsanwalt Dr. Herzfeld.

V.

Frankfurt a/Oder, den 24. August 1903. Gericht der 5. Division, Zugestellt 31. August 03. IIIa. 2811/4485 Pr. 72 903.

In der Strafsache wider den Hilfs-Fußgendarmen der 8. Gendarmerie-Brigade Wilhelm Kruse

wird das Verfahren wegen Mißbrauches der Amts Gewalt, Körperverletzung und Bedrohung eingestellt und der Beschuldigte insoweit außer Verfolgung gesetzt.

Gründe.

Nach der Anzeige des Arbeiters Hermann Krüger zu Teltow vom 11. Mai 1903 hat der Beschuldigte bei Gelegenheit der Auflösung einer öffentlichen Versammlung am 1. Mai d. J. sich der oben genannten Straftaten schuldig gemacht. Er habe die angemeldet getwesene und als angemeldet bescheinigte Versammlung für aufgelöst erklärt und den Angezeigten gewaltsam von der Tribüne herab heruntergerissen, so daß derselbe hinterher und mehrere Tage Schmerzen empfunden habe. Er habe den Revolver gezogen und auf die versammelten Arbeiter gezielt. Hierin konnten auf Grund der stattgehabten Ermittlungen keine strafbaren Handlungen des Beschuldigten gefunden werden.

Die im § 1 der Verordnung vom 11. März 1850 vorgesehene Bescheinigung der Ortspolizeibehörde war im vorliegenden Falle nicht erteilt worden. Die Polizeiverwaltung hatte unter dem 30. April eine Vervollständigung der Anmeldung verlangt.

Infolgedessen war der Beschuldigte gemäß § 5 a. a. D. befugt, die Versammlung aufzulösen. Nachdem dies geschehen, waren alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen (§ 5 a. a. D.) und der Beschuldigte berechtigt, seine Anordnung nötigenfalls zwangsweise durchzuführen.

Nach der Anzeige selbst hat sich der Anzeigende Krüger nicht sofort entfernt, sondern hat von der Tribüne herab den Anwesenden zugerufen, sie sollten den Saal verlassen. Wenn der Beschuldigte ihn nunmehr ansah und von der Tribüne herunterzog, so kann hierin keine gerichtliche strafbare Handlung gefunden werden, auch nicht in dem vorangehenden Verhalten des Beschuldigten. Für das angebliche Hinsinken des Krüger ist der Beschuldigte nicht verantwortlich zu machen, da ihm nicht nachzuweisen ist, daß er den Krüger vorfälschlich zu Boden gestoßen habe.

Was das Ziehen des Revolvers anlangt — mag der Beschuldigte mit ihm auf Anwesende gezielt haben oder nicht — so stellt sich diese Maßnahme als ein „gelindes Mittel“ im Sinne der Nr. 24 des Auszuges aus dem III. Teil des Entwurfs zur Dienstvorschrift dar. Zu dessen Anwendung war der Beschuldigte berechtigt. Dem nach den stattgehabten Ermittlungen erhob sich unter den Anwesenden nach der Auflösung „Unruhe und großes Gedrüll“, so daß der Beschuldigte sehr wohl einen Angriff der Uebermacht erwarten konnte, zumal da er sich genötigt sah, gegen Krüger ähnlich vorzugehen.

Darüber, ob sich der Beschuldigte durch die angeblich geäußerten Worte

„Sie haben jetzt die Schnauze zu halten!“

einer Verleumdung des Krüger schuldig gemacht hat, steht die Entscheidung der niederen Gerichtsbarkeit zu. Die Akten werden demzufolge der 8. Gendarmerie-Brigade übersandt werden. (§ 121 R.-Str.-G.-B., § 16 Nr. 1 R.-Str.-G.-D.)

Der Gerichtsherr gez. v. Dulig, Generalleutnant und Divisions-Kommandeur.

Die Richtigkeit der Abschrift beglaubigt gez. (jedemfalls Dr. Czarnikow) Kriegsgerichtsrat, Abschrift.

An den Rechtsanwalt Herrn Dr. Herzfeld, Hochwohlgeboren. Berlin, Brücken-Allee 14.

Allo! Der Arbeiter Krüger meldet eine Versammlung an. Unter einem Vorwande, dessen Richtigkeit ihres gleichen sucht, werden dem Anmeldebekundlichen Hindernisse in den Weg gelegt, jedoch hat Krüger bei Eröffnung der Versammlung einen Beweis für die Anmeldung in Händen, so klar und deutlich, daß selbst der Landrat nicht anders kann als die Handlungsweise des Polizeiverwalters von Teltow als ungebührig zu bezeichnen. Trotzdem löst der Gendarm, der ausdrücklich zugiebt, von der rechtzeitig erfolgten Anmeldung zu wissen, die Versammlung auf. Dieser Güter des Gesetzes geht bei seinem Tun in einer Weise vor, wie es ein Mann, der es auf die Herbeiführung einer Störung abgesehen hätte, nicht schlimmer hätte machen können. Der Einberufer der Versammlung wird, als er die Anwesenden um des lieben Friedens willen ermahnt, der ungebührigen Maßnahmen des Beamten trotz alledem Folge zu leisten, von dem Beamten roh behandelt und, um seiner Handlungsweise die Krone aufzusetzen, richtet der Gendarm schließlich seinen Revolver auf das Publikum. Welch eine bewundernswürdige Disziplin offenbarte sich unter den Versammelten, als sie trotz alledem sich zu keiner Unbesonnenheit hinreißten, als sie, wenn auch mit lothendem Ingrimm erfüllt, dieser Illustration der preussischen Versammlungsfreiheit gegenüber ruhig blieben! Und nun das Militärgericht, das alle die hier aufgezählten Thaten des Gendarmen für ordnungsgemäß und frei von Tadel hält! Wie stellt man sich die Wirkung solcher Geschehnisse und ihrer militärgerichtlichen Beurteilung vor? Angesichts der Thatfache, daß so etwas im Jahre 1903 in Preußen noch möglich ist, bleibt nur Eines verwunderlich, nämlich der Umstand, daß die deutsche Socialdemokratie statt der drei Millionen Stimmen, die sie im 18. Juni für sie erklärte, nicht vier Millionen erobert hat!

Lokales.

Wohnungsüberfluß in Berlin?

Die Berliner Hausbesitzer klagen bereits seit dem vorigen Jahre darüber, daß die Zahl der leerstehenden Wohnungen, Läden usw. wieder im Zunehmen ist. Sie stellen dabei die Lage des Wohnungsmarktes so dar, als ob sogar schon wieder ein Wohnungsüberfluß in Berlin herrsche.

In welchem Umfange die Behauptungen der Hausbesitzer zutreffen, und wie weit sie selber Grund zur Klage haben, läßt sich beurteilen nach einer gerade jetzt erschienenen Veröffentlichung des Statistischen Amtes, die die im Januar 1903 ausgeführte Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslöcher behandelt. Man ersieht daraus, daß in den letzten Jahren die Zahl der leerstehenden Geschäftslöcher ohne Wohnung sowie die der leerstehenden Wohnungen mit Geschäftslöcher oder sonstigen Gewerberäumen sich wenig geändert hat, daß dagegen die Zahl der leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume beträchtlich gestiegen ist. Anfang Januar der drei Jahre 1901—1903 standen leer: 3079, 3419, 3238 Geschäftslöcher ohne Wohnung; 340, 296, 248 Wohnungen mit Geschäftslöcher usw.; aber 1761, 2584, 4529 Wohnungen ohne Gewerberäume.

Wenn diese Zahlen einen Ueberfluß an Geschäftslöchern bedeuten, so müssen die klagenden Hausbesitzer sich selber anklagen. Sie haben in der sinnlosesten Weise so lange Läden neben Läden gebaut und bei Umbauten Wohnungen in Läden verwandelt, daß es kein Wunder ist, wenn ihrer schließlich zu viele geworden sind und manchem Hauswirt statt des erhofften höheren Profites ein Mietausfall bescheert worden ist.

Größere Beachtung verdient die Zunahme der leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume. Ihre Zahl ist jetzt etwa doppelt so hoch wie im vorigen Jahr, etwa dreimal so hoch wie vor zwei Jahren. Inzwischen an den 4529 leeren Wohnungen, die im Januar 1903 gezählt wurden, waren die kleinen und mittleren noch keineswegs in dem ihnen zukommenden Verhältnis beteiligt. Es waren darunter 2239 Wohnungen mit einem, einem oder zwei heizbaren Zimmern, 1364 mit drei oder vier Zimmern, 890 mit fünf, sechs usw. Zimmern, 120 ohne Angabe der Zimmerzahl. Lange genug haben die Berliner Hauswirte versichert, kleine Wohnungen seien nicht rentabel. Sie haben massenhaft große Wohnungen gebaut und jammern nun, daß sie sie nicht los werden.

An kleinen Wohnungen ist noch immer kein Ueberfluß in Berlin, obwohl diese Wohnungsgattung in den letzten beiden Jahren wieder mehr Gnade vor den Augen der Raumunternehmer und der Hauswirte gefunden hat. In den voll bebauten Stadtteilen herrscht nach wie vor ein sehr fühlbarer Mangel an solchen Wohnungen, der immer noch seinen Einfluß auf die Höhe der Mieten ausübt. Das gilt besonders von der Zweizimmer-Wohnung, die in Berlin als Normalwohnung des Arbeiters und des kleinen Beamten bezeichnet werden darf. Im Januar d. J. standen zwar in der ganzen Stadt 1286 solcher Wohnungen leer. Aber davon kamen beispielsweise auf die gesamte Tempelhofer Vorstadt von der Potsdamer Bahn bis Nordorf nur 88, auf die gesamte östliche Luisenstadt vom Luisenstädtischen Kanal bis Treptow nur 86. Man versuche einmal heute, in diesen Stadtteilen eine Wohnung von zwei Zimmern zu mieten! Man wird staunen über die Höhe der Mieten, die hier gefordert werden.

Stärker ist das Angebot kleiner Wohnungen in den neu bebauten Strahlen am Seehof, am Friedrichshain, am Ringbahnhof Schönhauser Allee usw. Dementsprechend sind die Herren Wirte dort auch etwas bescheidener in ihren Forderungen. Leider ist aber gerade bei den kleinen Wohnungen ein Ausgleich zwischen den einzelnen Stadtteilen viel weniger möglich als bei den großen. Tausende von Unterbeamten, Lehrlingstugenden und Arbeitern sind gezwungen, in der Nähe ihrer Beschäftigungsstelle zu wohnen, und müssen sich hier von den schmutzigen Hausagariern nach allen Regeln der Kunst schröpfen lassen.

Was das stärkere Angebot kleiner Wohnungen, dem man in den nordöstlichen und nördlichen Stadtteilen begegnet, einen fühlbaren Einfluß auf die Wohnungs- und Mietverhältnisse auch der anderen Arbeiterviertel Berlins ausüben kann, wird dort die Wahrheit

seit sich noch ganz anders entwickeln müssen. Die Hausbesitzer reden schon von „Wohnungsüberfluß“; dabei sind auf dem Wohnungsmarkt noch nicht einmal die früheren „normalen“ Verhältnisse zurückgekehrt.

Die Gasdeputation beriet gestern u. a. die von der Direktion vorgeschlagene Festsetzung einer neuen Lohnskala für die Rohrlegerpolster des Abflusssystems, um welche die betreffenden Arbeiter petitioniert hatten. Nach Vorschlag der Direktion sollte die (übrigens geringfügige) Lohnerhöhung und Regelung der Lohnskala am 1. April 1904 eintreten, auf Antrag des Genossen Sturm wurde sie gegen zwei Stimmen bereits vom 1. Oktober d. J. ab beschlossen.

Außerhalb der Tagesordnung brachte Gen. Sturm verschiedene Beschwerden der Gasarbeiter vor, auf die zum Teil bereits im „Vorwärts“ vom 3. d. Mts. hingewiesen war. Die häufigen Umbauten in der Anstalt Danzigerstraße bei dem Meteorhaus III fallen der Firma zur Last, die den Bau übernommen hat, nicht der Stadt. — Bei den Arbeiten der Reinigung bekommen die jungen Leute 40 Pf., für andre Arbeiten 33 Pf., die über drei Jahre beschäftigten aber für alle Arbeiten nur 40 Pf. Auf Anregung Sturms beantragte die Direktion bei dem stellvertretenden Vorsitzenden, Stadtrat Kroll, auch für die älteren Arbeiter 2 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde bei den Reinigungsarbeiten, und wurde dies genehmigt.

Während für die Arbeiter der Berliner Inspektionen Bestimmungen über die Arbeiterausgänge von 1901 bestehen, haben die andern Abteilungen der Gaswerke Bestimmungen aus dem Jahre 1890, die vielfach unangenehm für die Arbeiter sind. Auf Anregung Sturms wurde zugesagt, daß die neuen Bestimmungen für alle Abteilungen eingeführt und durch Ausschlag in den Arbeitsstätten zur Kenntnis gebracht werden.

Der verunglückte Soldat. Ueber den Transport eines auf dem Ausmarsch ins Randtergelände verunglückten Soldaten weiß ein Vorortblatt folgendes zu berichten: Am Morgen war beim Durchmarsch durch Berlin ein Soldat vom 2. Garde-Mann-Regiment mit seinem Pferde gestürzt. Trotz der erheblichen Verletzungen und Schmerzen im Bein ritt der Soldat bis Biesdorf mit, wo Quartier bezogen wurde. Anstatt nun den Verunglückten zu Wagen ins Lazarett zu befördern, ließ man ihn, trotzdem seine Schmerzen ständig zunahmen, an einer provisorischen Straße und einem Stod mit Unterführung eines Gefreiten bis zum Bahnhof Biesdorf humpeln, was allgemeine Empörung verursachte.

Ein bisher unausgeklärter schwerer Unglücksfall beschäftigt die Kriminalpolizei. Die vierjährige Tochter des Christburgerstr. 41 wohnenden Arbeiters Rudolf Kuhnert wurde am Samstag früh im Keller des Hauses mit schweren Verletzungen am Kopfe aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo sie hoffnungslos darniederliegt. Das Kind war am Abend vorher von den Eltern zum Einholen fortgeschickt worden, ist vermutlich bei der Rückkehr in den dunklen Keller geraten und hat sich dort beim Umherirren die Verletzungen zugezogen.

„Boot gelentert!“ erhalte es am Sonntagabend gegen 8 1/2 Uhr auf dem Dampfer „Germania“ der holländischen Reederei, als dieser von Zwicklisch kommend die Dämme zwischen Marienlust und Grünau passierte. Gellende Hilferufe, namentlich von einer Frauenstimme, zeigten die Richtung an, in welcher das gelenterte Boot trieb. Der Kapitän ließ sofort die Maschine abstoppen und dann mit „Horibadobrubder“ langsam wenden. Da der Wellmond die Rettungsarbeiten begünstigte und der Dampfer trotz seiner großen Länge prächtig manövertierte, gelang es, die Verunglückten zu retten. Ein Sturmdampfer, der in der Nähe war, und eine Anzahl Boote, die hinzu kamen, brachten dank dem Pflichterfüller und der Gewandtheit der „Germania“-Mannschaft nicht mehr eingzugreifen. Die Geretteten, ein Herr und eine Dame, wurden in ziemlich derangiertem Zustande in Grünau abgesetzt. Sie hatten dort ein Boot gemietet und versuchten unterwegs, ihre Plätze zu wechseln. Während dieser Zeit lief in ziemlicher Entfernung von ihnen der große Dampfer „Saxonia“ der holländischen Reederei vorbei, der ebenfalls von Zwicklisch kam. Trotz der Entfernung mußten seine Bugwellen das Boot der Unvorsichtigen erreicht und basielbe zum Kentern gebracht haben. Nur dem Umstande, daß die „Germania“ der „Saxonia“ etwa 1000 Meter weiter im Kielwasser folgte, verdanken die Geretteten ihr Leben, da ihre Hilferufe die unter Vollampf fahrende „Saxonia“ nicht mehr erreichten. — Das Boot ließ die „Germania“-Mannschaft nach vollbrachter Rettung treiben; es wurde von anderer Seite geborgen. Eine Anzahl Kleidungsstücke der Geretteten trieben weg, ebenso die Bootsriemen.

Todessturz bei der Arbeit. Die 42 Jahre alte Arbeiterfrau Henriette Eger aus der Kunitzstr. 20 stieß am Sonntagabend um 10 Uhr im zweiten Stock des Hauses Leipziger Platz 15 die Fensterkranze ab. Hierbei lehnte sie sich zu weit hinaus, verlor das Gleichgewicht und stürzte auf den asphaltierten Hof hinab. Die Verunglückte zog sich einen Schädelbruch, Rückenverletzungen und Beinbrüche zu und starb bereits auf dem Wege nach der Charité in der Droschke.

Aus Furcht vor Mißhandlungen durch ihren Mann stürzte sich vorgestern, Sonntagmorgen, die 29 Jahre alte Ehefrau Johanna des Schlossers Schrammke aus der Egelstraße zu Tegel aus der Bodenlufe auf den gepflasterten Hof hinab. Die Leute sind fünf Jahre verheiratet und haben drei Kinder im Alter von 2, 3 und 4 Jahren. Die Frau ist jetzt abermals in geeigneten Umständen. Schrammke, der bei Vorjahr arbeitet, ist fleißig, trinkt aber so oft er Sonntagends Geld bekommt. Darüber kam es oft zu häuslichem Streit. Vorgestern vor acht Tagen holte Frau Schrammke ihren Mann mittags aus der Kneipe. Er ging auch mit nach Hause, warf aber dort, als sie ihm wieder Vorwürfe machte, ihre eine Pfanne mit Fett an den Kopf, so daß sie noch jetzt Brandwunden am Gesicht hat. Am Sonntag fuhr der Mann abends um 7 Uhr nach Berlin, um in der Markthalle einzukaufen, und kam erst Sonntagmorgen um 4 Uhr zurück. Dabei gab es wieder einen Aufruhr. Als nun Schrammke seiner Frau laut zurief: Ich zermalne dich, lief sie, von ihm verfolgt, aus der Wohnung auf den Boden hinauf und stürzte sich aus der Lufe auf den gepflasterten Hof hinab. Hausgenossen, die den Lärm hörten, nahmen sich ihrer an und holten einen Arzt, der mehrere Beinbrüche feststellte, die Frau mit dem Gemeinde-Krankenwagen nach Berlin in ein Krankenhaus brachte und Anzeige erstattete.

Ein Strellenschwindler, der es besonders auf ankommende arbeitslose Fremde abgesehen hat, treibt gegenwärtig wieder sein Unwesen. Es ist ein junger Mann von 20 bis 22 Jahren, der seine Opfer auf den Bahnhöfen unter den Leuten sucht, die aus der Provinz hierher kommen, weil sie glauben, hier leicht Beschäftigung zu finden. Der Schwindler, der etwa 1,66 Meter groß ist, blondes Haar und einen kleinen blonden Schnurrbart hat und einen unechten Panamahut trägt, nähert sich den Ankommenden, indem er sie nach ihren Absichten fragt, und thut dann so, als ob er zufällig gerade mit der gesuchten Stellung dienen könne. Zu der Regel giebt er sich für einen Angestellten eines Warenhauses aus, führt den Mann aus der Provinz in eine Schankwirtschaft in der Nähe des Warenhauses, bestellt Bier und setzt sich dann so, daß der andere jedes seiner Worte hören kann, durch den Fernsprecher mit seinem Chef in Verbindung, um die Angelegenheit gleich zu regeln. Nachdem er zum Schein eine Verbindung nachgeholt hat, erzählt er „seinem Chef“, daß er soeben einen jungen Mann aus der Provinz getroffen habe, der die offene Stelle sofort antreten könnte. Aus seinen weiteren Äußerungen muß der Bewerber schließen, daß er dem Geschäftsinhaber gerade recht kommt. Zu regeln ist denn nur noch die Skaution, von der auch in dem Ferngespräch schon etwas verlautet hat. Der „Vermittler“ macht dem Bewerber klar, daß bei der Qualität

Zeit der Warenhausdiebstähle von jedem Angefallenen eine kleine Kaution gestellt werden müsse und erklärt sich bereit, auch diese Angelegenheit gleich nach zu ordnen. Nachdem er dann 20 oder 25 Pf. erhalten hat, geht er ohne Kopfbekleidung auf einen Augenblick hinaus, um seinem Chef gleich das Geld hinüberzutragen und die erforderlichen Schriftstücke mitzubringen. Der Stellungsuchende wartet und wartet, bis er endlich überzeugt ist, daß der gefällige Vermittler ihn geprellt hat. Der Schwindler läßt seinen „Panama“ im Stich und kommt nicht wieder. Im nächsten Laden hat er sich vom Betrag seines Mandats längst einen neuen Hut gekauft und sucht nun weitere Opfer.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern in den Nachmittagsstunden auf dem Briesener Bahnhof, einer neuen Bahnanlage in der Fruchtstraße. Bei den Richtarbeiten an der einsäuligen Halle stürzten drei eiserne Säulen und rissen zwei der beschäftigten Arbeiter mit sich. Von den Verunglückten erlitt der eine mehrere Beinbrüche, während der andere eine schwere Unterleibsquetschung davontrug.

Ein Ministerialbeamter als Ladendieb. Vor einigen Tagen fiel es in einem großen Warenhaus in der Leipzigerstraße einer Dame auf, daß ein Herr, der mit einem Knaben die Schreibwaren-Abteilung besuchte, sich die Taschen mit Klebeband, Nadelgummi, Briefbeschwerern, Federn usw. füllte, dann von einer Verkäuferin zwei Packete für 20 Pf. erstand und mit dem Schein zur Kasse ging, um diese zu bezahlen. Sie teilte ihren Verdacht einem Beamten mit, der nun den Mann weiter beobachtete. Der sonderbare Kunde kehrte nun von der Kasse noch einmal in die Abteilung zurück und stopfte jetzt dem Knaben die Taschen mit allerlei Schreibwaren voll. Nun stellte der Beamte den Mann und nahm ihn und den Knaben in das Direktionszimmer mit. Hier förderte eine Leibesuntersuchung alle die Sachen an den Tag. Der Mann that sehr aufgeregt und erklärte, er habe die Waren nur vorläufig in seine und seines Sohnes Taschen gesteckt und die Absicht gehabt, sie später an der Kasse zu bezahlen. Da man aber das seinem ganzen Verhalten nach nur für eine Ausrede halten mußte, so stellte man seine Persönlichkeit fest und zeigte ihn wegen Ladendiebstahls an. Der Beschuldigte ist Beamter eines hiesigen Ministeriums, der geheime Kalkulator und Rechnungsrat Franz W. aus Schöneberg, der Knabe sein neun Jahre alter Sohn. In dem Ermittlungsverfahren haben bereits Vernehmungen stattgefunden.

Die Gesellschaft „Mullinon-Preis-Anzeiger“ schreibt uns: Wir teilen Ihnen mit, daß der Civilsenat des Kammergerichts am 31. vorigen Monats auf unsre Beschwerde dahin erkannt hat, daß der Rufus des Urteils des Landgerichts I vom 19. Juni cr., wonach unsre beklagten Mullinon-Apparate binnen einem Monat nach Zustellung der Urteile aus dem Verkehr gezogen werden sollten, aufzuheben sei, bis das Kammergericht, bei welchem wir gegen das Urteil Berufung eingelegt haben, ein definitives Urteil gefällt hat. Unser Firma ist aufgegeben worden, die Summe von 10.000 M. bei der königlichen Hinterlegungsstelle zu deponieren, was inzwischen von uns beivirt ist. Die betreffende Quittung sind wir stets bereit, vorzulegen.

Cirrus Schumann ist Sonnabendabend eröffnet worden; eines der alten Zeichen, daß der Herbst beginnt. Aber die Natur hat ihre Pläne. Während die Hundstage Schnupfenwetter und Oktoberfeste brachten, fest der September mit Glühfäule ein und läßt den Sommer noch einmal vor dem Scheiden in sengender Pracht erstrahlen. Wahrhaftig, kein Wetter, um den Abend in geschlossenem Raum zuzubringen. Da aber dennoch der große Cirrus bis auf den letzten Platz

befestigt war, so muß die Ursache für so viel Opferwilligkeit des Publikums wohl darin liegen, daß etwas Außerordentliches erwartet wurde. Und in dieser Erwartung fanden sich die Kenner der Circuskünste denn wohl auch nicht getäuscht. Diese Künste in ihrer ursprünglichen Reinheit beherrschen die Manege in den ersten Wochen bekanntlich ganz und gar; es wird noch kein pantomimisches Drama mit Vollen und Dekorationen aufgeführt, kein theatralisches Schaugepränge macht sich breit, und der Mensch kann im Verein mit der wohlüberlegten Kreatur nach Herzenslust Purzelbäume schlagen. Was dem auch mit einer Kunstfertigkeit geschieht, die selbst dem für die Werkschätzung der Dressur nur ungenügend erzogenen Laien ein hohes Maß von Achtung abnötigt. Denn auch der Nichtkenner muß gelten lassen, daß ein gut Stück Gedankenarbeit in den vielfachen Klünsten des Circus steckt. Du lieber Himmel, das Publikum ist seit Jahrzehnten gewöhnt, immer etwas Neues, noch nie Dagewesenes zu sehen, es verlangt immer mehr aparten Reizen, und da gehört schon eine außerordentliche Begabung dazu, das gefällige, verdönte Ungeheuer zu stellen. Im letzten Winter übte ein trichterförmiger Holzbaum in den Spezialitäten-Theatern merkwürdige Anziehungskraft aus. Zu dem engen Laternenweil vollbrachten Radfahrer und Automobilisten Wunderdinge. Der Circus Schumann macht sich eine ähnliche Manege für Reiterkunststücke zurecht, die natürlich in dem wunderlichen Jellenaufbau noch viel gefährlicher aussehen als das Treiben der Zweirad-Künstler. Und dann die Leistungen des Löwenbändigers Seeth, die wir schon vor einigen Tagen erwähnt haben. Daß ein klüger Mann die wilde Raubtierart des Wästenlöwen zähmt, das ist ja schon früher dargelegen. Aber ein solcher Gevulle von fast 500 Pfund Schwere auf den Schultern seines Herrn zur Manege hinausgetragen: Alle Achtung! Nicht minder als Herr Seeth seine Löwen hat Herr Charles Leb seine kleinen Viehfähler, die Hunde, Katzen und Affen in der Gewalt. Auch diese possierlichen Tiere vollbringen bisher noch nicht gesehene Leistungen an Intelligenz. Und so geht es weiter vom Elefanten, vom edlen Schulpferd bis zum Herrn der Schöpfung hinauf, der nicht allein dem Tiere, für das er verantwortlich ist, sondern auch sich selber immer Neues, noch nicht Dagewesenes beibringen soll.

Aber die Anerkennung für solche Leistungen ist auch nicht gering. Kein Bühnenkünstler kann sich rühmen, an Beifall und realen Lorbeeren mehr geerntet zu haben als Direktor Schumann bei seiner Gala-Premiere. Ein Wagenrad verfährt vor dem Umfang einer derartigen Auszeichnung um weitaus mehr Schemen, und der Fülle dieser Ehrungen jähren die Tageslieferung einer einzigen Markthalle kaum genügt zu haben. Hoffentlich bleibt Herrn Schumann das Glück auch weiter in der Saison günstig, die so vielversprechend eingestuft hat.

Im Sportpark Friedenau ist vorgestern der Goldpokal dem überlegenen Münchener Thaddäus Nobi zu teil geworden. Er brachte es in dem Zweistundenrennen in der Glutige auf 138 Kilometer 610 Meter und überholte damit den bisherigen Weltrekord von 133 Kilometer 390 Meter um ein gutes Stück. Zweiter wurde Kaiser dritter Dangla und vierter Didentmann. Leider ging der Kampf um den Goldpokal nicht ohne Blutvergießen ab; der fünfte Teilnehmer, Görnemann, stürzte eine Stunde nach Beginn des Rennens, indem der Didentmannsche Motor ihn überkam. Der Fahrer wie auch Didentmann kamen zu Fall; am schlimmsten erging es aber Görnemann, der sich mehrere Male überfällig und bewußtlos vom Platz getragen wurde. Erst nach einer Stunde kam er wieder zur Besinnung; er soll schwere Verletzungen am Kopf erlitten haben.

Im einzelnen berließen die Rennen wie folgt:
1. Hauptfahren für Herrenfahrer. 1000 Meter. 1. Mariens. 2. Bruno Schmidt. 3. Rode-Hamburg. Letzterer war als erster in 1:30' eingekommen, wurde aber wegen Behinderung disqualifiziert.
2. Motor-Zweirad-Rennen. 5 Kilometer. 1. Progress-Motor 4:45'. 2. Progress-Motor, 30 Meter. 3. Kricheldorf, weit zurück. Ein außer Konkurrenz gefahrener Brennabor-Motor war 10 Meter hinter dem Sieger zweiter gewesen.
3. Motor-Zweirad-Rennen. 10 Kilometer. 1. Progress-Motor 9:31'. 2. Kricheldorf, 2 Runden. 3. Progress-Motor. Ein außer Konkurrenz gefahrener Brennabor-Motor war in 9:11', 300 Meter voraus, als erster durchs Ziel gegangen.
4. Tandemfahren für Herrenfahrer. 2000 Meter. 1. Schmidt-Hansen 3:22'. 2. Rode-Ladewald. 3. Klippfing-Schumann.
5. Friedenauer Goldpokal. 2 Stunden-Rennen. Preise: Nach Ablauf der ersten Stunde 700, 500, 400, 300 und 200 M.; nach Ablauf der zweiten Stunde 1000, 600, 450, 350 und 250 M., dem Sieger außerdem den Friedenauer Goldpokal im Werte von 500 M. 1. Nobi 138 Kilometer 610 Meter. 2. Kaiser 132,145 Kilometer. 3. Dangla 130,765 Kilometer. 4. Didentmann 123,230 Kilometer. In einer Stunde hatten zurückgelegt: 1. Nobi 72 Kilometer 640 Meter. 2. Dangla 68,240 Kilometer. 3. Kaiser 68,060 Kilometer. 4. Didentmann 58,340 Kilometer.

Ein Stok mit Eisenbeinrücke ist im Saale des Gewerkschaftshauses am Sonntag zurückgelassen worden. Der Besitzer kann denselben bei La u k e n t, Brannenstr. 117, 4 Tr., in Empfang nehmen.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Genosse Obst, welcher als Hausbesitzer den vierten Bezirk in der III. Abteilung der Stadtverordneten-Versammlung vertritt, scheidet als Ausgelofter aus der Stadtverordneten-Versammlung. Das Mandat lief bis 1907.

Nitzdorf. Die Eingemeindungs-Angelegenheit des Tempelhofer Teiles der Halenseide in den Stadtkreis Nitzdorf gegen Abtretung der „Kogenmarken“ an Tempelhof ist jetzt so weit perfekt, daß nur noch der Landtag seine Zustimmung zu dieser Umgegendung zu erteilen hat. Dies wird voraussichtlich bereits zu Anfang der neuen Session geschehen. — Böse mitgespielt hat ein unbekannter Dieb dem Knechtstr. 139 wohnhaften Handelsmann Grunewald. G. haustiert mit Galanterie- u. Waren in Lokalen. Als er in einer der letzten Nächte von der Tour heimkehrte, fiel ihm der Hauschlüssel in den Keller, so daß G. nicht ins Haus konnte. Um den Wächter zu erwarten, setzte sich G. vor die Haustür und schlief dort vor Müdigkeit ein. Diese Gelegenheit benutzte ein Dieb, um dem G. den Warenkasten mit gesamtem Inhalt zu entwinden, was für G. natürlich einen ganz erheblichen Verlust bedeutete.

Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Mittwoch, den 9. September, abends 8 1/2 Uhr, hält der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend im Lokal von E. Obst, Weiningerstr. 8, seine regelmäßige, Dienstag vor dem 15. jeden Monats stattfindende Versammlung ab. Zu derselben hält Herr Dr. Röber einen Vortrag über Frauenleiden, wozu nur Frauen und Mädchen Zutritt haben. Damen als Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Jedes Wort 5 Pfennig.
Nur das erste Wort fett. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Edelkitation, Notgedrungenes Baugeschäft, sofort billig zu verkaufen. Näheres bei Mercier, Nitzdorf, Berlinerstr. 47/48. 1132*

Jungbiergeschäft sofort billig veränderungshalber veräußert. Zu erfragen Kaiser Friedrichstr. 37, im Seifengeschäft. 1133*

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 1137*

Vorjahre elegante Herren- und Sommerpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 1842*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Drünn, Gadecher Markt 4, Bahnhofs Börse. 93/2*

Zweitbillig Teppiche, Betten, Gardinen, Portieren, Tischdecken, Steppdecken, Wäsche, Anzüge, Remontierarbeiten, Regulatoren, Überbetten, Möbel, Spiegel, Bilder. Verkaufshaus Reanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 10/2*

Steppdecken, zweitbillig, Fabrik Weinstraße 20. 1198*

Möbelverkäufer, Brauereien empfehle meine Möbelwerkerei für gediegene Wohnungs- u. Einrichtungsgegenstände, reelle Arbeit, bekannt billig, weitgehend Garantie. Darnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124. 1816*

Musk sofort verkaufen: Gebiegene Musikinstrumente 30,00, neue Musikinstrumente komplett 33,00, Stühle 2,00, Sofa 10,00, Klavier 15,00, neue Klavier, Klavierstuhl, Klavierbank, zusammen 28,00, Schönhauser Allee 101/102. 1392*

Wegen Abreise zu verkaufen: Kaffee, Backofen, Kupferne Kessel, Plattendreher, Besichtigendes, Dienersstr. 24, Hof II rechts. 1400*

Wirtschaft. Für Zimmer Möbel, Spiegel, Bilder, noch neu, umständlicher billig, auch einzeln. Händler werden. Gartenstraße 85, I links, Stettiner Bahnhof. 1136*

Wohnrichtung, zum kleinen Futter- oder Milchgeschäft passend, sehr billig, verkauft Schulze, Steinmühlstraße 41. 1348*

Milchgeschäfts-Einrichtungen, Kübel, Kannen, Käse, Wäschbretter, Milchmaschinen usw. billigst Jordan, Kleine Markstraße 28, I. 1827*

Räumungs-Ausverkauf wegen Umzug nach Brannenstraße 80. Neue Fahräder 65,00, gebrauchte 15,00 an. Räderstühle billiger wie bei jeder viel beschriebenen Konkurrenz! Schlauch, Laufdecken haumend billig. Nischenlampen 0,50, Cellularen 0,25 an. Latex, Brannenstraße 112.

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Dufabrik, Compsohl, Kalkstr. 25A. Früher Garnmarktstraße 4 und 5, Sonntag geöffnet.

Teppiche mit farbenledern Fabrik- niedrige Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1137*

Klempner-Werkzeug zu verkaufen. H. Napp, Beusselstraße 73/74. 1191*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Anwalddenstraße 148, Talferstraße 40. 1850*

Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof, Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Postkarte genügt. 1129*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschießen, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. E. Wellmann, Gollnowstraße 20, nahe der Landsbergerstraße. Alle Nähmaschinen nehme in Zahlung. 1172*

Waldkräutler, Blutbildend, für Blutarms, Brustkrante, Schwächliche, Gemüthsstimmung, bessere Gesichtsfarbe, Werrastrand, 14 Köhler 3 Mark, 1/2 Liter 3,50, erlosene. Nicht falscherzähl, Qualität entscheidet. Portier-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 95/19*

Adlerhof, Empfehle den Paradiesgarten die überall gut eingeführten Fabrikate der „Tabalarbeiter-Gesellschaft Hamburg“. Cigaretten in jeder Preislage. Präzisions- u. billigen Preisen. Cigaretten, Rauch-, Kaugut, Schnupftabak in großer Auswahl. Pfeifen, Pfeifenstücke. Engros-Verkauf nur zu Fabrikpreisen. Meinige Fabrikniederlage für Adlerhof nur Bismarckstraße 10, Ernst Loh. 1828*

Teppiche billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1137*

Einzeln Herr verkauft seine noch neue Wirtschaft, Küchengeräte, auch einzeln. Gräner Weg 4, parterre. 1152

Nähmaschine, gut nähend, fast neu, 14,00. Münchbergerstraße 11, Hof. 1455*

Singermaschine, gut erhalten, gut nähend, 12,00. Gräner Weg 62, IV rechts. 1457*

Möbelangebot. Am Kalkstr. 25A, Möbelspeicher, Wäckerstraße 25 (Anhalter Bahnhof), Hochbahnstation, Wäckerstraße, neuen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochseiner moderne Schlafzimmern, Speisestuben, Herrenzimmer, auch einzelne Salonarmaturen, Vaneelsofas, Kuchentisch, Büchertische, Anleideschrank, Aufbaumöbelschrank, Promoschonen, Delgamade, Schreibtische 20,00, neue Ruhebetten mit prachtvoller Dimeand 22,50, prachtvolle Säulenträumeur 28,00, elegante Salontische, schon 14,00, bis zu den allergrößten Saalteppichen, wunderschöne Zimmerteppiche 8,00, reichste Uebergardinen, Spachteldecken, Tischdecken, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, Nähmaschinen, prachtvolle Bildschilde, Maschinen 5,00, verschiedene Gelegenheitskäufe. Möbellagerung unentgeltlich. Uebernahme vollständiger Warenlager. Wirtschaften, Kommoden, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Libke, Auktionator.

Kanarienvögel 4,00, Vorkäufer 8,00, Reanderstraße 7. 22/12

Cigarengeschäft umstände halber sofort billig zu verkaufen. Nitzdorf, Berlinerstraße 34. 1135*

Banparzellen, Vorort (Stettiner Bahn), zinsfrei, alte Baudungen, Quadratmeter 10,00, Kalk, Weihenburgerstraße 59. 1171

Gas- und Leuchtungsrichtung zu verkaufen. Wille, Heidenfeldstraße 14. 1145*

Kanarienvögel wegen Umzug billig. Richardstraße 112, III links.

Betten umstände halber 15,00, Kalk, Dresdenerstraße 38. 1445*

Brautkoffer verkaufe meine noch neue Wirtschaft, auch einzeln. Schwedterstraße 245a, Ecke Kastanienallee. 1449*

Möbelverkauf. In meiner Möbelwerkerei, Oranienstraße 15, am Gadecher Hof, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, versehenes und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheitskäufe zu billigen Preisen liefert ich gelegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochlegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat versehenes und neuer und vorzüglichster Möbel, die noch fast neu sind und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuchenschinde, Vertikal 36, Salonarmaturen, Küchengeräte 105, Kuchenschindeln mit Matratzen 40, geschmückte Büffets, Büchertische, Vaneelsofas mit Sattelstühlen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, Englische Schlafzimmern, Speisestuben, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaupte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Werkstätte gratis. Musterbuch gratis.

Wirtschaft, gut erhalten, auch einzeln, umständlicher, billig. Händler werden. Oranienstraße 38, Seitenflügel parterre. 1157

Möbelverkauf, passende Gelegenheiten für Brautleute. Die Möbelwerkerei Schützenstraße 2, Ecke Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochlegante Einrichtungen bis zu 10000 Mark und darüber. Teilzahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ständig billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit versehenen gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuchenschinde, Vertikal 36, Salonarmaturen, Küchengeräte 105, Kuchenschindeln mit Matratzen 40, geschmückte Büffets, Büchertische, Vaneelsofas mit Sattelstühlen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, Englische Schlafzimmern, Speisestuben, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaupte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Werkstätte gratis. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 1868*

Ringelstücken, Hobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstraße 60/61, Prenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. 1195*

Herrenrad, hochlegant, umstände halber für jeden Preis. Weihenburgerstraße 3, Kauf. 88/6

Verschiedenes.

Der Stoff hat, fertige eleganten Anzug und Jacket nach Maß inkl. Zubehör. S. Rosowich, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a. 1846*

Kunststofferei von Frau Kosofsky, Steinmetzstraße 48, Duergebäude hochparterre.

Wandteiche E. Kron, Köpferstraße 55a. 20/12*

Fahrradgesch. auch defekt, Kalk, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Alte Goldschmied, Silber, Rängen, Zahngebisse, Platin, Briefmarkensammlung, Kunstschneider, Brannenstraße 137, Eingang Bernauerstraße, Laden. 1431b*

Brautpaare. Elegante Hochzeitskleide Schwedterstraße 23. Reichhaltige Spezialität. Billigste Reim-Berechnung. Es empfiehlt sich Werman, Galwitz.

Bereitszimmer Leng, Alte Jakobstraße 69. 1757*

Bereitszimmer. Vier, Alte Jakobstraße 119. 1758*

Bereitszimmer zu vergeben, Potsdamer Stangenbr. Franke, Hornbäckerstraße 8. 1145*

Bereitszimmer. Kirch, Langhagenstraße 46. 1295*

Fahrräder, die starke Arbeitspferde nebst Ausfuhr in Tagelohn stellen können, belieben ihre Adresse unter Angabe des Preises pro Gehspann unter C. 7 Expedition dieser Zeitung abzugeben. 1436*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Gefängnisse, Strafsachen, Alimentensachen, Eingabengeld, Katerstellung, Kalk, Brannenstraße vierzig. 1458*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Gefängnisse, Strafsachen, Alimentensachen, Eingaben-Geld, Katerstellung, Gräner Weg vierundzwanzig (Anhalterbahnhof). 1440b*

Patentanwalt Dammann, Kalk, Hofstr. 57. 1453*

Rechtsbureau! (Alexanderplatz), Kurze Straße achtzehn! Gerichtsachen! Eingabengeld! Katerstellung. 52/16*

Pflegekind gesucht Kellnerstr. 47-48, Kalk. 1442b

Vermietungen.

Wohnungen.

Bierzimmer - Wohnung, Balkon, Bad, Zubehör, 50,00, Zweizimmer, Küche, groß, 27,00, 29,00. Böttcherstraße 2. 1379*

Bordernwohnung, zwei kleine Stuben, Küche, eigener Korridor, 20 Mark, zum Oktober. Koloniestraße 43. 1370*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer an ein auch zwei Herren, möblierte Schlafstelle zu vermieten Dresdenerstraße 58, III rechts. 1316*

Schlafstellen.

Teilnehmer für möblierte Schlafstelle sucht Witwe Jacoben, Kolbergerstraße 26. 842*

Mietsgesuche.

Wittfrau sucht leere Stube mit Kochofen (Oktober) im Centrum vom Diet mit Preisangabe. Offerten an Jonas, Greifswalderstraße 1, parterre im Laden. 1438*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Schraubendreher gesucht Tempelhof, Ringbahnstraße 42. 1862*

Steinmetz - Lehrling verlangt H. Jabel, Schönhauser Allee 167a. *

Schloßerlehrling verlangt Degelmann, Stralauerstraße 47. 1419*

Tüchtiger Delaturarbeiter sofort gesucht Alte Jakobstraße 40/41, Delatur. *

Jüngere Schüler verlangt Weidenweg 38, III geradeaus. 1152

Tischlerlehrling nach vorhergeh. gesucht. Näheres bei Prater, Weidenweg 85. 1152

Einen tüchtigen Tischler verlangen Hans Golt u. Co., Kurfürstenstraße 146. *

Schirmnäherinnen, die saubere Arbeit pünktlich liefern, finden dauernde Beschäftigung in und außerm Hause bei Nemat & Sieder, Krausenstraße 39. 1385b*

Plüsch-Arbeiterinnen auf besseren Genre verlangt gegen Vorlage. Gustav Fromberg, Kronenstr. 42/43.

Schmädchen auf Jodelitz, unentgeltlich, verlangt Reibel, Fürstenerstraße 8. 1171*

Im Arbeitsmarkt durch Besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Gesucht.

Auf gleich eine energische Direktrice für mittlere Dampfmaschinen. Offerten mit Gehaltsansprüchen sind zu richten an Ludwig Stöhr, Lehn bei Brommehaven, Preis Reuterstr. 26. 1461b*

Ein tüchtiger Möbelpolierer

kann dauernde Arbeit bekommen bei G. J. J. Gerding, Möbelfabrik, Nykjöbing F. (Dänemark). 1450b

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter!

Die Musikfabrik von Nieber & Co., Alexanderstr. 22 und Wallner Theaterstr. 26/27, ist wegen Differenzen für 15 m 11 d e Bräunen gesperrt. 1422*

Achtung! Holzarbeiter!

In der Möbelfabrik von J. Kraus, Weihensee, Langhansstraße 22, sind Differenzen ausgedehnt. Zugang ist streng ferngehalten. 84/19

Gespart ist ferner Hahn & Metzow, König-Chaussee 71. Die Ortswahl.

In der Jalousiefabrik von Bachhaller, Bäckstr. 24, haben sämtliche Jalousiearbeiter und Anschläger wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Der Zugang ist ferngehalten. Die Kommission der Jalousiearbeiter. Deutscher Holzarbeiter-Verband. Hauptstelle Berlin.

Achtung, Fürschrer!

Folgende Werkstätten sind gesperrt: Herpich Söhne, Leipzigerstr. 11. R. Bauchwitz, Neue Königstr. 85. Laff & Mann, Taubenstr. 54. Cohn & Warschauer, Alte Leipzigerstraße.

Freistadt & Co., Brannenbergerstr. 2. Wägenbraucher: Jellinek, Brannenstr. 79. W. Nix, Brannenstr. 41a. Peltzer, Kalkstr. 7.

Deutschmann, Fiedelstr. 57. E. Gädcke, Hermannstr. 8. F. Hander, Stralauerstr. 14. Sobolker, Christburgerstr. 35.

Der Vorstand.